

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. vierteljährlich...

Vorwärts

Die Inserations-Gebühr:
Betragt für die sechsgehobene Kolonnenbreite ober deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerbliche Anzeigen...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.
Donnerstag, den 5. Oktober 1911.
Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Schulreform der Sozialdemokratie.

Das vor einigen Monaten erschienene Buch des Genossen Heinrich Schulz über „Die Schulreform der Sozialdemokratie“ (Kaden u. Co., Dresden) erfreut sich dauernder Unnade bei der Zentrumspresse...

Inzwischen hat das Buch des Genossen Schulz auch in der pädagogischen Fachpresse ausführliche Besprechungen gefunden; auch die „Pädagogische Ztg.“, das von den Schwarzen wohlgehaltene Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins...

Wir brauchen keine zehn Spalten, um die geistvolle Polemik des Herrn Hef zurückzuweisen. Wir könnten sie auch ohne jede Sorge um die Folgen auf sich beruhen lassen, wenn es sich nicht lohnte, an diesem Beispiele wieder einmal die besondere Kampfmethode des Zentrums klarzustellen...

Herr Hef teilt sich seine Arbeit in zwei Teile. Den zweiten, für ihn wichtigeren Teil überschreibt er „Die religiöse Seite“, alles andere der sozialdemokratischen Schulreform faßt er ebenso einfach wie falsch als „materielle Seite“ zusammen...

Wie er das macht? Ganz einfach, nach dem Gegen-einmaleins: „aus eins mach' zehn und zwei laß geh'n und drei mach' gleich, so bist du reich.“ Herr Hef geht von der Klassenfrequenz aus. Heute kommen auf einen Lehrer im Durchschnitt 88 Schüler. Die Sozialdemokratie verlangt — selbstverständlich im Einklange mit den Forderungen der wissenschaftlichen Pädagogik — eine Klassenfrequenz von 30. Da, sagt Herr Hef, das ist nur die Hälfte; wird diese Forderung durchgeführt, so verdoppeln sich damit sämtliche Ausgaben für das Schulwesen...

eigenen Haushaltsetat berechnet — pro Tag und Kind 50 Pf. an. „Macht 1375 Millionen Mark,“ sagt Herr Hef; „aus fünf und sechs, so sagt die Hex, mach sieben und acht, so ist's vollbracht.“ Herr Hef räumt jedem Schüler jährlich zwei Anzüge zu je 10 M. ein, „macht“ nach Herrn Hef nebst Schuhen und anderen nützlichen Bekleidungsgegenständen zusammen 330 Millionen Mark. Die Lehr- und Lernmittel berechnet Herr Hef „nur“ mit einigen 60 Millionen pro Jahr. Dafür bringt er für die von der Sozialdemokratie geforderten Kindergärten durch einige kühne Besprechungen — „und neun ist eins und zehn ist feins“ — eine Milliarde zuwege. Addiert man alles zusammen, so kommen ungefähr vier Milliarden heraus. Wer sich darob entsetzt, tröste sich mit Rephistos Menschenkenntnis: „Es war die Art zu allen Zeiten, durch drei und eins, und eins und drei, Irrtum statt Wahrheit zu verbreiten.“

Es versteht sich von selbst, daß wir die Zahlen des Herrn Hef nicht wegen ihrer Höhe an sich der öffentlichen Lächerlichkeit preisgeben. Dadurch unterscheidet sich gerade die sozialdemokratische Schulreform von der bürgerlichen und besonders von der Schulreaktion des Zentrums, daß sie nicht zuerst fragt: was kostet eine Reform? sondern: Ist sie notwendig? Nach der bürgerlichen Methode kommt die Schule nicht vorwärts, weil jede Verbesserung etwas kostet und für die Volksschule niemals Geld vorhanden ist. Nach der sozialdemokratischen Methode aber wird den Schülern und der Schule und damit auch dem Volke geholfen; wegen der Beschaffung der Kosten lassen wir eine Reform so wenig scheitern wie die bürgerliche Gesellschaft irgend eine Heeresreform an den Kosten scheitern läßt.

Weshwegen wir die Zahlenunfistücke des Herrn Hef an den Branger stellen, das ist einmal die ungeheuerliche Leichtfertigkeit, mit der Herr Hef — ein Kreislaufinspektor! — mit einem Anschein von Wissenschaftlichkeit und Sachverständniss phantastische Zahlen aus der Luft greift, um eine gute Sache aus politischer Gehässigkeit zu schädigen; und das ist ferner die totale Gleichgültigkeit des Herrn Hef, eines der sängerischen und wahrscheinlich zukunftsreichen Schulpolitikers des Zentrums, gegen jede ernsthafteste Schulreform; denn das ist die Grundanschauung, aus der heraus die Argumentation des Herrn Hef geboren ist. Es scheint dem Herrn keinen Augenblick zum Bewußtsein gekommen zu sein, welche geradezu vernichtende Anklage er durch seine Zahlenoperationen gegen das heutige Schulwesen schleudert. Er kann nicht bestreiten, daß die Normalfrequenz in Preußen (70 und 80 Schüler in der Klasse) pädagogisch einfach unhaltbar ist, und daß auch bei 58 Schülern, dem Durchschnitt in Deutschland, keine guten Früchte zu erwarten sind. Statt nun mit anderen Schulreformern die Erringung der zulässigen Frequenz von 30 anzustreben, erhebt Herr Hef ein großes Geschrei: das kostet Geld! Freilich tut's das, aber es ist eine Schmach für einen Kulturstaat wie Preußen, daß er dafür kein Geld hat. Allerdings: in Preußen herrschen die Schwarzen und die Blauen. Was kümmert's die, wenn die Arbeiterkinder in Klassen mit 100 und mehr Schülern nichts lernen! Was kümmert's dieselben Volksfreunde, wenn von den Millionen Volksschulkindern täglich jahrein jahraus Hunderttausende ohne jedwedes warme Frühstück in die Schule kommen und auch den ganzen Tag keinen warmen Bissen in den Leib bekommen! Die Ritter und Weiligen spüren den Hunger, der in den Eingeweiden der Proletarierkinder brennt, ja nicht. Und sterben die armen Kinder an Unterernährung dahin, so kommen sie in den Himmel. Sterben sie aber nicht, sondern verdummen sie nur, weil sie wegen körperlicher Schwäche dem Unterricht nicht ordentlich folgen konnten, so sind sie immer noch ganz brauchbare Ausbeutungsobjekte in den Spinnereien der schwarzen Schloßbarone am Rhein oder auf den Kartoffel- und Rübenfeldern der blauen Grafen östlich der Elbe. Auch Säuglings- und Kleinkinderschulung ist nach der Schul- und Sozialpolitik der christlichen Ritter und Heiligen nicht notwendig. Das alles kostet Geld!

Sollte für einen christlichen Schulpolitiker nicht die erste Sorge sein, daß alle notwendigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulunterricht erfüllt werden? Mühte er nicht mit der Sozialdemokratie danach streben, daß die Kinder körperlich genährt und vor der zitternden Blöße geschützt sind, ehe man an ihre geistige Ausbildung denkt? Mühte er nicht mit uns sagen: Die Kinder müssen essen, und sie müssen Kleidung haben, möge der Staat Mittel und Wege finden, um die Kosten dafür aufzubringen! Bringt er doch auch die Kosten für die Erhaltung des kostspieligen stehenden Heeres auf!

Allerdings beschäftigt sich auch Herr Hef mit dem Heere und seinen Kosten. Aber so verdächtig er ins Walle greift, so lange es sich um die Diskreditierung der von ihm zurecht phantasierten sozialdemokratischen Schulreform handelte, so vorsichtig und bedächtig wird Herr Hef, wenn er die Kosten für den Militarismus berechnet. Heer und Marine dürfen nicht in schlechten Geruch gebracht werden, denn ihre Funktionen des Massenmordes sind echt christlich. Herr Hef berechnet die jährlichen Kosten für Heer und Flotte auf ungefähr eine Milliarde. Gegen diese unproduktiven Ausgaben hat er nichts einzuwenden, denn: Heer und Marine dienen zur Aufrechterhaltung des Friedens (wie die gegenwärtigen Kriegszeitgen kläglich beweisen!), das Heer ist der größte Konsument (als wenn es die Schule bei freier Verpflegung nicht in noch viel höherem Maße wäre!), und das Heer setzt ungeheure

Massen von Arbeitern in Brot (als wenn diese Arbeiter beim Bau und bei der Instandhaltung von Schulen nicht viel nützlichere Arbeiten leisteten!). Aber die Berechnung der militärischen Kosten durch Herrn Hef ist ganz unzulänglich. Wir haben erst vor einiger Zeit an dieser Stelle nachgewiesen, daß sich die jährlichen mittelbaren und unmittelbaren Ausgaben Deutschlands für seine Heeresrüstung auf vier bis fünf Milliarden Mark stellen. Das ist ungefähr achtmal so viel, als die Kosten für das Schulwesen gegenwärtig betragen. Wenn das Verhältnis umgekehrt wäre, so könnten wir uns glücklich preisen.

Im übrigen ist es eine pharisäische Methode, wenn Herr Hef alle Schulforderungen der Sozialdemokratie, sowohl diejenigen, die sofort erfüllt werden können, als auch diejenigen, die erst eine völlige Umgestaltung zunächst der Staats- und später der Gesellschaftsverfassung voraussetzen, in einen Topf wirft und für dieses Durcheinander einen irreführenden Kostenanschlag macht.

Das Buch des Genossen Schulz will gerade die praktische Schulreform unserer Parteigenossen in Staat und Gemeinde orientieren, von der nächsten beschriebenen Schulreform an bis zur großen und tiefgreifenden. Deshalb stellt er auch überall die grundsätzliche Forderung, wie sie der wissenschaftliche Sozialismus verlangt, auf, um die Richtung jeder einzelnen Reformaktion auf unser Endziel hin abzustechen.

Daß das volls- und schuleindliche Zentrum die folgerichtige und entschlossene Schulreform der Sozialdemokratie voller Zorn im Herzen begeistert und verleumdet, ist im übrigen nur ein dankenswerter Beweis für die erfreuliche Tatsache, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Die Marokkoverhandlungen.

Mittwoch mittag hat eine Unterredung zwischen den Herren Cambon und v. Riederlen-Waechter stattgefunden. Man nimmt an, daß dabei die letzten Differenzen über den Marokkovertrag im engeren Sinne beseitigt worden seien, so daß nunmehr die Verhandlungen über die Landabtretungen im Kongo beginnen könnten. Die Hoffnung, daß diese Schacherei einen raschen Verlauf nehmen werde, ist durch die letzte Verlautbarung der französischen Regierung erheblich herabgestimmt worden.

Die Kompensationen.

Paris, 3. Oktober. (Eig. Ber.) Der Abschluß des Abkommens über Marokko scheint nun wirklich handgreiflich nahe gerückt, und sobald profitlästernde Hände werden ihm entgegengetreten, daß er ihnen kaum mehr entgleiten kann. Die Erde ist ob der frohen Aussicht lustig emporgehüpft und die Presse um Caillaux läutet Friedensglocken und möchte mit ihrem patriotischen Andachtsgebet augenscheinlich das Murren jener überdönen, die sich von der marokkanischen Grinderei und dem Schacher im Kongo nichts zu versprechen haben. Vorkläufig hat Caillaux über seine oppositionellen Ministerkollegen gesagt: Tordieu war ein Herold der Wahrheit und des Völkerrfriedens und darf auf den Erfolg der moralischen Kanonade pochen, mit der er die Südensrieder der Gruppe de Selbes zum Schweigen gebracht hat. Die Jämmerlichkeit der Riederlen-Waechterschen Diplomatie hat freilich den Sachwaltern des französischen Kolonialkapitalismus einige wertvolle Trümper in die Hände gespielt. Caillaux bringt das marokkanische Protektorat wirklich ohne die schillanösen Klauseln heim, worin sich schließlich das Genie der deutschen Politik erschöpft hat und fertigt die deutsche Profitgehrlichkeit mit der zweifelhaften Konzession von unwohnlichen und — soweit wertvoll — von kapitalistischen Konzeptionären ausgepreßten Fiebergebirgen ab.

Run ist aber damit noch lange nicht gesagt, daß der Rest der Verhandlungen wie am Schnürchen gehen wird. Die Gegner Caillaux' rüsten nicht ab. Das „Journal des Débats“, das von Anfang an dem Marokko-Abenteuer keinen Geschmack abgewonnen hat, erklärt verdroffen, daß den Leuten, die die Affäre für erledigt halten, noch Ueberraschungen bevorstehen dürften. Die nationalistische und antirepublikanische Presse wird natürlich jeden von der Republik geschlossenen Vertrag, laute er wie immer, für einen Verrat am Vaterland erklären. Aber auch andere Stimmen mischen sich ein. Im „Figaro“ erklärt heute der Finanzier und gemäßigter Republikaner Joseph Reinach, dem Verzicht der Regierung, etwa den ganzen mittleren Kongo und den Ostweg des Abangi als Kompensationsgebiet für Deutschland zu erwirken, ein entscheidendes „Non possumus“ („Wir können nicht!“) entgegenzusetzen zu müssen. Wenn das Kongoabkommen scheitert, so solle freilich auch das Marokkoabkommen mit, was wohl dazu führen werde, die Marokkoangelegenheit wieder vor die Mächte Europas zu bringen. Das werde zwar eine neue schwere Krise bedeuten, aber auch sein Gutes haben. Daß sich gegen die Abtretung des Kongo die sentimentalsten Regungen zugängliche öffentliche Meinung und das von ihr abhängige Parlament bearbeiten läßt, ist nicht unwahrscheinlich. Aber auch in der „Humanité“ wird die Kritik laut. Genosse Marcel Sembat begrüßt das Marokko-Abkommen wohl, weil es den Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich beende, aber er meint, man müsse doch erst abwarten, ob man nicht bei dem Lauf ein schlechtes Geschäft mache.

Ran sieht, der Himmel ist noch nicht wolkenfrei und ebensowenig wie das deutsche Proletariat wird das französische von seiner Aufmerksamkeit auf die weltpolitischen Intrigen ablassen dürfen.

Die Haltung der Sozialisten.

Paris, 4. Oktober. Der Abgeordnete Marcel Sembat stellt in einem Artikel in der „Humanité“ fest, daß die französischen So-

stärksten zugunsten des deutsch-französischen Morokkoabkommens stimmen werden. Es heißt in dem Artikel: „Wir wollen den Frieden und wünschen, daß jede Spannung und Feindseligkeit zwischen Deutschland und Frankreich vermieden werde. Wir werden für den Vertrag stimmen, den der Ministerpräsident Caillaux augenblicklich zusammenbraut, und der ein Friedensvertrag ist.“

Churchill über die deutsch-französischen Beziehungen.

London, 4. Oktober. Minister Churchill erklärte gestern in einer Rede im Unterhaus: Der Anblick der europäischen Lage ist rauher und schrecklicher geworden als seit Jahren. Befriedigend ist, daß die zurückhaltenden Kräfte am stärksten sind bei den stärksten Nationen, und daß England, Deutschland und Frankreich gerade jene Mächte sind, denen es am schwersten fallen würde, den Frieden zu brechen. In der Zwischenzeit machten wir eine unruhige kritische Zeit durch, die noch weit unruhiger und kritischer gewesen wäre, wenn nicht die britische Flotte fast genug gewesen wäre, um uns die unbestrittene und zweifellose tatsächliche Herrschaft zur See zu sichern. Der Streit zwischen Italien und der Türkei ist in ein Stadium getreten, wo leider Worte gegenwärtig unnütz sind. Was die marokkanischen Schwierigkeiten betrifft, so kann die Politik Großbritanniens klar als eine Politik bezeichnet werden, die, wie dies Ministerpräsident Asquith und Schatzkanzler Lloyd George erklärt haben, eine vollkommen gerade und ehrliche Politik ist. Wir wünschen erfrischlich, Frankreich und Deutschland zu einem Abkommen gelangen zu sehen, das für beide befriedigend und vorteilhaft und für uns nicht nachteilig ist. Kein englischer Minister hat je öffentlich oder geheim eine einzige Silbe geäußert, welche einen solchen glücklichen Schluß verzögern oder hemmen könnte. Wir wünschen eine Friedigung zu sehen, welche der marokkanischen Frage ein für allemal ein Ende machen und welche — das ist weit wichtiger als irgend etwas, was mit Marokko geschehen könnte — diese beiden großen Nationen, die beide der Menschheit unschätzbare Dienste geleistet haben, in die Lage setzen würde, zusammen zu leben unter der Bedingung gegenseitiger Achtung. Das ist die einzig sichere Grundlage, auf der der Frieden Europas aufgebaut werden kann. Der Wunsch nach einem solchen Abkommen leitet die ganze Politik Sir Edward Grech.

Der Krieg.

Das Bombardement von Tripolis hat am Dienstagnachmittag begonnen und ist am Mittwoch wieder aufgenommen worden. Ob Truppenlandungen erfolgt sind, ist zweifelhaft, und unbefähigt bleibt auch eine offizielle Meldung aus Konstantinopel, die von Kämpfen in Tripolitarien berichtet, die seit zwei Tagen im Gange wären. Da kürzlich von italienischen Truppenlandungen westlich von Tripolis die Rede war, so wäre die Nachricht an sich nicht unmöglich.

Die Italiener scheinen in größtmöglicher Mißachtung ihrer formwährenden feierlichen Beteuerungen in ihren Operationen an der albanischen Küste fortzufahren. Prevesa soll ein zweitesmal beschworen worden sein und der Herzog der Abruzzen an den Hafenkommandanten ein Ultimatum gestellt haben, in dem die Auslieferung der Kanonenboote verlangt wird. Diese seien verweigert worden, so daß man sich auf neue Gewalttaten der Italiener gefaßt machen müsse. Allerdings läßt die italienische Regierung die Nachricht dementieren, dem Herzog der Abruzzen sei gestern von zwei verschiedenen radiotelegraphischen Stationen aus und überdies durch ein eigenes entdecktes italienisches Torpedoboot die bestimmte Weisung erteilt worden, jede Beschädigung zu unterlassen. Es steht fest, daß diese Weisung dem Herzog rechtzeitig erreicht hat.

Frägt sich nur, ob der Herzog diese Weisung befolgt hat. In Wien werden jedenfalls diese Nachrichten neue Erregung verursachen und es ist sehr fraglich, ob dort die Dementis der italienischen Regierung viel Beachtung finden werden. Uebrigens betrachtet nicht nur Oesterreich das italienische Vorgehen mit größtem Mißtrauen. Auch Rußland beginnt unruhig zu werden. Es schickt Truppen in das Kaukasusgebiet und soll seine Schwarze-See-Flotte bereits mobilisiert haben.

Die Türken scheinen sich endlich zu energischerem Vorgehen entschlossen zu haben. Zwar die Schwierigkeiten der Marinetechnik sind noch nicht völlig überwunden. Aber das jungtürkische Zentralkomitee hat einen Ausschuss für die nationale Verteidigung gebildet und der wirtschaftliche Krieg beginnt. Die Ausweisung der Italiener aus der Türkei steht unmittelbar bevor und alle Waren italienischer Herkunft sollen konfisziert werden.

Der wirtschaftliche Kampf ist ja auch zunächst — vom Guerillakrieg in Tripolitarien abgesehen — der einzige, den die Türken führen können. Zur See sind ja die Türken der italienischen Uebermacht gegenüber so gut wie wehrlos. Ob freilich die türkische Flotte wirklich, wie in Konstantinopel behauptet worden ist, schon in Sicherheit ist, ist noch immer nicht gewiß. Gerüchte wollen vielmehr wissen, daß eine Seeschlacht in der Nähe der Dardanellen nördlich von Mytilene im Gange sei.

All diese Nachrichten zeigen bereits, daß die Vermittlungssaktion der Mächte vorläufig gescheitert ist. Zum Ueberflus versichern auch die italienischen Offiziere, daß Italien erst dann verhandeln könne, wenn Tripolis besetzt sei. An Entschädigungen für die Türkei sei nicht zu denken. Auf der anderen Seite wollen auch die Jungtürken vorläufig von dem kampflosen Aufgeben türkischen Gebietes nichts wissen.

So geht denn der Krieg weiter und die Erregung auf dem Balkan wächst. Die Vernichtung der türkischen Flotte, die die Italiener offenbar beabsichtigen, würde den Gleichgewichtsstand auf dem Balkan noch mehr erschüttern. Erhielte doch dann Griechenland gegenüber der Türkei die absolute Uebermacht zur See und damit die Möglichkeit, die Aetiafrage mit größerem Erfolge als vorher aufzutöseln und damit unabsehbare Veränderungen einzuleiten.

Das Bombardement von Tripolis.

Rom, 4. Oktober. (Meldung der Agenzia Stefani.) Vizeadmiral Faravelli hat von Bord des Panzerschiffes „Benedetto Brin“ gestern abend 7 Uhr 45 Min. telegraphiert, er habe um 3/4 Uhr nachmittags die Beschichtung der Hauptbatterien von Tripolis begonnen und bis Sonnenuntergang fortgesetzt. Die türkischen Batterien hätten das Feuer erwidert, ohne jedoch eine Wirkung zu erzielen. Die Beschichtung werde heute wieder

aufgenommen werden, um die Batterien vollständig zu zerstören. Man habe während der Beschichtung die größte Sorgfalt angewendet, um Beschädigungen der Stadt zu vermeiden, und nur der in der Nähe einer Batterie stehende Leuchtturm sei zerstört worden.

Rom, 4. Oktober. Nach einer Meldung der „Tribuna“ aus Malta über die erste Phase der Beschichtung von Tripolis wurde das Feuer von der Division des Admirals Thaon di Revel, bestehend aus den Schiffen „Gerucio“, „Varese“ und „Garibaldi“, und zwar von der Artillerie mittleren Kalibers eröffnet. Das Feuer wurde in langen Zwischenräumen abgegeben, als ob der Admiral gleich nach den ersten Schüssen die Öffnung der weißen Fahne als Zeichen der Uebergabe erwartete. Die Schiffe schossen aus weiser Entfernung von der Küste und schonten die Wohnhäuser und Moscheen.

Truppenlandung in Tripolis?

London, 4. Oktober. „Daily Mail“ erhält über das Bombardement von Tripolis folgende Einzelheiten: Das Bombardement begann nach Ablauf der dreitägigen Frist, welche den Europäern und anderen Ausländern gesetzt wurde, die die Stadt zu verlassen. Als nach Ablauf dieser Frist der Generalgouverneur von Tripolis die Stadt nicht übergeben wollte, eröffneten die italienischen Kriegsschiffe das Feuer, und zwar zunächst auf die Außenwerke, dann auf den Palast des Walis und schließlich auf mehrere höher gelegene Punkte der Stadt. Das Bombardement richtete ziemlich erheblichen Schaden an, wurde aber nach kurzer Zeit wieder eingestellt. Dann begann eine Truppenlandung, nach welcher das Bombardement fortgesetzt wurde.

Das Besatzungskorps.

Rom, 8. Oktober. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Die Vorbereitungen für die Zusammenstellung des Expeditionskorps schreiten in normaler Weise vorwärts. In den verschiedenen Einschiffungshäfen wird eifrig an der Instandsetzung der für den Truppentransport bestimmten Schiffe gearbeitet. In Anbetracht der verschiedenen Standorte der einzelnen Truppeneinheiten, aus denen das Expeditionskorps zusammengestellt werden soll, hat man sich entschlossen, die Einschiffung der Einheiten in den nächstgelegenen Häfen in der Weise vorzunehmen, daß die Einschiffungen nicht nur in den größeren, sondern auch in den kleineren Häfen der Ost- und Westküste vorgenommen werden. Daher wird man von Einschiffungen in den Häfen der Inseln und in Süditalien absehen können, wo die Truppen Besatzung laufen könnten, durch das plötzliche Erscheinen irgendwelcher feindlichen Streitkräfte, die vielleicht der regen Ueberwachung unserer Flotte entgangen sind. Beunruhigt zu werden. Aus diesem Einschiffungsplan ergeben sich auch die Operationen unserer Kriegsschiffe im Adriatischen Meer, das von feindlichen Schiffen freigehalten werden muß, damit unsere Transportschiffe im geeigneten Augenblick ihre Ueberfahrt ruhig bewerkstelligen können. Obgleich die Arbeiten zur Instandsetzung der Dampfer so viel wie möglich beschleunigt werden, so ist es doch nicht möglich, den Zeitpunkt anzugeben, zu welchem die Truppenteile die Einschiffungshäfen verlassen oder sich auf hoher See vereinigen können. Die wenigen Tage Abwartens werden aber nicht verlorene Tage sein, denn sie sind unerlässlich für die Flotte, um durch ihre Operationen gegen die feindlichen Seestreitkräfte eine ruhige Ueberfahrt des umfangreichen Transports sicher zu stellen.

Ein neuer Angriff auf Prevesa.

Saloniki, 4. Oktober. Die aus Prevesa berichtet wird, erschienen abermals italienische Kriegsschiffe vor Prevesa, gaben Salven ab, ohne jedoch das Fort anzugreifen, und verzwanden dann wieder. Ihr Vorgehen wird als Demonstration ausgelegt.

Dem hiesigen jungtürkischen Komitee telegraphiert das Komitee in Benghasi, daß die Mohammebaner beschloffen hätten, die Cyrenaika bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.

Die Aktionen an der albanischen Küste.

Paris, 4. Oktober. Nach einer Depesche des „Matin“ aus Konstantinopel sind an der albanischen Küste vier türkische Transportschiffe mit Truppen und Munition an Bord von den Italienern beschlagnahmt worden. Der italienische Oberkommandierende hat ein Ultimatum an den Hafenkommandanten von Prevesa gerichtet, worin dieser aufgefordert wird, die im Hafen liegenden vier türkischen Torpedoboots auszuliefern, widrigenfalls eine Beschädigung des Hafens stattfinden werde. Die gestellte Frist ist gestern abend abgelaufen. Diese Nachricht wird auch von anderer Seite bestätigt.

Die Behandlung türkischer Schiffe.

Rom, 4. Oktober. Das Marineministerium hat für die Kommandanten der Hafenplätze folgende Anordnungen erlassen: Den im Augenblick der Kriegserklärung im Hafen liegenden oder in Umlauf der Kriegserklärung eingelassenen türkischen Schiffen sichere Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen, die übrigen türkischen Schiffe zu kapern, den türkischen Schiffen, die ihre Häfen gewohnenmäßig unterbrechen müßten, die für eine sichere Weiterfahrt erforderliche Zeit zu gewähren und über die auf beschlagnahmten Schiffen gefundenen Waren neutraler Mächte besondere Anweisungen des Marineministeriums einzuholen.

Ein versenktes Schiff.

Konstantinopel, 4. Oktober. Wie aus Tripolis gemeldet wird, wurde das als Küstenschiff dienende Kanonenboot „Sjad-Derla“ von seiner Besatzung versenkt, damit es den Italienern nicht in die Hände falle.

Eine offizielle Note widerspricht der von italienischer Seite aufgestellten Behauptung, die Türkei beschuldige, Vorsätze gegen die italienische Küste zu unternehmen.

Die türkische Ministerkrise.

Konstantinopel, 4. Oktober. Es verlautet, daß es Said Pascha gelungen ist, das Kabinett zu bilden. Der Marineminister hat sein Entlassungsgeheiß zurückgezogen, wahrscheinlich, um die Neubildung des Kabinetts zu erleichtern.

Das jungtürkische Zentralkomitee hat eine Proklamation erlassen, in der es die Einsetzung eines Komitees der nationalen Verteidigung ankündigt.

Eine Gruppe von Abgeordneten, die gestern nachmittag die Regierung um die Einberufung der Kammer ersucht hatte, hat von der Pforte die Mitteilung erhalten, daß das Parlament zum 14. Oktober einberufen wird unter dem Vorbehalt, daß sich bis dahin eine genügende Anzahl von Abgeordneten in Konstantinopel einfände.

Das Vorgehen gegen die Italiener.

Konstantinopel, 4. Oktober. Der Ministerrat beriet über die Stellungnahme der Regierung gegenüber den in der Türkei befindlichen Italienern. Es verlautet, daß das jungtürkische Komitee auf der Ausweisung der

Italiener aus der Türkei bestche, worüber die Pforte die Entscheidung jedoch aussetzte. „Tanin“ meldet, der Ministerrat habe eine Entscheidung getroffen, die die Wahrung der nationalen Ehre sicherstelle.

Die Blätter melden, ein italienisches Schiff habe im Roten Meer bei Hobeida ein türkisches Motorboot zerstört. Der Torpedobootzerstörer „Peik-i-Schewket“ sei nach Hobeida geschickt, von wo aus er und andere Kanonenboote gegen das italienische Schiff geschossen und es angeblich beschädigt hätten.

Der Krieg und die Handelschiffahrt.

Konstantinopel, 4. Oktober. Die Schiffahrtskammer übermittelte den diplomatischen Missionen einen Protest gegen die von der Türkei verhängte Sperrung der Leuchtfeuer und gegen das Verbot von Kohlenlieferungen an fremde Schiffe, was den vollständigen Stillstand des Schiffsverkehrs an der Levante zur Folge haben müsse. Die Kammer ersucht die Pforte, das Verbot für die neutralen Schiffe aufzuheben.

Russische Militärübungen.

Konstantinopel, 3. Oktober. Wie der „Tanin“ erfährt, trifft Rußland an der türkischen Grenze militärische Vorsichtsmaßregeln.

Zur Lebensmittelteuerung.

Die Binger Handelskammer über die Teuerung.

Ueber die Teuerung und die Maßnahmen zu ihrer Milderung verhandelte die Binger Handelskammer in ihrer letzten Sitzung. Der Bericht darüber sagt u. a.:

Nachdem die hiesigen Handelskammern bereits im August 1910 wegen der Preissteigerung gemeinsam vorstellig geworden waren, ist neuerdings ein Vorgehen gegen die bestehende und aller Voraussicht nach sich noch steigende allgemeine Teuerung in Anregung gebracht worden. Das Kollegium ist der Ueberzeugung, daß außer den bereits beschlossenen Fraßermäßigungen für Futtermittel, Streu- und Düngemittel, sowie einzelne Rohstoffe weitere durchgreifendere Maßnahmen zur Verbilligung künftigen Rohstoffes erforderlich seien. Zu hiesigen Handelskammertag wurde nach eingehender Besprechung die Angelegenheit zu beschleunigter Behandlung einem engeren Ausschuss überwiesen. Die Vertreter von Bingen sprachen sich sowohl für weitgehende Herabsetzung der Frachten auf Futtermittel, namentlich auch auf die der Schweinemast dienenden, als auch für Ermäßigung oder zeitweise Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel, insbesondere auch Getreide, ferner für zeitgemäße Reform des Systems der Getreide-Einfuhrzölle, deren vorübergehende Aufhebung mindestens für drei Monate, geboten scheint, wenn nicht ein gänzliches Aufheben des Einfuhrzollsystems zu ermöglichen wäre, da dasselbe speziell für Roggen und Hafer zu einer Ausfuhrprämie auf Kosten der Reichskasse geworden ist, und ein künstliches Hochhalten der Preise im Inland bewirken muß. Das Ausland erhält unser Getreide um den Zollbetrag billiger, als wir selbst.

Da in der Binger Handelskammer auch gewichtige Persönlichkeiten des Zentrums sitzen, so ist vorstehende Stellungnahme des halb besonders beachtenswert, weil das Zentrum im Grunde mit den Junkern den wichtigsten der geforderten Maßnahmen gegenüber sich ablehnend verhält. Besonders der letzte Satz kann nicht oft und scharf genug hervorgehoben werden.

Die Firma Krupp und die Teuerung.

Vor kurzem erst mußte die Konsumantstakt des Krupp'schen Riesenbetriebes in Essen, die jährlich 30 Millionen Umsatz erzielt, aus ihren Preistabellen feststellen, daß die Warenpreise sehr viel schneller gestiegen seien, als die Arbeitslöhne, und zwar in einem Zeitraum von 6 Jahren durchschnittlich um 8,8 Proz. Dagegen sind im gleichen Zeitraum die Löhne nur um 3 Proz. gestiegen; es bleibt also für die Arbeiter ein Manko von über 5 Proz.

Diese Feststellung wurde aber vor der Dürre dieses Sommers und demnach vor der beängstigenden Preissteigerung der letzten Monate getroffen. Heute ist auch die übergroße Notwendigkeit der Arbeiter bei Krupp von schwerer Sorge heimgesucht und angesichts der geradezu glänzenden Beschäftigung des Werkes — es wurde jüngst darüber berichtet — sollte für die Direktion nichts näher liegen, als der dringenden Notwendigkeit gehorchend die zurückgelassenen Löhne wenigstens etwas heraufzusetzen. Statt dessen kehrt die Firma unerbittlich den brutalen Unternehmerrandpunkt hervor. Sie ließ in sämtlichen Kanonendebetrieben, deren 11 bestehen, verkünden, daß eine umfassende „Lohnregulierung“ vorgenommen werden soll. Die eine Perzentage der hohen Werkelöhne um eine Mark pro Schicht herbeiführen wird! Es sei bemerkt, daß in diesen Betrieben zwar ausnahmsweise 6—7 M. Schichtlohn erzielt wird, aber nur in schwerster Arbeit, richtiger Nordständer.

So tritt das Industrieimperium der Teuerung entgegen! In wenigen Wochen wird die Firma Krupp ihr Hundertjahrjubiläum begehen. Vielleicht sagt sie ihrem „Wohlfahrts“-Vorbezug ein neues Wort hinzu, indem sie ihren 20 000 Arbeitern je einen dauerhaften Schmachtriemen listet. Der Kanonenprofit erlaubt's in diesem Jahre.

Die Stadtverordnetenversammlung in Gotha.

Beschäftigte sich am Dienstagabend in öffentlicher Sitzung mit der Lebensmittelteuerung. Dem Stadtrat wurde nach längerer Debatte ein Vorschlag von 5000 M. aus der Stadtkasse genehmigt zum Ankauf von Speisefarbstoffen, doch soll erst die vollständige Ernte abgewartet werden, da die Herren der Meinung sind, daß die diesjährige Kartoffelernte genau so gut ausfallen wird, im Durchschnitt noch besser, als wie in den früheren Jahren. Eine Kommission soll eingehende Ermittlungen anstellen, auch in bezug darauf, ob ein solches Vorgehen der Stadtverwaltung die Weidertreibenden schädigen könnte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Oktober 1911.

Ein Brief von Müller-Julda an die „Adln. Volkstz.“

Die „Adln. Volkstz.“ veröffentlicht in ihrer Nr. 843 folgende Zuschrift des Zentrumsabgeordneten Müller-Julda: Die Nummer 833 Ihrer Zeitung enthält eine Notiz: Zentrum und Sozialdemokratie, in welcher gesagt ist, meine Verhandlung mit sozialdemokratischen Führern nach dem 28. Januar 1907 sei lediglich aus meiner eigenen Initiative hervorgegangen und somit meine persönliche Angelegenheit gewesen. Diese Behauptung ist unrichtig; ich habe seitens des für die Stichwahlen eingesetzten Ausschusses, dem ich übrigens selbst angehörte, den ausdrücklichen Auftrag erhalten, das Angebot des Herrn Webel abzulehnen, und mich dieses Auftrages dann durch den Brief vom 30. Januar 1907 erledigt, weitere Verhandlungen aber überhaupt nicht geführt. Wichtig ist, daß ich keinen Auftrag zu Annäherungen mit anderen Parteien besah; um einen solchen Auftrag habe ich aber auch bei niemand nachgesucht, da ich mir schon von selbst die Berechtigung zuerkenne, mich über die Stellungnahme anderer Parteien zu informieren.

Diesem Schreiben folgt die „Köln. Volksztg.“ mit dem ersichtlichen Gefühl der Genugtuung noch nachstehende Bemerkungen hinzu:

Diese Verechtigung hatte Herr Abg. Müller-Zulda zweifellos. Wenn wir seine Verhandlung mit den sozialdemokratischen Führern als seine persönliche Angelegenheit bezeichnen, so versteht es sich, daß wir dabei nicht die Ablehnung des Beschlusses „Ablehnung des Beschlusses“, die ja, wie wir selbst betonten, vom Ausschusse einstimmig beschlossen war, im Auge hatten, sondern lediglich die privaten Anknüpfungen, von denen Herr Abg. Müller-Zulda nunmehr selbst bestätigt, daß er diese ohne Auftrag, also lediglich aus eigener Initiative bewirkt hat. Wobei übrigens zu bemerken ist, daß ein früheres Schreiben des Abg. Singer vom „Vorwärts“ nicht veröffentlicht worden ist.

Die Anknüpfung der ultramontanen „Köln. Volkszeitung“ macht ihrem guten Herzen, wenn auch weniger ihrem Verstande alle Ehre. Die Herr Müller selbst, so erklärt auch sie den Müllerschen Brief vom 30. Januar 1907 für eine „Ablehnung des Beschlusses“, nur glaubt sie nochmals hinzufügen zu sollen, daß diese Ablehnung auf einstimmigen Beschluß des Zentrums-Ausschusses erfolgt sei. Nichts als alberne Verlegenheitschwägeri. Tatsächlich ist durch Herrn Müllers Brief vom 30. Januar 1907 gar keine Ablehnung erfolgt. Nirgends steht in diesem Schreiben etwas davon, daß die Zentrumsleitung den Beschlüssen Vorschlag rundweg abgelehnt habe; Herr Müller spricht nur davon, daß der Vorschlag Webers sich nicht durchführen lasse, weil die Zeit zu kurz sei und beiderseits schon Verabredungen beständen; dann aber fügte er hinzu, daß das Zentrum seine Bedingungen denen der sozialdemokratischen Parteileitung angepaßt hätte, und mahnt, jede Partei solle auch ohne gegenseitige Zusicherung ihre Pflicht tun. Das heißt doch wohl: jede Partei solle ohne formelles Abkommen die andere in der Stichwahl unterstützen!

Doch sehen wir als bestes Beweismittel nochmals Müllers Brief vom 30. Januar 1907 hierher:

Zulda, den 30. 1. 1907.
Frankfurt a. M.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich empfang Ihre und Herrn Webers Mitteilung vom 28. und antwortete heute früh nach Köln tel.:

„Auch wir stellen prinzipielle Bedingungen, von welchen Unterstüßung abhängt.“

Vorschlag B. ist unausführbar, weil Zeit zu kurz und bereits vielfach Verabredungen bestehen auf Ihrer und unserer Seite. (Schließen.) Ich verspreche auch nichts, was ich nicht voll erfüllen kann.“

Unsere Bedingungen sind den Ihrigen ziemlich angepaßt, sie werden heute veröffentlicht und es wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß alle Ihre Kandidaten so ipso diesen Bedingungen zustimmen, der Rücksicht dagegen nicht.

Nun tue jeder nach bestem Ueberzeugung seine Pflicht, auch ohne gegenseitige Zusicherung.

Hochachtungsvoll
Richard Müller.“

Das nennt die „Köln. Volksztg.“ eine glatte Ablehnung? Genau ebenso viel ist die von Herrn Müller-Zulda behauptete Behauptung der „Kerikalen“ wert, er habe keinen Auftrag zur Anknüpfung mit der sozialdemokratischen Partei besessen. Gewiß, einen offiziellen Auftrag der Zentrumsleitung hat er nicht gehabt! Das hat von sozialdemokratischer Seite auch niemand behauptet. Aber eine andere Frage ist, ob er auch mit keinem seiner Fraktionskollegen über seine Anknüpfung gesprochen, ob keiner von diesen etwas davon gewußt hat. Die „Kölnische Volksztg.“ will doch wohl nicht der Öffentlichkeit glauben machen, daß ein erfahrener Parlamentarier solche Schritte unternimmt, ohne vorher bei leitenden Personen seiner Fraktion zu sondieren?

Jesuitische Ausreden.

Die „Germania“ verschweigt ihren Lesern nach wie vor das Treiben der italienischen „Kerikalen“, die den Papst an der Spitze, für den Raubzug der Regierung Propaganda machen. Sie beruft sich demgegenüber auf die völlig nichtigende formale Neutralitätserklärung, die der Heilige Stuhl erlassen hat. Da sich die „Germania“ dabei uns gegenüber auf eine Meldung des „Berliner Tagebl.“ berief, so wollen wir ihr die folgende Mitteilung des römischen Korrespondenten dieses Blattes nicht vorenthalten:

In dem „Kerikalen“ „Corriere d'Italia“ veröffentlicht der Marquis Crispolti einen bemerkenswerten Artikel, in dem er die absolute völlerrechtliche Korrektheit des italienischen Vorgehens zu beweisen versucht. Der Artikel kommt zu dem Schluß, Italien hätte die rechtlichen Formen in keiner Weise verletzt, sondern sich gewissenhaft an die Vorschriften des Völkerrechts gehalten. Marquis Crispolti, der Verfasser dieses Artikels, ist Chef der „Kerikalen“ Partei und ein Schützling und persönlicher Freund des Papstes.

Es ist also eine freche Lüge, wenn die „Kerikale“ Presse ihren Lesern erzählt, daß der Papst „über den streitenden Parteien“ stehe. Er und seine Offiziosen verteidigen und preisen den Raubzug. Und alles Geschimpfe kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die deutsche und österreichische „Kerikale“ Presse es nicht einmal wagen darf, über die wirkliche Haltung des Papstes in dieser Frage ihren Lesern die Wahrheit auch nur mitzuteilen.

Verzögerung der Marokko-Interpellation.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt eine offiziöse inspierte Notiz, in der es heißt:

„Der Umstand, daß bisher Redaktionschwierigkeiten wegen der Abklärung der Marokko-Verhandlungen sich so lange hinausziehen, hat vielfaches Kopfschütteln erregt. Hier und da wurde auch der Vermutung Raum gegeben, daß durch die Verzögerung die deutsche Diplomatie angesichts der nahenden Reichstagsöffnung in eine Zwangslage versetzt und französischen Wünschen geneigter gemacht werden könnte. Diese Vermutungen können indessen nicht ausgeschlossen werden. Die Regierung darf auf den Patriotismus unserer Volksvertreter vertrauen, welche sicherlich nicht umhin werden, daß nur um einige Tage früher in die Besprechung der Marokko-Verhandlungen einzutreten zu können, auch nur ein Titelchen von dem gepfeift werde, was als erreichbar und erreichbarwert auf dem Programm der Reichsvertretung steht.“

Das heißt nichts anderes, als daß die von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Marokko-Interpellation erst dann beantwortet werden soll, wenn es den Herren von Bethmann Hollweg und Aulerken-Wachter in den Kram paßt. Der Appell an den „Patriotismus der Volksvertreter“ ist auf die bürgerlichen Parteien berechnet, denen damit nahegelegt wird, auf eine sofortige Beantwortung der Marokko-Interpellation zu verzichten.

Stimmenergebnis in Oldenburg.

Bei der Wahl der Abgeordneten zum Oldenburgischen Landtage am 20. September haben erhalten:

Sozialdemokraten	48 788 Stimmen
Fortschrittliche Volkspartei	40 485 „
Nationalliberale	28 813 „
Zentrum	24 003 „
Agrarier	11 279 „

Im ganzen sind rund 150 000 Stimmen abgegeben; davon entfällt fast ein volles Drittel auf die Sozialdemokratie — ein glänzendes Resultat, das sich in dem „Agrarstaat“ Oldenburg niemand hat träumen lassen!

Geschäft ist Geschäft!

Die Zentrumspresse im Westen großt den Nationalliberalen wegen ihrer Stimmenthaltung bei der Düsseldorf-Frage. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ verteiligt das Verhalten der Nationalliberalen damit, daß das Zentrum „erst müde werden“ müsse, bevor es für ehrliche Verständigung, für Kompensation und Kompromisse „die Reife erlangt“. Und die „Köln. Zeitung“ meint, bei der „höflichen Einrückung der Stichwahlen“ bleibe es immer noch das beste, sie „als ein Parteigeschäft zu betrachten und Stimmgabe wie Stimmenthaltung allein danach einzurichten, wie weit sie der eigenen Partei und ihren Idealen von Nutzen sind“.

Die „Kölnische Volkszeitung“ erklart in diesen Aeußerungen den Versuch, einerseits das Zentrum auf neue zu verlasten, andererseits das eigene Gewissen zu beschwichtigen. Und doch gab es eine Zeit, da die „Kölnische Volkszeitung“ ganz wie ihre nationalliberale Landmännin die Stichwahlen als eine reine Geschäftsfrage auffaßte, bei der nur die Rücksicht auf den eigenen Vorteil zu gelten habe. Nach der Hauptwahl im Juni 1898 sprach sich das ultramontane Blatt dahin aus, das Zentrum müsse da, wo seine Stimmen bei der Stichwahl zwischen anderen Parteien ins Gewicht fielen, dafür sorgen, daß es aus der Sachlage den denkbar größten Vorteil ziehe:

„In der Hauptsache muß unser Bestreben ganz wie bei den diesmaligen Wahlen überhaupt dahin gehen, daß die ausschlaggebende Stellung des Zentrums zu erhalten, also vor allem die Kartellparteien nicht zu stark werden zu lassen. Für einen Sozialdemokraten kann die Zentrumspartei natürlich nicht stimmen. In der Regel wird sie aber wohl für den Gegenkandidaten eintreten können. . . . Wenn irgend möglich ist dahin zu wirken, daß unsere Stimmen einer anderen Partei nicht umsonst gegeben werden. Nicht allein, daß wir Garantien in Bezug auf Jesuitengesetz, Wahlrecht usw. verlangen müssen, wir müssen auch die Unterstützung der Partei, die unsere Stimmen erhält, für den Zentrums-kandidaten in einem anderen Wahlkreise zu erhalten suchen: Unterstützt ihr das Zentrum hier, so unterstützen wir euch das! Darum übereile man sich mit der Zusage nicht, sondern sehe sich erst in der näheren oder weiteren Umgebung um, ob da nicht für einen Zentrums-kandidaten etwas zu erreichen ist. Man muß nicht blöde in solchen Dingen sein, die anderen Parteien sind es auch nicht.“

Von diesen rein politisch geschäftlichen Erwägungen ließ das Zentrum sich dann auch bei der Stichwahl 1898 leiten. Es stimmte (trotz des Abtrats der „Kölnischen Volkszeitung“) für den Sozialdemokraten, wo es ihm von Nutzen war, und es stimmte andererseits, was noch schlimmer, für Freimaurer, wenn ihm hier der Erfolg winkte. In Dortmund z. B. verpflichtete es sich für den Schatzmacher, Freimaurer und Kulturkämpfer Hilke und ließ sich dafür zusichern, daß die Nationalliberalen, wenn bei der nächsten Wahl das Zentrum mit den Sozialdemokraten in die Stichwahl komme, das Zentrum unterstützen; ferner wurde den Ultramontanen ein Drittel der Stabverordnetenstimme und die Vertretung in allen städtischen Kuratorien zugesichert; endlich machte der freimaurerisch kulturkämpferische Kandidat, damit man der ultramontanen Wählermasse etwas Bredel um den Mund schmieren konnte, noch einige nichtsagende Zugeständnisse bezüglich des Jesuitengesetzes. Wie man sieht: Geschäft ist in der Politik Geschäft — auch beim Zentrum!

Anderwärts im benachbarten Wochum. Dort hatten 1898 die Sozialdemokraten den Ausschlag zwischen Nationalliberalen und Ultramontanen zu geben. Unsere Genossen waren zur Wahlenthaltung entschlossen in der Erwartung, daß das Zentrum in Dortmund das gleiche tun werde. Als sie von dem Vati der Liberalen und „Kerikalen“ erfuhrten, änderten sie ihre Haltung und so kam es, daß der ultramontane Kandidat, Herr Fuchs-Köln durchfiel. Herr Fuchs hat das seinen Parteigenossen in Dortmund sehr verdacht und in einer Kölner Zentrumsversammlung hat er geflötet, daß die Dortmunder Zentrumsleute an der Niederlage der Partei in Wochum die alleinige Schuld trugen. Sie hätten mit den Nationalliberalen ein Kompromiß gegen die Sozialdemokratie geschlossen, alle Versuche der Zentrumsleitung, das Kompromiß rückgängig zu machen, seien erfolglos gewesen. So habe das Zentrum in Dortmund erreicht, daß dort der Nationalliberal durchgekommen sei. Diese Lüge sei durchaus verfehlt. Die Nationalliberalen seien zurzeit die schlimmsten Feinde des Zentrums. Dazu komme, daß der Dortmunder Kandidat der Nationalliberalen Freimaurer und führendes Mitglied des evangelischen Bundes sei!

In Dortmund sahhandelt das Zentrum mit den Nationalliberalen; in Wochum rechnet es mit der Hilfe der Sozialdemokraten; es läßt sich mit Freimaurern und Lutherbündlern in Wahlkompromisse ein — immer nach dem Grundsatz: Wer am meisten bietet, hat mich! Unter solchen Umständen versteht man nicht recht, weshalb das Zentrum den Nationalliberalen großt, die die Wahl ebenfalls als ein politisches Geschäft betrachten.

Die Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft

finden am 14. und 17. November d. J. statt. In den ländlichen Bezirken, wo die Wahlen am 14. November angefaßt sind, werden sechs Vertreter in der dritten Klasse (mit mehr als 2000 M. Einkommen) und einer in der vierten Klasse (die übrigen Bürger) gewählt. Die städtische erste Klasse (mehr als 2000 M. Einkommen) wählt 12 Abgeordnete, während die minderbemittelten werktätigen Bürger ganze vier Abgeordnete der zweiten Klasse in das Staatsparlament zu entsenden haben. Der Geldsack hat sich somit von 43 Mandaten 38 gesichert, während man dem ärmeren Teil der Lübecker ganze fünf Mandate überlassen hat.

Vom Krach im Zentrum.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers“ hat der Zentrumsabgeordnete Graf Oppersdorff gegen die gleichfalls zentralische „Köln. Volkszeitung“ wegen Abdrucks eines Artikels aus der „Angsbürger Postzeitung“ die Verleumdungsgeloge angestrengt. Graf Oppersdorff hatte zunächst die Klage bei dem ersten Staatsanwalt in Köln eingereicht, der sie aber abgelehnt hat unter Verweisung auf den Weg der Privatklage. Der Prozeß kann unter Umständen interessante Einblicke in das Treiben hinter den Kulissen der „einigen“ Zentrumspartei gewähren.

Ein konservativer Ordnungsheld vor Gericht.

Die Strafkammer Delmold verurteilte den Landwirt Fritz Seel aus Hurel bei Lemgo wegen vorläufiger Körperverletzung zu 300 M. Geldstrafe. Seel hatte am 2. Februar dieses Jahres spät abends in der Dunkelheit das Automobil des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Neumann-Hofer mit Strahenschmutz betworfen.

Der Uebelthäter war vorher mit einigen konservativen Gesinnungsgenossen in der von freisinniger Seite veranstalteten Versammlung gewesen. Durch den Wurf wurde der Chauffeur am Auge verletzt und das Automobil geriet in den Straßen-graben. Mit dieser Verurteilung ist das milde Urteil des Schöffengerichts Lemgo aufgehoben worden, das den Angeklagten nur der fahrlässigen Körperverletzung schuldig hielt und auf 60 M. Geldstrafe erlachte.

Der Leutnant als Sittlichkeitsverbrecher.

Das Kriegsgericht in Posen verurteilte den Leutnant der Reserve Lindau, der in seiner Zivilstellung höherer Baubeamter ist, wegen Sittlichkeitsverbrechen zu einem Jahre Gefängnis und Dienstentlassung. Der Angeklagte war zu einer militärischen Uebung zum 19. Infanterieregiment nach Görtlich eingezogen und lag während des Monats in Posen im Quartier. Dort lodte er nach einem Ausfluge ein dreizehnjähriges Mädchen und einen fünfzehnjährigen Burken in seine Wohnung, wo er erst an dem Anaben und dann mit dem Mädchen unsittliche Handlungen vornahm. Auf das Geschrei des Mädchens eilten Hausbewohner herbei und befreiten es. Die Untersuchung des Mädchens im Krankenhaus ergab, daß es dem Angeklagten noch nicht ganz gelungen war, sein Vorhaben auszuführen. Demzufolge wurde er nur wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Kindern unter vierzehn Jahren bestraft. Der Angeklagte entschuldigte seine Tat mit Trunkenheit.

Portugal.

Die monarchistische Verschwörung.

Madrid, 4. Oktober. Der Ministerrat beschäftigte sich gestern mit der monarchistischen Erhebung in Portugal. Der Minister des Innern legte dar, welche Maßregeln an der Grenze getroffen werden seien, um strenge Neutralität auszuüben zu erhalten, und teilte die an der Grenze von Galicien erfolgte Festnahme eines Automobils mit, in welchem 40 Personen in Portugal einzudringen versucht hätten.

England.

Für Rüstungseinschränkung.

London, 4. Oktober. Der Erste Lord der Admiralität McKenna hielt gestern eine Rede, in der er ausführte, an die Stelle der Kriegsgeschichte sei jetzt der Krieg getreten. Das ganze Interesse der Welt sei darauf gerichtet, den Frieden wieder herzustellen. Es gebe kein Auswärtiges Amt in Europa, das nicht die gemeinsame Hoffnung teile, daß bestmögliche Bedingungen für eine Beilegung des Streites gefunden werden möchten, bevor und nicht nachdem große Opfer an Menschenleben zu beklagen seien.

Auf die Frage, ob er ein freundliches Einvernehmen mit Deutschland zum Zwecke der Beschränkung der Flottenrüstungen begünstige, erwiderte McKenna: Nichts würde der Regierung größere Befriedigung gewähren, als wenn sie in stande wäre, Abkommen zu treffen, welche die Rüstungen zu Wasser und zu Lande begrenzen.

Rußland.

Die Spitzelkloake.

Obgleich die Offiziosen sich bereits die größte Mühe geben, den Erörterungen über den Korruptionssumpf der Geheimpolizei ein Ende zu setzen, und ihren eigenen Enthüllungen über das Spitzelwesen die Spitze abzubrechen, nimmt die Blut der neuen Enthüllungen kein Ende. Die konservativen Wähler, die hochstehenden Bürokraten, ja, selbst frühere Minister geben mit erstaunlicher Offenheit die bisher sorgfältig gehüteten Geheimnisse preis und bestätigen die Wichtigkeit aller von sozialdemokratischer Seite erhobenen Anklagen gegen das Spitzelwesen der Regierung. Sämtliche Fragen, die während der Afew-Affäre, des Popuchin-Prozesses die Defensivität beschäftigten und deren Lösung durch die Einmischung Stolpkins unmöglich gemacht worden ist, finden jetzt eine gewisse Aufklärung. Es ist z. B. außerordentlich charakteristisch, daß das Organ der Moskauer Reaktionäre, die vom alten Renegaten Nischomoff herausgegebenen „Moskowskija Wedomosti“ die Frage aufwerfen, in welchem Maße die Geheimpolizei an der Ermordung des Großfürsten Sergius und des Ministers Plehwe, die bekanntlich das Werk Afews war, mitschuldig gewesen ist. Und die offiziöse „Kosowoje Wremja“, zu deren Redakteuren der Bruder des gestürzten Ministerpräsidenten gehört, teilt jetzt offen mit, daß Stolpin kurz vor seinem Tode die unwiderleglichsten Beweise für die polizeiliche Herkunft der eben erwähnten terroristischen Akte erhalten habe: „Vor seinem Tode hatte Stolpin genaue Angaben erhalten, daß die Ermordung des Großfürsten und W. Plehwe von Afew organisiert worden war. . . . Indessen wurde Afew, ungeachtet seiner verbrecherischen Teilnahme an diesen zwei Mordtaten, in der Folge der energische Gehilfe des Chefs der Okhrona, und auf ihn stützte sich die ganze Spionage. Wenn nicht ein Zufall ihn entlarvte, so hätte Afew zweifellos noch heute sein Doppelspiel fortgesetzt.“

Dies schrieb das offiziöse Organ vor wenigen Tagen, während es jetzt bereits eifrig an der Arbeit ist, seine eigenen Enthüllungen abzuschwächen und die „Ehre“ Afews wiederherzustellen. Bei diesem Vorhaben wird es keineswegs durch die Tatsache gestört, daß noch in diesen Tagen drei Agenten der Geheimpolizei zu Waku, Kasusch, Krolschow und Prolow, vom Bezirksamte zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind, weil vor Gericht nachgewiesen wurde, daß sie im Auftrag der Geheimpolizei Bomben nach Waku gebracht und dort zu Probationszwecken verwendet hatten. Diese Proklifen, die sowohl von den größeren wie kleineren Agenten der Geheimpolizei gehandhabt werden, sind in den Augen der Regierungspresse und der herrschenden Parteien eine notwendige Begleiterscheinung des Kampfes gegen die Revolution. Es wird auf diesem Gebiete auch jetzt um keinen Deut besser werden — trotz des „unerklärlichen“ Willens des Hauptes der Spitzel, des Zaren Nikolai II., diesem Treiben ein Ende zu setzen.

Im Anschluß an die jüngsten Ereignisse in Rußland weiß Burghew, der sich durch die Aufdeckung des Probationswesens ein großes Verdienst erworben hat, darauf hin, daß noch immer nicht die Teilnahme Afews an einem von ihm selbst organisierten Attentat von außerordentlicher Wichtigkeit und an den Attentaten gegen Admiral Dubasow und General Hirsdelmann aufgeklärt sei. Ferner sei noch immer die Rolle der früheren Agenten des Polizeidepartements, Afew und Probsti, unaufgeklärt, von denen der erstere eine Reihe fühner „Expropriationen“ verübte, während der andere die teuflische Machination gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma einleitete, indem er verkleidete Geheimpolizisten als Delegierte verschiedener Truppenteile in die Fraktion sandte, in den Wohnungen der Abgeordneten Flugblätter verstreute ufm.

Persien.

England verstärkt seine Stellung.

London, 4. Oktober. Wie ein hiesiges Blatt aus Sima meldet, ist wegen der dauernden Unruhen in Südpersien beschlossen worden, die Wachen der verschiedenen britischen Konsulate zu verstärken. Zu diesem Zwecke haben zwei indische Kavallerie-Regimenter den Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach dem persischen Golf bereitzustellen.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1910.

Das Jahr 1910 war ein Jahr großer wirtschaftlicher Kämpfe. Es weist die größte Zahl wirtschaftlicher Kämpfe auf, die bisher in einem Jahre in Deutschland nachgewiesen wurden. Insgesamt 9860 Kämpfe wurden geführt, an denen 1 025 542 Personen beteiligt waren. Die Durchführung der Kämpfe erforderte eine Arbeitszeitverkürzung für 344 570 Personen um 756 584 Stunden pro Woche und für 827 627 Personen eine Lohnerhöhung von 1 815 537 Mark pro Woche. Dazu kommt die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung von 9444 Stunden pro Woche und Zurückweisung einer Lohnverkürzung von 29 779 M. pro Woche.

Von den Bewegungen des Jahres 1910 vertiefen 6496 oder 67 Proz. ohne Arbeitseinstellung, während 3194 zu einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung führten. An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung nahmen 806 581 oder 64 Proz. aller Beteiligten teil. — Das gleiche Zahlenverhältnis war in den Vorjahren zu verzeichnen. In der Statistik der Generalkommission wird darauf verwiesen, daß die große Zahl der ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Lohnbewegungen auf die Respektierung der gefestigten und finanziell gut fundierten Gewerkschaften durch die Unternehmer zurückzuführen ist.

Von den 6496 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung galten 5580 der Verbesserung und 916 der Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen; 70 Proz. der Angriffsbewegungen endeten erfolgreich, 29,7 Proz. teilweise erfolgreich; 83,7 Proz. der Abwehrbewegungen hatten vollen Erfolg.

Streiks und Aussperrungen sind im Berichtsjahre 3194 durchgeführt worden, und zwar 1385 Angriffstreiks mit 110 613 Beteiligten, 839 Abwehrstreiks mit 31 500 Beteiligten und 970 Aussperrungen mit 236 898 Beteiligten. Die größte Anzahl der Kämpfe entfällt auf das Baugewerbe; waren doch hier allein 1387 Streiks und Aussperrungen mit 181 000 Beteiligten zu verzeichnen. Der Zahl der Kämpfe nach folgt die Holzindustrie mit 539 Kämpfen, doch bleibt die Zahl der Beteiligten hinter der in der Metallindustrie zurück. Während in der Holzindustrie 24 989 Personen an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren, waren es in der Metallindustrie und im Schiffbau 95 518 Personen, an 430 Streiks und Aussperrungen. Von den Streiks und Aussperrungen waren 2657 oder 83,2 Proz. erfolgreich oder teilweise erfolgreich, mit 300 886 gleich 80,7 Proz. beteiligten Personen.

Die Zahl der Angriffstreiks war im Jahre 1910 beträchtlich höher als in den beiden Vorjahren, sie erreichte jedoch nicht die Höhe der Jahre 1906 und 1907.

Der Prozentsatz der Streiks, die mit vollem Erfolg für die Arbeiter endeten, ist etwas größer als in den beiden Vorjahren und der größte, der seit 1900 erreicht ist.

Die Aussperrungen sind im Berichtsjahre so zahlreich gewesen, wie in keinem Jahre vorher. Hauptbeteiligt hieran war das Baugewerbe, für das 651 Aussperrungen gezählt wurden. Von den 226 898 an den Aussperrungen Beteiligten entfielen allein auf das Baugewerbe 158 973. Und der weitaus größte Teil der beinahe 12 Millionen Mark betragenden Ausgaben, nämlich über 9¼ Millionen Mark, entfielen auf die Aussperrungen im großen Bauarbeiterkampf. Interessant ist, daß immer noch 20 Aussperrungen, mit allerdings nur 627 Beteiligten, verhängt wurden, um die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu zwingen. Als Resultat der Aussperrungen ist zu verzeichnen, eine Arbeitszeitverkürzung für 90 217 Personen von insgesamt 102 386 Stunden pro Woche und für 298 711 Aussperrte eine Lohnerhöhung von zusammen 845 152 M. pro Woche.

Kast die gesamten Streikausgaben wurden von den Verbänden selbst gedeckt. Im Jahre 1910 wurden aber noch an Extrabeiträgen von den Zentralverbänden 4 388 400 M. ausgeschrieben, und an Beiträgen der arbeitenden Mitglieder in Streikorten wurden noch 521 800 M. ausgeschickt. Das sind Summen, die höher sind, als die Jahreseinnahmen der gesamten Gewerkschaften in den Jahren 1891 bis 1897, denn erst mit dem Jahre 1898 übersteigt die Gesamtsumme der Verbände 5 Millionen Mark.

Der Abschluß von Tarifverträgen war ein erheblich zahlreicher, als in den Vorjahren. Es werden 4398 Tarifverträge für 607 023 Personen verzeichnet. 1909 waren es 1913 Verträge für 159 629 Personen und 1907 wurden 1860 Verträge für 282 948 Personen abgeschlossen.

Die Erforschung der Organisations- und Familienverhältnisse der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten ergibt, daß 21 904 = 14,1 Proz. sich im Alter bis zu 21 Jahren befinden. Von den 310 711 in den Streiklisten Geführten waren 177 374 männliche und 4197 weibliche, zusammen 68 Proz. verheiratet. Sie hatten insgesamt für 327 882 Kinder unter 14 Jahren zu sorgen. 271 977 männliche und 15 636 weibliche Personen gehörten zu Beginn des Kampfes den Organisationen an, sechs Monate waren 227 086 männliche und 7215 weibliche Personen organisiert.

Das Gesamtergebnis der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1910 kann als ein befriedigendes, wenn auch lange nicht als ein ausreichendes bezeichnet werden. Das Prozentverhältnis der mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendeten Angriff- und Abwehrstreiks geht weit über den Durchschnitt hinaus. Die großen Lasten, die der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern auferlegt wurden, geboten die Lohnerhöhung. Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen aber waren nicht einmal in der Lage, diese Steuerlast durch Lohnerhöhungen auszugleichen, weil sie den gewerkschaftlichen Organisationen fernstehen. Organisation, Solidarität und Opferwilligkeit aber sind notwendig, um die Arbeiterschaft auf eine höhere Kulturstufe zu heben.

Berlin und Umgegend.

Der Bewegung der Berliner Eisenkonstruktoren

um Anerkennung eines besseren Dienstvertrages haben sich auch die im Deutschen Techniker-Verein organisierten Angestellten angeschlossen und gleichzeitig ihre Klage zum 1. Oktober eingereicht. Damit aber steht der Bund der Eisenindustriellen im Gegensatz nicht allein den Arbeitgebern gegenüber und die Berliner Metallindustriellen haben den ganzen organisierten Technikerstand gegen sich. Im besonderen wird die Sperrung der Stellenvermittlung des Deutschen Techniker-Vereins, die schon einmal beim Konflikt mit dem Reichsmarineamt mit überraschendem Erfolge den Kampf zugunsten der Techniker entschied, den Unternehmern viel zu schaffen machen. Wie hoch dies Moment im Kampf der Eisenkonstruktoren anzuschlagen ist, geht daraus hervor, daß im ersten Halbjahre 1911 787 Stellen durch den Verband vermittelt wurden. Bis heute ist es den Firmen auch tatsächlich nicht gelungen, mehr als 20 von 230 Stellen neu zu besetzen, so daß die Chancen für eine baldige Beilegung des Streites und Beseitigung der Differenzen im Sinne der Techniker recht gut sind.

Die Streitenden selbst sind guten Mutes, da es ihnen gefällt ist, fast alle Kollegen im Kampfe zu halten und den überwiegenden Teil derjenigen, die in Unkenntnis der Sachlage Stellung in Berlin genommen haben, zu veranlassen, von diesen Stellen sofort wieder zurückzutreten. Ingesamt stehen zurzeit 230 Eisenkonstruktoren im Kandidate, die zehn derselben konnten nicht austreten da sie Jahresverträge haben, und drei bei Bauingenieurfirmen beschäftigte Herren haben sich noch Anerkennung ihrer Forderungen mit ihren Firmen einigt.

Berlin. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil veranm.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Die Lohnbewegung und die Streiks in der Wäscheindustrie.

Gestern abend fand wiederum eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der Wäschearbeiterinnen und -arbeiter statt, die den großen Saal des „Schweizer Gartens“ bis auf den letzten Stehplatz füllte. Aus dem Bericht, den Sie gab, ist zu entnehmen, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter bei den Firmen W. Blume, Wohl u. Seymann und F. u. M. Simon einmütig im Streik stehen. Wie die Personale der beiden zuerst genannten Firmen sich genötigt sahen, die Arbeit einzustellen, ist im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt. Die Firma Simon hatte sich auf Anfrage bereit erklärt, ein Tarifverhältnis einzugehen, jedoch erst nach Beendigung der allgemeinen Bewegung. Damit konnte sich das Personal natürlich nicht zufrieden geben, und da von der Firma eine bindende Erklärung, wann verhandelt werden sollte, ob heute oder morgen oder mindestens noch im Laufe der Woche, nicht zu erlangen war, wurde die Arbeit einmütig niedergelegt. Bei den Firmen Hauser, Nürnberg und Salinger liegt die Sache so, daß es aller Voraussicht nach auf friedlichem Wege zum Abschluß des neuen Tarifvertrages kommen wird. Die bestreikten Firmen versuchen namentlich die Heimarbeiterrinnen zur Ausführung von Streikarbeit zu veranlassen, was jedoch nicht gelingen wird.

Mit der Festlegung der Akkordtarife bei den Arbeitgebern der angehörigenden 33 Firmen steht es so, daß ein Teil annehmbare Zugeständnisse gemacht hat, ein anderer Teil jedoch bei einzelnen Positionen nur ganz geringe Zulagen machen, bei anderen Positionen überhaupt nichts zulegen will, so daß hier eine Einigung ausgeschlossen scheint und die Tarifkommission wohl erst einmal ihr Urteil darüber abgeben muß, wie es in den allgemeinen Vereinbarungen vorgesehen ist. Es ist selbsterhellend, daß die Arbeiterschaft unter keinen Umständen auf die ihr zustehende Verbesserung der Löhne verzichten wird. — Auch diejenigen Firmen, die bis jetzt auf die eine oder andere Art von der Tarifbewegung nicht erfaßt sind, können bestimmt auf die Einreichung der Forderungen rechnen.

In der regen Diskussion, die dem Bericht folgte, sowie in einer einstimmig angenommenen Resolution gaben die Versammelten zu erkennen, daß sie einmütig hinter den im Kampfe Befindlichen stehen und die Bewegung mit aller Kraft durchführen werden.

Achtung, Zigarrenarbeiter, Widelmacher! Der Zigarrenfabrikant Schwammann, Wiestraße 12, der schon seit langem in Verstoß unter den Zigarrenarbeitern wegen seiner Löhne eine traurige Bekanntheit erlangt hatte, hatte vor wenigen Wochen seinen Arbeitern Zugeständnisse gemacht, die die Lohnverhältnisse in seiner Fabrik etwa auf das Niveau von 1896 (!) — man höre: 1896! — brachte. Man sieht also, er hatte sich wirklich nicht besonders angestrengt. Mit der Zeit reute ihn aber sogar dies winzige Zugeständnis und er ließ unter dem Vorgeben, von nun an allein, das heißt ohne Arbeiterfabrikanten zu wollen, die bei ihm beschäftigten Leute, 2 Mosler und 2 Widelmacher aufhören. Das war am 22. September. Nun ist er wahrscheinlich der Meinung, daß er seine frühere erprobte Taktik, unbehindert mit niedrigsten Löhnen weiter zu produzieren zu können, wieder einschlagen kann. Er sucht jetzt durch die „Volkszeitung“ Zigarrenarbeiter, die er wieder und weiter mit 5,75 M. pro Rille abspießen kann. Er spekuliert auf die Kollage der Branche und meint, leicht wieder Arbeiter bekommen zu können. Vielleicht täuscht er sich. Jedenfalls hat er mit dieser Handlungsweise das schlechteste Mittel gewählt, seinen Umsatz zu steigern.

Ueber den Betrieb ist die Sperre verhängt.

Von der Druckfabrik Heider, Charlottenburg, wird bei der Kundenschaft das Gerücht verbreitet, daß der Streik erliegt und die Forderungen bewilligt seien. Hierauf haben verschiedene Kunden, die abbestellt hatten, wieder Waren bezogen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Streik fort dauert; die Firma weigert sich nach wie vor, die gewöhnlichen Forderungen der Gewerkschaften anzuerkennen. Alle Versammlungen, den Betrieb aufzuhalten, sind vergebens; es finden sich nicht genügend Arbeitswillige. Selbst von diesen gewöhnlichen Elementen hat ein Teil die ungastliche Stätte wieder verlassen, Verhandlungen, die von der Berliner Gewerkschaftskommission angebahnt, hat die Firma rundweg abgelehnt.

Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Erneute Lohnbewegung der Vergleute.

Ein Privattelegramm meldet uns aus Bochum:

Der Hirsch-Dunersche Gewerksverein hat in drei Konferenzen in Dortmund, Wanne und Oberhausen den Beschluß gefaßt, insofern der großen Feuerung bei den übrigen Bergarbeiterorganisationen anzuschließen, ob sie gemeinschaftlich in eine Lohnbewegung eintreten wollten. Der deutsche Bergarbeiterverband hat bereits zugestimmt.

Streikbrecher — eine Beleidigung.

Ueber einen Dachdeckerbetrieb in Magdeburg war vom Dachdeckerverband die Sperre verhängt worden. Als die Differenzen ausgeglichen waren, die Sperre aber trotzdem nicht unverzüglich aufgehoben wurde, fragte der Unternehmer den Dachdeckermeister Hegebarth nach der Ursache. Dieser antwortete angeblich: „Wenn Sie den schwarzen Wobbi, den Streikbrecher, entlassen, ist alles gut.“ Des Wortes Streikbrecher wegen wurde gegen Hegebarth eine Privatbeleidigungsklage anhängig gemacht. Das Magdeburger Schöffengericht verurteilte Hegebarth zu einem Tage Gefängnis. In der Begründung bemerkte der Gerichtsvorsitzende, daß dem Angeklagten der Satz des § 193 hätte zugebilligt werden müssen, wenn die Bemerkung etwa gelautet hätte: „Schänden Sie den Wobbi weg, der hat wiederholt den Streik gebrochen.“ So aber habe er das verpönte Wort „Streikbrecher“ gebraucht und darum habe er verurteilt werden müssen.

Gerißelte Streikpostenjäger.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 30. September: Gelegentlich des letzten Bergarbeiterstreiks im Mitteldeutschen Revier wurden mehrere Vergleute aus dem Reichsfeldischen Bezirk bei dem sogenannten erlaubten Streikposten stehen von Gendarmen wiederholt in arger Weise belästigt, so daß das Halleische Schöffengericht die Beamten ab und zu in ihre Schranken zurückweisen mußte. Auch in der letzten Sitzung waren die Bergarbeiter Koch und Böndel angeklagt, im Juli d. J. als Streikposten den „Verleht“ geführt zu haben. A. war einfach von einem Privatgrundstück weggenommen worden, und gegen B. war ein Nachmeister sehr ausfallend geworden, wie ein Junge gekundete. Der Gerichtsvorsitzende erließ den Nachmeistern A. und B. 10 kräftige Belegungen, und der Amtsanwalt mußte zugeben, daß die Streikposten bei den wertwärtigen Anordnungen der Beamten manchmal nicht gewahrt hätten, wo sie hinflüchten sollten. Als aber der Verteidiger die Anzeige des einen Beamten als frivol bezeichnete, wurde er wegen Ungebühr vor Gericht in eine Geldstrafe von 10 M. genommen. Allerdings wurden die Maßnahmen der Beamten für ungerechtfertigt bezeichnet und die Angeklagten freigesprochen. — Wenn man aber gegen die ungeschicklichen Maßnahmen der Gendarmen bloß beleidigende Worte erläßt, dann werden sie von ihrer Jagd auf Streikposten nicht so leicht ablassen.

Der Streik der Bremer Brauerarbeiten hat an Ausdehnung zugenommen. Jetzt haben auch die Arbeiter der Havelinger Aktienbrauerei, die der Bremer Brauer-Sozialist angehört, die Arbeit niedergelegt, so daß sich die Zahl der Streitenden dadurch auf 1000 erhöht. Dagegen hat die der Bremer-Sozialist nicht angehörende Union-Brauerei, eine Gründung der Sozialist-Organisation, mit dem Brauerarbeitenverband einen Tarif abgeschlossen und die For-

derungen der Arbeiter anerkannt, ein Beweis, daß dies auch den übrigen Großbrauereien möglich war, wenn sie den ehrlichen Willen zur Verständigung gezeigt hätten. Die letzte Erklärung der Unternehmer vom Montag, den 2. Oktober, die der Syndikus der Lohnkommission übermittelte, daß das mangelnde Entgegenkommen der Arbeiter in der Lohnfrage die Sozialist außerstand setze, der Frage der Arbeitszeitverkürzung näher zu treten, wird durch die Zugeständnisse der Union-Brauerei als grundlose Ausrede festgestellt. — Aus der von den Unternehmern provozierte Kampf entstanden ist, sollen die Hingebildeten helfen. Von Hamburg wurde am 2. Oktober die Abfahrt von 200 Berufstreifendern nach Bremen gemeldet. — Zugang von Brauerarbeiten aller Kategorien nach Bremen ist streng fernzuhalten.

Tarifabschluß für die Heizungs Monteure in Frankfurt am Main.

Durch Verhandlungen kam ein Tarifvertrag zum Abschluß, der für die Heizungs Monteure und Helfer wesentliche Verbesserungen enthält. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 Stunden gegen bisher 57 bis 60 Stunden, der Mindestlohn für Monteure 70 Pf., bisher 60 bis 63 Pf. pro Stunde; für Helfer im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 45 Pf., danach bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres 55 Pf. Dieser Betrag der Mindestlohn für Helfer 42 Pf. Monteure erhalten eine Lohnerhöhung von mindestens 8 Pf. und ab 1. Juli 1912 eine abermalige Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde. Die Montagezulage wurde für Monteure von 8 M. auf 3,20 M. und für Helfer von 1,50 M. auf 2 M. pro Tag erhöht. Der Überstundenzuschlag beträgt für die beiden ersten Stunden 25 Proz., für jede weitere Stunde sowie bei Sonntagsarbeit 50 Proz., bei Arbeiten an den hohen Festtagen 100 Proz. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1914.

Ausland.

Friedensschluß im Baugewerbe Schwedens.

Die Aussperrung im schwedischen Baugewerbe ist jetzt endlich, nachdem sie drei Monate gedauert hatte, aufgehoben worden, und zwar auf Grund von Einigungsvorarbeiten des staatsangestellten Schlichtungsbeamten, die die Zustimmung sowohl des zentralen Arbeitgeberverbandes, wie der in Betracht kommenden Gewerkschaften gefunden haben. Eine Arbeiterorganisation, der „Bau-Dolzarbeiterverband“, hat die Vor schläge allerdings abgelehnt, konnte jedoch, zumal er der Landesorganisation der Gewerkschaften nicht angehört und auch nur zwei Ziffern besitzt, der allgemeinen Einigung nicht hinderlich sein. Die Arbeit soll, soweit es möglich ist, sofort, spätestens aber am 16. Oktober wieder aufgenommen werden. Die Friedensbedingungen, wie sie nun von beiden Parteien anerkannt sind, werden von der Untermeyerspresse als „nicht zufriedenstellend“ bezeichnet. Tatsächlich hat der Arbeitgeberverband denn auch mit seiner Aussperrung, die von vornherein von einem großen Teil der Unternehmer nicht durchgeführt wurde, eine Niederlage erlitten. Allerdings hat man es durchgesetzt, daß die neuen Verträge auf fünf Jahre abgeschlossen wurden, jedoch nicht, wie die Unternehmer verlangten, mit den alten Löhnen oder gar Lohnherabsetzungen, sondern mit Lohnerhöhungen von ein bis fünf Ders die Stunde, sowie einer weiteren generellen Erhöhung um zwei Ders vom 1. April 1914 ab. Auch der Versuch der Unternehmer, die Arbeitszeit in den Berufsgruppen, wo der Reinstundenlohn schon durchgeführt war, auf 57 Stunden die Woche zu verlängern, ist mißlungen, und daselbst gilt von ihrem Verlangen, den Ablaufstermin auf den 31. Dezember festzusetzen; es bleibt wie bisher beim 31. März. Ebenso mußten die Unternehmer auf ihre „prinzipielle“ Forderung, über die Anwendung des Akkordsystems in jedem einzelnen Fall allein zu entscheiden, verzichten. Wo Streitigkeiten über die Akkordpreise vorliegen, sollen die Parteien verhandeln, und wenn eine Einigung nicht erzielt wird, die Streitfragen durch Schlichtungsgericht entscheiden lassen, und zwar bis zum 1. November dieses Jahres.

Letzte Nachrichten.

Serbien Neutralitätserklärung.

Konstantinopel, 4. Oktober. (W. T. B.) Der serbische Gesandtschaftsträger hat der Pforte eine Neutralitätserklärung überreicht, welche besagt, daß Serbien die freundschaftliche Politik, welche es bisher der Türkei gegenüber befolgte und während der Ereignisse in Albanien bewies, wahren und nicht unternehmen werde, was die innere Ruhe der Türkei gefährden könnte. Serbien hofft, daß die anderen Balkanstaaten dieselbe Haltung einnehmen und daß der Frieden auf dem Balkan nicht gestört werde.

Die Uebergabe von Tripolis.

Rom, 4. Oktober. Wie ein Sonderberichterstatter der „Presse-Centrale“ erfahren haben will, hat sich die Stadt Tripolis heute mittig bedingungslos übergeben.

Das neue türkische Kabinett.

Konstantinopel, 4. Oktober. (W. T. B.) Nach der Liste des neuen Kabinetts, welche dem Sultan zur Genehmigung unterbreitet wurde, wird der frühere Rabi Jahia Scheich ul Islam, der Vorkämpfer in Wien, Rustapha Reschid Pascha, erhält das Portefeuille des Außenwärters, der Wali von Adrianopel, Dschelal, das des Inneren, der Vali von Konya, erhält das Portefeuille der Justiz und behält vorläufig das des Vizepräsidenten, der Reichsbeirat des Ackerbauministeriums Sinapian übernimmt das Portefeuille des Ackerbaus und der erste Adjutant des Sultans, General der Artillerie Horischid, das Portefeuille der Marine. Die Minister des Kriegs, der Finanzen, des Unterrichts, der Bauten und der Post behalten ihre Portefeuilles. Die Griechen weigerten sich, in das Kabinett einzutreten.

Die Unruhen in Szechuan.

Beijing, 4. Oktober. (Reich. d. Reichsb. Telegr.-Agentur.) Die Unruhen sind in den östlichen Teilen der Provinz Szechuan im Wachsen begriffen und bedrohen die Stadt Tschungling. Truppen aus Puenan und Hupe sind noch unterwegs. Die Regierung beabsichtigt, einen Teil der Truppen aus der Provinz Kwangtung zu entsenden, doch erklärte der Vizekönig, dies sei angesichts der geringen Zahl der Truppen in dieser Provinz nicht möglich.

Großfeuer.

Dortmund, 4. Oktober. (W. T. B.) Auf der Chemischen Fabrik in Brackel brach Feuer aus, das großen Materialschaden verursachte. Hierbei erlitt die Arbeiterin Auguste Gebhardt so schwere Brandwunden, daß sie heute im Krankenhaus gestorben ist.

Schwerin, 4. Oktober. (W. T. B.) Bei einem Brande in Raffinerieanlagen sind über 600 Schafe umgekommen.

Eisenbahnzusammenstoß.

Wien, 4. Oktober. (W. T. B.) Heute früh gegen 8 Uhr stieß in der Station Tullen der von Rems kommende Personenzug mit einem in der Station stehenden Lastzug zusammen. Vier Waggons wurden gänzlich zertrümmert, fünf italienische Arbeiter haben Verletzungen davongetragen.

Rantes, 4. Oktober. (W. T. B.) Auf der Linie Chateaubriant-St. Nazaire sind zwei Waggons zusammengestoßen. Vier Eisenbahnbeamte wurden getötet.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Hanfabund auf Scharfmacherpfaden.

Der Hanfabund steuert mit einem entschiedenen Ruck in das Schachwasser der Scharfmacher und sozialpolitischen Rückwärtsler. Schon bei Gelegenheit der Polemik zwischen den Herren Wieser und Rötger, aus Anlaß des Streikes im Hanfabunde, wurde bekannt, daß dessen Leitung „grundsätzlich“ von der Notwendigkeit eines besseren „Arbeitswilligenschutzes“ durch die Befestigung überzeugt sei.

Selt dieser Kirdorfrede unternahm es eine Reihe von Berkschriftstellern, die Behauptungen der einflussreichen Großindustriellen rechnerisch zu prüfen. Dabei beliehte man die Methode, die von einzelnen Werken zu leistenden Beiträge zu den Arbeiterversicherungen in Beziehung zu den ausgeschütteten Dividenden zu bringen. Diesen großen Unfug hat nun der Hanfabund noch vergrößert, indem er alle öffentlich-rechtlichen Sachen: Staatssteuern, sämtliche Gemeindesteuern, Wege- und Wasserabgaben, Beiträge für die Handwerkskammern, Kranken-, Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherungen, den Dividenden gegenüber stellte.

Table with 4 columns: Jahr, Nominal-Aktienkapital in 1000 Mark, Dividenden, Belastung in Proz. der bezahlten Dividenden. Rows for years 1900 to 1909.

Zunächst beweist diese Aufstellung, wenn man die bezahlten Dividenden würdigt, daß der Gewinnstrom nicht verfliegt. Trotz der beklagten wachsenden Last war die Durchschnittsdividende im Jahre 1907 mit 11,5 Proz. gerade so hoch als im Hochkonjunkturjahr 1900, und das Reichenjahr 1908 erbrachte mit 8,83 Proz. eine höhere Durchschnittsdividende als das Jahr 1902 mit „nur“ 8,50 Proz.

Die herausgeriffenen Lasten gehören genau so zu den Produktionskosten, wie die Ausgaben für Rohmaterial und die sonstigen sachlichen nebst den persönlichen Kosten. Von den einzelnen Posten müssen alle Lasten — und auch die Dividenden — bezahlt werden.

Kleines feuilleton.

Der Niedergang der Berliner Theater. Ueber dies stets aktuelle Thema hat sich der Direktor des Neuen Theaters, Alfred Schmieden, zu einem Mitarbeiter des „Wiener Fremdenblatt“ geäußert.

Das Theaterwesen Berlins steuert immer mehr dem Amerikanismus zu. So sind die Zeiten des wechselläufigen Revue-theaters, des soliden, heben Abonnementspublikums! Heute muß sich jeder Berliner Theaterdirektor einen Erfolg ausschachten bis zur Erbarmungslosigkeit. In Suite-Spielen heißt es — sonst geht man zugrunde. Die Wagen steigen ins Ungemessene, die Konkurrenz zwingt zu immer höheren Ausgaben für Dekoration, und die Einnahmen sind trotz der hohen Eintrittspreise nicht ausreichend.

Warum trotzdem Jahr für Jahr neue Theater entstehen? Diese Neugründungen sind zumeist auf die unglückselige Trügerische Politik des „Ausmachen-wollens“ zurückzuführen. Hat zum Beispiel ein Direktor mit einem Wiener Operettenkomponisten eine Spielzeit hindurch ein wirklich gutes Geschäft gemacht, so finden sich gleich zwei oder drei, die sich sagen: „Das will ich auch machen!“

Die neue Flügelmaschine der Brüder Wright. In der letzten Zeit mußte der Eindruck vorwalten, daß die Brüder Wright in dem Kampfe um die Eroberung der Lüfte in das Hintertreffen geraten

Gefichtspunkte aus ist das Gemer über die Lasten als vollständig unbegründet zurückzuweisen.

Da die rheinisch-westfälische Großindustrie die Haupttrufferin in der Antisozialpolitischen Hege ist und die von ihr erzielte Dividende sich so ziemlich auf dem Niveau des Durchschnitts aller Aktiengesellschaften hält, machen wir die folgende Aufstellung. Sie umfaßt den Montanrieten („Phönix“), ein mittleres gemischtes Werk (Rheinische Stahlwerke), einen kleineren Kombinationsbetrieb (Halper Stahlwerk) und ein reines Kohlenunternehmen (Harpener Bergbau).

Table with 3 columns: Aktienkapital in Mil. M., Summe der Dividenden in 1000 M., Dividenden in Proz. Rows for years 1909/10 and 1910/11.

Wenn solche Dividenden aus Jahren nicht besonders günstiger Verhältnisse nicht vermögen, das Gezeiter über mangelhafte Rentabilität und bedrohte Konkurrenzfähigkeit zu unterdrücken, dann darf man überzeugt sein: an Bescheidenheit gehen die Profitschlucker nicht zu Grunde! Von ihrer Begehrlichkeit sollen die Arbeiter lernen!

Ganz ungewollt reizt der Hanfabund durch seine Maße zu Betrachtungen über Kapitalgewinn und Anteil der Arbeiter am Produktionsvertrage. Den Arbeitslohn zu kürzen zugunsten der Dividenden, das ist der Zweck des Kesseltreibens der Antisozialpolitik. Daß die Lohnempfänger die Träger der Produktion sind, wird wohl kein Hanfabändler bestreiten.

Das Vorgehen des Hanfabundes läßt das Verhalten verschiedener seiner Mitglieder bei der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in einer neuen Beleuchtung erscheinen. Einige Freisinngrößen und Hanfabändler — u. a. der Abg. Raempf — enthielten sich der Abstimmung. Bisher nahm man an, sie scheuten das öffentliche Bekenntnis zu der reaktionären Tendenz dieses Gesetzes.

Die sozialistische Einigungskonferenz in Großbritannien.

II. Manchester, 2. Oktober 1911.

Die von dem Parteivorstand der S. D. P. vorgeschlagene Resolution über die Grundlage der Einigung. Was seine Partei bezwecken habe, die Konferenz einzuberufen, sei der Wunsch, der von allen Sozialisten des Landes geübt werde, die lang ersehnte und erstrebte Einigkeit herbeizuführen.

seien. Waren sie auch die ersten, die mit ihrem Zweifelder größere Entfernungen im Flug zurücklegten, so schienen doch die späteren Konstruktionen der Brüder die ursprüngliche Wrightmaschine zu überreffen. Jetzt erfährt man aus New York, daß die Erfinder diese Zeit der Zurückgezogenheit nicht talentlos verbracht haben.

Theater.

Velle-Alliance-Theater. Der Sittenapostel. Schwankburleske von Louis Schütz und Leo Wilde. Kaufmann:

nicht alles errungen, was man beabsichtigte, aber es sei der Partei doch gelungen, zwischen all den Klippen und Untiefen, von denen die Arbeiterbewegung in den letzten 30 Jahren bedroht wurde, die Grundzüge des Sozialismus aufrecht zu erhalten.

Hunter Watts (S. D. P.) unterstützt die Resolution mit einigen Worten. Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre. Das verheißt sich von selbst.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre.

Er erkläre, daß die politische Aktion von der Arbeiterklasse Großbritannien noch nie ernsthaft versucht worden sei. Er sei nicht notwendig, daß die Partei ihre Sympathie mit der neuen Gewerkschaftsbewegung erkläre.

beiterschaft nichts genügt. Die geeinigste sozialistische Partei dürfe nicht mit Lloyd George konkurrieren. Ihre erste Aufgabe sei die Kritik und ihre kritische Stellung dürfe sie um keinen Preis aufgeben. Aus den halbverwundeten Massen müsse sie eine klassenbewusste Arbeiterschaft machen.

Hunter Watts (S. D. P.) erinnert daran, daß die ganze internationale Bewegung für soziale Reformen einträte. Der Achtstundentag sei eine derartige Forderung. Die Ultrarevolutionäre verneinen, daß es nicht allein darauf ankomme, die Arme ins Feld zu schicken, sondern man müsse auch die Kräfte der Arme erhalten. Es gebe zwei Arten der Sozialreform: eine reaktionäre und eine revolutionäre. Zu den letzteren Reformen gehören die Ernährung der Schul Kinder, der Achtstundentag, die Selbsthaltung der Arbeiterlosen. Der Vorkämpfer der wirklichen Sozialreform sei: Ist die Reform geeignet, die Arbeiterschaft in eine bessere Lage zu versetzen, um den Klassenkampf erfolgreicher durchzuführen zu können? Es sei kindisch, sich zu dieser Zeit noch den Palladiummitteln zu widersetzen.

Frazer (Marxistische Gesellschaft, Aberdeen) erklärt, daß es den bürgerlichen Parteien bisher immer gelungen sei, die Wirksamkeit der zugestandenen sozialen Reformen zu vereiteln. Er befürwortet eine revolutionäre Taktik.

Russell Smart (S. D. P.) bemerkt, daß er sich aus dem Sumpfe der bürgerlichen Sozialreform herausgearbeitet habe und keine Lust verspüre, wieder hineinzuplumpfen. Wenn man dem Teufel den kleinen Finger reiche, so werde er bald die ganze Hand nehmen. Unter allen Umständen müsse vermieden werden, den Anschein zu erwecken, als sei man auf der Seite der Sozialreformer, die nur danach streben, die Ziele des Sozialismus zu verdunkeln. Soziale Reformen gewährten die Regierungen nicht, weil sie ihnen geneigt wären, sondern weil sie vor den revolutionären Parteien Angst hätten.

Kemrden (S. D. P.) spricht gegen den Abänderungsantrag. Man dürfe die Mittel nicht mit dem Zweck verwechseln. Manche seien der Ansicht, daß die Löhne eine fixe Quantität bildeten. Das sei nicht wahr. Alles, was zur Stärkung des kämpfenden Proletariats diene, müsse dem Sozialismus willkommen sein. Würde zum Beispiel der Achtstundentag nicht eine große Stärkung der Arbeiterschaft bedeuten? Er stimme für die Anwendung aller Mittel, die die Bewegung dem Ziele näher brächten.

Swanson (S. D. P.) bemerkt, daß die J. L. P. bisher die revolutionären Methoden der S. D. P. stets kritisiert habe, und heute komme sie mit unpopulären Vorschlägen. Man müsse aufpassen, daß das Babel, das in den letzten Jahren zu weit nach rechts geschlagen habe, nun nicht zu weit nach links hinüberfalle.

Gamer (J. L. P.) erklärt, daß er selber selbst zu den Unpopuläritäten gehört habe, aber ein tieferes Studium des Sozialismus habe ihn luriert. Man arbeite zu viel mit Analogien, die nicht notwendigweise die Wahrheit enthielten. Man rede davon, daß es besser sei, dem kapitalistischen Tiger das Herz zu durchbohren, als ihm nachzusehen, die Schauerbarthaare auszurupfen. Auch in der Doktrin schlugen viele Genossen über die Schnur. Manche benähten Marx nicht als eine Fabel, sondern als eine Krücke. Er sei für ein Uebergangsprogramm. Die neue Partei müsse sich revolutionärer Methoden bedienen und das Ziel fest im Auge behalten.

Ward (Sozialistische Gesellschaft in Aston-Woodfield) fährt aus, daß die bürgerlichen Parteien verstanden, die sozialistische Bewegung in der Sozialreform zu ersticken. Er sei Bergarbeiter und habe Gelegenheit gehabt, die Wirkung des Achtstundentagsgesetzes zu beobachten. Die verminderte Arbeitszeit hätten die Kapitalisten durch eine raffiniertere Ausbeutungsmethode illusorisch gemacht. Die Reform habe doch geführt, daß augenblicklich die Bergarbeiter Großbritannien entschlossen seien, in den Generalstreik zu treten, um den unerträglichen Druck abzuschnüdeln. Die neue Partei solle sich hüten, sich für Reformen verantwortlich zu machen, die nachher von der Arbeiterschaft als schlagend empfunden würden. Nur der Sozialismus könne den Arbeitern dienen. Es müsse eine Grundlage für die Partei geschaffen werden, die diese scharf von allen übrigen Parteien trenne.

Die Abstimmung ergab, daß sich 85 Delegierte für die Ausmerzung des Postus und 77 dagegen erklärten. Hierauf vertagte sich die Konferenz auf eine Stunde.

In dem gestrigen Bericht heißt es: „Die Größe der deutschen Partei übertraf die Genosse Bebel.“ Das ist nicht richtig, es muß Genosse Duetz heißen.

Der Jugendfang des Klassenstaates.

„Nacht mich zum Herrn des Unterrichts und ich werde euch die Welt umgestalten.“ In diesem Ausspruch des einstigen Pädagogen Leibniz kommt die übertriebene ideologische Bedeutung zum Ausdruck, die das Bürgertum der Erziehung damals beimaß. Diese Meinung von der hohen Bedeutung der pädagogischen Beeinflussung des Menschen herrscht auch heute noch in den Kreisen des Bürgertums. Als die praktische Folge dieser ideologischen Auffassung zeigt sich das energische Bestreben des Bürgertums, alle Einrichtungen, die der Erziehung des Menschengeschlechts dienen, unter seinen Einfluß zu bringen. Wie alle Erziehungsanstalten des Staates dient insbesondere die Volksschule den Interessen des durch die Ausbeutung der breiten Schicht des Volkes zur Herrschaft gelangten Bürgertums. Mit der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung liegt in der herrschenden Klasse des Staates das Bedürfnis, ihren Einfluß auf die heranwachsende Arbeiterschaft über die Zeit des Volksschulzwanges hinaus auszudehnen. Es charakterisiert die bürgerliche Jugendbewegung, daß die Wurzeln der evangelischen Jünglingsvereine bis in die Zeit des schändlichen Sozialistengesetzes hineinragen. Geradezu brennend für die herrschenden Klassen wurde die Frage des Jugendfanges, als die Arbeiterschaft sich anschickte, die Erziehung ihres Nachwuchses selbst in die Hand zu nehmen. Und als die Arbeiterschaft ihr Vorhaben kraft ihrer Organisationen auf der ganzen Linie energisch durchführte, da war für die bürgerliche Gesellschaft das Signal gegeben, sich mit Behemung auf die der Volksschule entwachsene Jugend des Proletariats zu stürzen. Die Regierung des Staates als der geschäftsführende Ausschuss der herrschenden Klasse setzte die ganze Staatsmaschinerie in Bewegung, um die schulclassene Arbeiterjugend den Interessen der herrschenden Klasse zu unterwerfen. Die Volksschulbildung auf die schulclassene Jugend auszudehnen bis zum Eintritt ins Heer, das ist der Zweck der staatlichen Jugendpflege, die mit der bei der diesjährigen Eröffnung des Preussischen Abgeordnetenhauses gehaltenen Thronrede ihren feierlichen Einzug in Preußen gehalten und mit der Gründung eines Fonds in Höhe von 1 Million Mark, auf Kosten der preussischen Steuerzahler natürlich, ihre finanzielle Grundlage erhalten hat. Die Richtlinien der königlich-preussischen Jugendpflege wurden durch den Erlaß des preussischen Kultusministers vom 18. Januar 1911 festgelegt. Der Inhalt des bedeutungsvollen Erlasses darf als die Frucht einer fleißigen Arbeit angesehen werden, die von der Zentralstelle der Volkswohlfahrt seit mehreren Jahren mit Eifer betrieben worden ist. Dieser wichtige Erlaß des preussischen Kultusministers gewinnt neuerdings für die Arbeiterschaft eine besondere Bedeutung, weil gegenwärtig alle treuen Diener des Staates emsig am Werke sind, ihn in die Praxis umzusetzen. In Preußen entwickeln die staatlichen Beamten, unterstützt von einem Heer freiwilliger Helfer, einen wahren Diensteifer, den von ihrem hohen Herrn geforderten Jugendfang in Angriff zu nehmen. Die königlich-preussische Jugendpflege kennzeichnet sich zunächst dadurch, daß sie eine widerliche Heuschrecke ist und auch im

Grunde genommen nichts anderes sein will. Mit gleisnerischen Mitteln, die auf den Freiheits- und Selbständigkeitsdrang der Jugend spekulieren, suchen ihre Förderer unter Verschleiierung des wahren arbeitserfindlichen Zweckes die Jugend an sich zu locken. In jedem Orte des Staates werden alle „nationalen“ Männer, voran die staatlichen Beamten, Lehrer, Pfarrer, Richter und Offiziere, dann die Anhänger der freien Berufe, Ärzte, Anwälte, Landwirte, Gewerbetreibende, Ingenieure und andere in Gemeinschaft mit allen „nationalen“ Turn-, Sport-, Wander-, religiösen und militärischen Vereinen, sofern sie „auf dem Boden einer vaterländischen Gesinnung stehen“, unter der strategischen Führung des Bürgermeisters auf die Jugend losgelassen. Auch die Fortbildungsschule wird zu diesem politischen Zwecke mißbraucht. Im Anschluß an die Schule werden Gesang-, Turn-, Sport-, Wander-, Vergnügungs- und literarische Vereine gegründet, die alle das gleiche Ziel erstreben: die proletarische Jugend der modernen Arbeiterbewegung zu entfremden. Wenn jemals das Marxsche Wort von der einen reaktionären Masse eine Berechtigung hatte, dann hier im Kampfe des Bürgertums um die Jugend der Arbeiterschaft. Mit Mitteln, die äußerlich harmlos und einwandfrei erscheinen, als da sind: Jugendheime, Ausflüge, Unterhaltungsabende, Museumsbesuche sucht die reaktionäre Masse die Arbeiterjugend „während ihrer freien Zeit vollständig mit Beschlag zu belegen“. Mindestens einmal im Jahr soll in jedem Ort ein gemeinsames Fest veranstaltet werden. Das Fest wird als eine Art Nationalfest der deutschen Jugend durch die Rede eines Nationalheros, vielleicht eines leidenschaftlichen Ministers, seinen besonderen Charakter erhalten. Der mit lautem Tamtam von allen Kreisen des Bürgertums in Szene gesetzte nationale Rummel soll, so hofft man, die ganze Jugend des Ortes anlocken, wie der Jahrmarkt die Bauern eines Dorfes anzieht.

Daß die staatliche Jugendpflege heillos nicht der Pflege der Jugend dient, vielmehr einen für die Arbeiterschaft sehr ernsten und gefährlichen Zweck verfolgt, wird in dem oben erwähnten Erlaß des preussischen Kultusministers ausdrücklich betont. Danach ist die Pflege so zu gestalten, „daß der Jugend ein dauernder Gewinn für Leib und Seele zuteil wird“. Dieser eigentliche Zweck der Jugendpflege soll streng geheim gehalten werden; er soll „überall mit Sorgfalt“ ausgeführt werden, aber „ohne nach außen irgendwelches Aufheben davon zu machen“. Dieser Satz in dem Erlaß des Kultusministers fordert also offen zur Heuschrecke auf, und zwar nachdrücklich, denn er ist der einzige Satz in den „Grundsätzen und Maßregeln“ des Erlasses, der sich durch seinen Sperrdruck auszeichnet.

Eine recht tatkräftige Unterstützung wird der staatlichen Jugendpflege von der Militärbehörde zuteil, wodurch ihr charakteristisches Bild nur vervollständigt wird. Hat doch der Militarismus des Klassenstaates ein ganz besonders lebhaftes Interesse an dieser königlich-preussischen Jugendzucht. Die Militärbehörden versehen die Jugendlichen, die an den Ausflügen der „Jugendpflege“ teilnehmen, mit vollständiger kriegsmäßiger Ausrüstung: mit Uniform und Schießpfeil, auch mit Zelten und Schuttschirmen zum Winternieren, mit schmetternden Trompeten und flatternden Standarten, überhaupt mit allem, was zum Kriegsspiel gehört. Selbst die so unzugänglichen Kasernen werden den auf dem Kriegspfade befindlichen Jugendlichen bereitwillig zur Verfügung gestellt. Die Hoffnung, die die Militärbehörde hieran knüpft, die Jugend möchte sich zeitig an die Atmosphäre der Kaserne gewöhnen, dürfte bei dem gesunden Freiheitsinn und dem ausgeprägten Selbstbewußtsein unserer Proletarierjugend nicht in Erfüllung gehen. Wenn die dumpfe Kasernenluft überhaupt eine Wirkung auf die frohe Arbeiterjugend ausüben imstande ist, kann es nur die sein, daß der Widerwille der arbeitenden Jugend vor der Kaserne nur gesteigert wird.

Dieser von allen Kreisen des Bürgertums gegenwärtig so heiß geführte Kampf um die proletarische Jugend gewinnt von Tag zu Tag an Schärfe und Ausdehnung. Kaum hat die staatliche Jugendpflege begonnen, so stellt die bürgerliche Presse ihr schon das Zeugnis eines guten Erfolges aus, um dann für eine Erweiterung des 1 Millionenfonds Stimmung zu machen. Dem preussischen Steuerzahler soll in nächstem Jahr für dieses arbeitserfindliche Werk noch mehr Groschen abgeknöpft werden! Nach einer weiteren Meldung der bürgerlichen Presse ermuntert die Reichsregierung die deutschen Bundesstaaten, das preussische Beispiel nachzuahmen. Sochen ist bereits erfolgt, und die anderen Staaten werden nicht lange auf sich warten lassen. So dürfte der Kampf um die Arbeiterjugend, von der Regierung des Klassenstaates geleitet und finanziert, gar bald in allen Teilen des Reiches heftig entbrennen. Damit gewinnt die Frage der Jugendbewegung, von den Regierungen zu einer politischen Frage erhoben, insbesondere für die Arbeiterschaft eine sich immer steigende Bedeutung. Handelt es sich doch um ein Stück eigenen Fleisches und Blutes, um den Nachwuchs der Arbeiterschaft, der hier vor dem Ansturm der reaktionären Masse zu verteidigen ist. Da ist es die heiligste Pflicht eines jeden Arbeiters, seine Kinder vor den Fallstricken seiner Feinde zu bewahren. Dies geschieht am besten dadurch, daß er seine Kinder sofort nach der Schulentlassung der freien Jugendbewegung zuführt, sie zur Teilnahme an den Veranstaltungen der Jugendausschüsse der organisierten Arbeiterschaft, zum Besuch der mit großen Opfern errichteten Arbeiter-Jugendheime und zum Abonnement auf die „Arbeiter-Jugend“, diese ausgezeichnete, von der Jugend gern gelesene Jugendzeitung, veranlaßt. Stärkung unserer Jugendbewegung ist das Mittel, mit dem wir den Anschlag des Klassenstaates auf unsere Jugend abwehren können. Förderer wir alle eifrig und opferfreudig die proletarische Jugendbewegung — und die heuschreckische Jugendpflege des Klassenstaates wird ein schmähliches Klassenfiasko erleiden!

Preussische Behörden gegen den Berliner Volkschor.

Uns wird geschrieben: Neben den freien Jugendorganisationen, die die Behörden seit Jahr und Tag mit rätselloser Konsequenz verfolgen, versucht man neuerdings in Berlin auch dem Berliner Volkschor zu Leide zu tun. Den erwünschten Anlaß dazu hat man in dessen im Frühjahr d. J. erfolgten Beitritt zum Arbeiter-Sängerbund gefunden. Kommt er erfolgt, so ließ sich das Provinzialschulkollegium der Provinz Brandenburg vom Berliner Polizeipräsidenten eingehend darüber Bericht erstatten. Und obwohl dieser Bericht verhältnismäßig günstig ausgefallen sein soll, verfügte das Kollegium kurzerhand an den Magistrat von Berlin, daß dieser dem Volkschor die ihm seit 7 Jahren freundlichweise als Übungslokal zur Verfügung gestellte Aula des Sophienrealgymnasiums auf der Steinstraße zu entziehen habe, was auch

gescheh. Ein mündlicher Protest seitens des Dirigenten des Volkschors beim Provinzialschulkollegium gegen dieses ungeheuerliche Vorgehen war ebenso erfolglos wie eine gleichlautende Eingabe an den preussischen Kultusminister. Die Verfügung blieb in Kraft, und am 1. Oktober hat der Berliner Volkschor sein ihm lieb und beinahe unentbehrlich gewordenes Heim verlassen und in einem Restaurationssaal (Westendstraße, Landsberger Straße 81) Unterkunft suchen müssen. Damit aber ist, was auch dem Provinzialschulkollegium und dem Kultusminister deutlich genug klar gemacht worden war, was aber wahrscheinlich diese in ihrem Vorgehen gegen den Chor gerade befißt hat, geradezu die Weiterexistenz des Berliner Volkschors in Frage gestellt.

Die Dinge liegen in dieser Beziehung etwa folgendermaßen: Der Chor ist im Jahre 1904 als ein gemischter Chor von Angehörigen der arbeitenden Klasse Berlins, meist Mitgliedern der Freien Volksbühne, gegründet worden. Er hatte von Anfang an den einzigen Zweck, „bei seinen Mitgliedern das Interesse und Verständnis für die Werke der großen Tonmeister zu wecken und zu fördern, sowie billige künstlerische Konzerte für die Kreise des arbeitenden Volkes zu veranstalten“. An diesem Ziel hat der Chor seit festgehalten. Nebenabhiinden hat er nie gehabt und nie verfolgt. Auch der Beitritt zum Arbeitersängerbund hat diesen seinen rein künstlerischen Charakter nicht verändert. Ausdrücklich war er, seiner Eigenart entsprechend, seitens des Bundes von der Mitwirkung an den Masketten, von der Teilnahme an gemeinsamen Vortragsübungen, sowie der Pflicht, alle seine Mitglieder einer Organisation zuzuführen, entbunden worden. Letzteres war schon deshalb unumgänglich, weil der Chor sich zur Hälfte aus weiblichen Mitgliedern zusammensetzt, die zum Teil schlichterding nicht organisierbar sind. Auch und erst recht als Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes konnte er also nur eine Aufgabe: der Arbeiterklasse Berlins die herrlichsten Werke der Tonkunst in möglichst hoher künstlerischer Vollendung aus eigener Kraft für billiges Geld zu vermitteln. Die besten Berliner Orchester, ausgezeichnete Solisten, soweit sie nicht unerschwingliche Honorare verlangten, zog er zur Mitwirkung heran. Mit ihrer Hilfe hat er in den letzten Jahren seiner Existenz Werke von Haydn und Gändel, Schubert und Schumann, Bach und Beethoven, Mendelssohn, Liszt und Wagner der Berliner Arbeiterschaft nahegebracht. In sogenannten Einführungsabenden suchte er zuvor die Konzertsänger in den Geist und Gehalt der aufzuführenden Werke einzuführen. Er veranstaltete ferner, ohne Orchester, allerhand Liederabende, um die Liederwerke unserer bedeutendsten Liederkomponisten der Arbeiterschaft deutlich und genussreich zu machen. So gab er einen Liederabend von Hugo Wolf und Löwe, Richard Strauß, Liszt, Brahms, Schumann, sowie mehrere Volksliederabende. Joachim mit seinem Quartett hat noch 1906 bei ihm seine herrliche Kunst gezeigt; selbst Orchesterkonzerte veranstaltete der Chor, wenn er glaubte, auf diese Weise seinen Mitgliedern und Konzertsängern die künstlerische Eigenart irgend eines bedeutenden Tonkünstlers klar machen zu können. Was die Freie Volksbühne für die Berliner Arbeiterschaft auf dem Gebiet des Theaters ist, suchte der Volkschor auf dem der großen Tonkunst zu sein und immer mehr zu werden. Und stets war allein der künstlerische Gehalt der Werke, die er zur Aufführung zu bringen suchte, bei deren Auswahl entscheidend. Dabei bot er alles, was er aufführte, für das billigste Geld. Seine Eintrittspreise betragen stets nur zwischen 50 und 75 Pf. Nicht oft wurde der Arbeiterchor Berlins für ähnlich geringes Geld ähnlich künstlerischer Höhe geboten — mit Ausnahme vielleicht einiger bürgerlicher Veranstaltungen, die aber offen den Stempel eines Almosen an die Besucher aus der Arbeiterbevölkerung auf ihren Programmen trugen und tragen. Was aber der Volkschor darbot, waren Leistungen von Männern und Frauen der Arbeiterklasse, aus eigener Kraft, ohne Almosencharakter, ausschließlich für ihre Klassengenossen, getreu dem Worte von Karl Marx: Die Befreiung der Arbeiterklasse, auch die künstlerische, kann allein das Werk der Arbeiterklasse selber sein!

Allerdings: alle diese Leistungen des Volkschors waren nur bei äußerster, eiserner Sparsamkeit möglich. Die wenigsten von denen, die den Chor kennen, haben eine Vorstellung von dem, was die Veranstaltung solcher Konzerte, wie der Chor sie bisher zu bieten imstande war, kostet, ganz abgesehen von den persönlichen Opfern, die seine einzelnen Mitglieder noch extra dafür bringen müssen. Es ist darum nicht richtig, was hier und da in der Berliner Arbeiterschaft über den Volkschor verbreitet ist, als ob er im Golde schwämme. Das ist so wenig richtig, daß er vielmehr von Aufführung zu Aufführung in Geldsorgen ist. Ein kleiner Reservefonds, aus einigen besonders günstigen Konzertsahnen aufgesammelt, ist längst verbraucht. Der eine Winter 1910/11, in dem die Volkskonzerte aus bisher nicht feststellbaren Gründen von einigen Tausend Menschen weniger besucht waren, brachte ihm ein Defizit von 2000 M., das nur mit äußerster Mühe durch freiwillige Spenden einiger wohlhabender Parteigenossen und Freunde des Chors eingemahnt werden konnte. Eben deshalb war nun auch der Besitz der städtischen Aula in der Steinstraße für den Chor von so durchschlagender Bedeutung: für sie brauchte er außer Heizung und Licht keinerlei Miete zu zahlen. Dazu kam, daß jedes Alkoholgenuß bei den Choramabenden ausgeschlossen war, was das geistliche Niveau der Übungsstunden nur zu erhöhen vermochte. Das alles ist aber nun mit einem Schlage vernichtet. Der Chor muß entweder für seinen künftigen Übungslokal eine teure Miete zahlen, die er nicht erwirtschaften kann, oder er muß die Miete durch Druck auf seine Mitglieder zum Alkoholgenuß an den Übungsabenden zu ersetzen suchen. Das aber kann zur Folge haben, daß ein großer Teil von ihnen, namentlich die Damen den Chor verläßt. In jedem Falle ist also die nächste Zukunft des Chors aufs schwerste gefährdet — und niemand anders hat das zu veranlassen, als das brandenburgische Provinzialschulkollegium und der preussische Kultusminister. Und sie haben es bewagt und abgemacht, veranlaßt, denn sie sind über die Verhältnisse des Chors durch dessen Schreiben an sie eingehend orientiert gewesen! Trotzdem bringen sie ein Unternehmen an den Rand der Existenz, das alle Welt als eine ernsthafte und bedeutungsvolle Kulturleistung anerkennen muß! Freilich, das alles ist ja nur eine neue Illustration mehr zu dem Wida, was die Arbeiterklasse schon allzulange kennt: die preussischen Behörden für Kultur gegen jedes Kulturwerk, das dem Schoße der organisierten und aufrechten Arbeiterklasse entspringt!

In diesem Augenblick nun wendet sich der Berliner Volkschor um Hilfe an die, aus deren Kreis er entsand, für deren Kulturfortschritt er arbeitet: an die Berliner Arbeiterschaft. Er wird den Schlag, den ihm preussische Behörden versetzen, überwinden, doppelt und dreifach abtrotzen, wenn die Berliner Arbeiter ihm Treue halten und seine Veranstaltungen lebhaft und nachdrücklich unterstützen. Der Chor kann nur bestehen, wenn seine Konzerte bis auf den letzten Platz besucht sind; es ist Ehrenpflicht der Berliner Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß in Zukunft stets der Fall ist. Chor das nächste

Konzert am Montag, den 8. Oktober, in dem Schumanns „Paradies und Peri“ gesungen wird, muß dem preussischen Kultusminister zeigen, daß sein Schlag ein Schlag ins Wasser war. Aber noch mehr: Der Chor braucht auch neue singende und zuhörende Mitglieder. Welche gewaltige gefangliche Wirkungen ganz neuer Art vermöchte er zu erzeugen, wenn statt der 300 jetzigen Mitglieder drei- oder viermal so viele bei seinen Veranstaltungen mitwirken würden! Also: kommt zu ihm, Männer und Frauen, die Ihr Zeit und Lust habt (mehr braucht nicht), Euch an künstlerischer Musik mittätig zu ergötzen!

Der Berliner Volksthor wollte stets ein Glied in der Kette der Organisationen der Berliner Arbeiterschaft sein. Durch seinen Beitritt zum Arbeiter-Sängerbund hat er das von neuem vor aller Welt dokumentiert, und der preussische Kultusminister hat es durch seine Nachregelung ihm rüchlos bestätigt. Die Zukunft des Chors und seine künftige Wirksamkeit hängt darum allein von dem Interesse ab, das die Berliner Arbeiter ihm widmen werden. Es wäre jammerhaft, wenn er aus Mangel an solchem Interesse über kurz oder lang zusammenbrechen und preussische Behörden über diesen seinen Zusammenbruch triumphieren würden.

P. G.

Aus der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Begräbnis und Vereinsgesetz.

In Dresden ist jetzt vor dem Landgericht ein Prozeß entfallen worden, der um einer Pappalie willen fünf Instanzen durchlaufen hat. Vor genau einem Jahre wurde in Dresden (Klausener Grund) ein Genosse (Gewerkschaftsbeamter) begraben. Der Verstorbene war Dissident, Genosse Arbeiterssekretär Renke sprach am offenen Grabe einige Worte, ohne vorher den Pfarrer um Erlaubnis gefragt zu haben. Es handelte sich nach Renkes Meinung um ein „gewöhnliches“ Begräbnis im Sinne von § 9 des Reichsvereinsgesetzes. Das war es zweifellos, denn besondere Vorkehrungen waren in keiner Weise getroffen. Anderer Meinung war wieder einmal die Behörde. Renke erhielt ein Strafmandat über 20 Mark, das auf eine ministerielle Verordnung aus dem Jahre 1907 gestützt wurde. N. beantragte gerichtliche Entscheidung und betonte unter anderem, daß jene Verordnung durch das inzwischen in Kraft getretene Reichsvereinsgesetz unentwickelt geworden ist. Er konnte sich dabei auf analoge Entscheidungen des preussischen Kammergerichts beziehen. Das Gericht ließ es aber bei der Strafe. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung hatte Erfolg, das Landgericht sprach N. frei. Es war der Meinung, daß das Begräbnis ein „gewöhnliches“ nach § 9 des Reichsvereinsgesetzes gewesen sei und daß hierbei einige Worte am Grabe ohne weiteres gestattet sein müßten. Doch die Behörde ruhete nicht, die kurze, harmlose Rede „rebe“ mußte gerochen werden. Und der Staatsanwalt hätte, wie so oft, wieder einmal Glück beim sächsischen Oberlandesgericht, das seiner Revision stattgab und die Sache an dasselbe Landgericht zurückverwies. Nun wurde ein großer Zeugenapparat aufgebaut, um zu beweisen, daß es sich nicht um ein „gewöhnliches“ Begräbnis gehandelt habe, was die oberste Instanz als nicht genügend festgestellt erachtet hat. Und das Landgericht kam jetzt wirklich zu einer anderen Meinung! Denn das Schöffengerichtsurteil wurde bestätigt, Renke wurde zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Vorgang selbst ist so berechtigt, daß er keines weiteren Kommentars bedarf; er ist gut sächsisch und stellt sogar die preussische Justiz in den Schatten. Es wäre wohl keiner Behörde in den Sinn gekommen, Anzeige zu erstatten, wenn das Begräbnis ein bürgerliches gewesen wäre. Die doppelte Nachsicht ist in Sachen noch immer an der Tagesordnung. Bemerkenswert ist noch, daß der die Klage vertretende Staatsanwalt in dem Begräbnis auch — „eine Versammlung unter freiem Himmel“ erklarte.

Das staatsgefährliche Niederbuch.

Im Verlage des Genossen Lipinski in Leipzig ist im September vorigen Jahres das Niederbuch: „Singe mit“ erschienen. Darin ist „Die Internationale“ enthalten, in der, nachdem sie jahrelang öffentlich und mit Genehmigung der Behörden gelungen worden ist, im Februar dieses Jahres das Berliner Landgericht eine Auffreizung verhängend Beschlagnahmebefehl erließ. Infolgedessen ist auch die Leipziger Staatsanwaltschaft mobil gemacht worden. Sie klagte den Genossen Lipinski wegen Auffreizung an. Er wurde denn auch zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde bemerkt, wenn die Behörden bisher nicht eingeschritten seien, so sei das eine Unterlassung, die aber den Genossen Lipinski nicht straflos mache.

Aus Industrie und Handel.

Teuerungsdividenden.

Der Schaaffhausensche Wertverein ist seit einer ganzen Reihe von Jahren eifrig bestrebt gewesen, das Vohrgeschäft und die Nutzung von Kohle, Petroleum und Salz großzügig zu betreiben. Seine Gründung ist die Internationale Vohrgesellschaft A.-G. in Erlangen, die jetzt wieder dadurch von sich reden macht, daß sie die Hälfte — und dies noch nicht einmal ganz — von ihrem Jahresüberschuß an die Aktionäre verteilt und zwar in der Form einer Dividende von 200 Prozent! Interessant ist die Entwicklungsgeschichte der Gewinne dieses Unternehmens. Im Jahre 1895/96 wurde die Gesellschaft gegründet. Anfänglich betrug das Aktienkapital 400 000 M., jetzt ist es auf eine Million gestiegen. Die verteilten Dividenden sehen so aus:

Jahr	Prozent	Summe
1897	5	20 000
1898	20	100 000
1899	25	125 000
1900	30	150 000
1901	30	150 000
1902	30	150 000
1903	75	750 000
1904	45	450 000
1905	100	1 000 000
1906	500	5 000 000
1907	500	5 000 000
1908	100	1 000 000
1909	—	—
1910	—	—
1911	200	2 000 000

18 045 000 Mark

Die Gewinne dieses Unternehmens sind abnorm hoch; davon, daß die Jahre bei der Gesellschaft ebenso über das Normale hinausgingen, hat noch niemand etwas vernommen! Die Krisenzeit von 1909 und 1910 ließ die armen Aktionäre ohne Dividende, dies geschah im Besonderen aus dem Grunde, weil die eigentliche Leitung des Unternehmens einige Millionen zur Erlösung anderer Geschäfte brauchte. Die Ueberschüsse von 1909 und 1910 wurden deswegen einseitig auf die neue Rechnung vorgetragen und erst jetzt zur Hälfte ausgeschüttet.

Die Geschäftslage in den Woll- und Baumwoll-Webereien.

In der Textilindustrie sieht es gegenwärtig geradezu trostlos aus. Die schlimmste Zeit der Jahre 1908 und 1909 ist übertroffen. Die Löhne sind ganz besonders in den Weberdistrikten auf ein Minimum gesunken. Schon vorher waren sie infolge der jahrelangen Krisis sehr reduziert. Die Not unter den hunderttausenden Webern, Weberinnen und Hilfsarbeitern ist angesichts der Teuerung geradezu erschreckend, und es ist die höchste Zeit, mit der in Deutschland herrschenden unwürdigen Zoll- und Steuerpolitik

zu brechen. Tausende Webstühle stehen still. Die Arbeitszeit wurde verkürzt. Zweifelhafte Arbeiter dürfen nur einen Stuhl laufen lassen. Die Löhne sind gesunken. So berichten die Arbeiter aus fast allen Zentren der Baumwollweberei, aus Bayern, Schlesien, Sachsen, Elb- und Rheinländern. Lohnreduzierungen sind an der Tagesordnung; in rigoroser Weise wird gestrafft. Wo die Mangelhaftigkeit gegeben ist, wie in Augsburg, wandern die Arbeiter ab in andere Industrien. Zweifellos hat der Kriegsrummel die Lage sehr verschlechtert. In einzelnen Orten ist es zu ganz plötzlichen Störungen des Exportgeschäftes gekommen. Auch die Mode beeinflusst sehr ungünstig die Geschäftslage. Der französische Handelsminister hat deshalb bei den großen Pariser Robentelliers dahin interveniert, auf Abschaffung der engen Frauenmode hinzuwirken. Nähen wird das schwerlich etwas. In einem „Rapport“ über die vernichtenden Folgen der gegenwärtigen Frauenmode in der Textilindustrie“ sagen die Seidenfabrikanten von Tarare: „Die Mode, für die man vor zwei Jahren 12 bis 14 Meter Stoff benötigte, erfordert heute nicht mehr als 4 bis 5 Meter. Obendrein werden die Unterröcke, nachdem sie ebenfalls zuerst verengt worden waren, jetzt überhaupt nicht mehr getragen. So verlor der Absatz von vielen Tausenden von Metern Seide usw. Für die Industrie und den Handel entstand anfänglich eine große Ueberproduktion und dann eine bedrückende Arbeitslosigkeit, die sich auf alle Stofffabrikanten ausdehnte. Die Lage wird kritisch, vor allem für die Baumwollwebereien...“

Wie in der Baumwollweberei, so in der Wollweberei. In Gera steht nahezu die Hälfte aller Webstühle still. Dasselbe ist in Greiz, Reichenbach i. V., Wilmshausen, Glauchau, Meerane der Fall. Die Tuchstädte Deutschlands haben sämtlich in der Lausitz wie in Sachsen viele leerstehende Webstühle aufzuweisen, so Crimmitschau 400, Spremberg 390, Neumünster 150, Werdau 108. Dazu kommt noch das Warten auf Material, tagelanges Aussehen aller Maschinen. In Aachen, der bedeutendsten Tuchstadt Deutschlands, machen sich die Lohnweberbesitzer Luft in bewegten Reden in der dortigen bürgerlichen Presse. In Aachen gibt es noch viele Leute, die 1 bis 5, auch mitunter 20 Webstühle besitzen und auf diesen gegen Lohn in gemieteten Räumen für die Großfabrikanten arbeiten. Da die Großfabrikanten infolge der Krisis ihre eigenen Webstühle nicht zu beschaffen vermögen, stehen die Webstühle der Lohnweberbesitzer selbstverständlich völlig still. Die kleinen Leute kommen dadurch in eine üble Lage, ein graufiges Ende in Form des Bankrotts steht ihnen bevor. Die Eingekerkerten in der bürgerlichen Presse und die verschiedenen vorgelegten Maßnahmen werden daran nichts ändern. Wie in den großen sächsischen Tuchstädten, Crimmitschau, Werdau usw., diese Kleinbesitzer schon längst verschwunden sind, so wird auch in Aachen in ganz kurzer Zeit der letzte Lohnweberbesitzer das Zeitliche gesegnet haben.

Ankauf einer Zündholzfabrik durch die Großkaufmannsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Die vielen Schwierigkeiten, die sich in Aachen und Gerbicht der Errichtung einer Seifenfabrik entgegenstellten, haben es mit sich gebracht, daß die deutsche Konsumvereinsbewegung erst verhältnismäßig spät zur zentralisierten Eigenproduktion übergegangen ist. Neuerdings macht sie jedoch auch in dieser Beziehung sehr erfreuliche Fortschritte. Durch die Uebernahme der Zündholzfabrikation wurde die Eigenproduktion auf einen wichtigen Zweig ausgedehnt. Neuerdings ist nun eine neue Fabrik hinzugekommen. Am 27. September ist der notarielle Vertrag über den Ankauf einer Zündholzfabrik in Lauenburg (Elbe) abgeschlossen worden. Die Fabrikation wird am 1. Juli nächsten Jahres aufgenommen werden. Sache der deutschen Konsumvereine ist es, die genossenschaftliche Produktion zu fördern und für die weitere Ausdehnung die Vorbedingungen zu schaffen.

Teure Feringe. Die Feringepreise sind in diesem Jahre ungewöhnlich hoch. Wegen des Vorjahrs ergibt sich im Großhandel eine Steigerung bis zu 9 M. pro Doppelzentner. Der Durchschnittspreis an den wichtigsten Märkten stellte sich im Monat August der Jahre 1907 bis 1911 pro Doppelzentner in Mark auf:

Jahr	1907	1908	1909	1910	1911
Danzig, Crown and Sul	36,00	30,00	43,00	37,00	43,00
Hamburg, Schott.	32,40	24,40	37,50	—	39,00
Stettin, norm.	—	—	34,50	31,00	36,00
Schott.	33,00	31,00	37,50	35,50	39,50

Die diesjährigen Preise gehen noch wesentlich über die Durchschnittspreise vom August 1909 hinaus. Die Einfuhr von gefalzten Feringen aus Großbritannien, Norwegen und den Niederlanden hat in diesem Jahre stark nachgelassen. Sie belief sich in den Monaten Januar bis August auf 882 019 Doppelzentner gegen 1 059 704 Doppelzentner im Vorjahre. Der Wert der Einfuhr ging von 21,80 auf 18,22 Millionen Mark zurück. Die Zufuhr von frischen Feringen aus dem Ausland ist von 620 685 auf 740 278 Doppelzentner gestiegen. Der Wert erhöhte sich von 9,48 auf 11,28 Millionen Mark.

Ein Bierlokal in Wien. Infolge der vom Brauerkartell vorgenommenen Preisverhöhung wird vom 1. Oktober an in den Arbeiterheimen und Arbeiterkonsumvereinen Wiens Bier weder verkauft, noch ausgeschenkt. In der Provinz haben sich manche Brauereien geweigert, die Preisverhöhung mitzumachen, namentlich solche in Böhmen. Selbstverständlich macht auch die tarlerische Brauerei in Radvonitz, Mähren, die der Großkaufmannsgesellschaft österreichischer Konsumvereine gehört, nicht mit.

Gerichts-Zeitung.

Die „erziehende“ Faust des Schmiedemeisters.

Ein Schmiedemeister Jch in Weihensee hatte gegen seinen Lehrling Peters von dem „väterlichen Züchtigungsrecht“, das dem Lehrherrn leider zusteht, einen so ausgiebigen Gebrauch gemacht, daß die Folgen dieser Erzieherstätigkeit ein Arzt begutachten mußte. Auf die von dem Vater des Lehrlings erhaltene Strafanzeige wurde gegen Jch eine Anklage wegen Mißhandlung erhoben, aber das Amtsgericht Weihensee sprach den Meister frei, weil die beschuldigten Verletzungen nur, wie der Angeklagte versicherte, von Ohrfeigen herrührten und somit das ihm zustehende Züchtigungsrecht nicht überschritten sei. Da der als Nebenkläger zugelassene Vater Berufung einlegte, so hatte gestern das Landgericht III durch Strafkammer 5 (unter Vorsitz des Landgerichtsrats Freytag) das freisprechende Urteil des Amtsgerichts nachzuprüfen.

Dem Gericht suchte der Angeklagte zu zeigen, was für ein Taugenichts der Lehrling gewesen sei. Einem Gesellen habe er mal Stöße ins Bett gelegt, auch habe er mal nachts bis 2 Uhr die Lampe brennen lassen. Sogar der Lehrer in der Schule habe ihn geohrfeigt — so schlicht sei der Junge gewesen! Als Peters nach Ablauf der mit ihm zunächst vereinbarten Probezeit von vier Wochen plötzlich in pohigem Ton sein Arbeitsbuch gefordert habe, da habe es in ihm, dem Meister, geklocht. Der Lehrling habe ihm vorgehalten, bei ihm lerne man nichts, das sehe man ja an dem älteren Lehrling, der eben ausgelehrt habe. Der Angeklagte wollte glauben machen, er habe dem Jungen nur ein paar Ohrfeigen gegeben, worauf Peters, dem davon die Nase blutete, scheinend sich zu Boden geworfen habe. Noch an demselben Abend habe dann Peters die Lehre verlassen und sei zu seinen Eltern nach Hause gelaufen.

Anderes schilderte in der Beweisaufnahme der als Zeuge benommene Peters den Hergang. Er habe in keineswegs unhöflicher

Art um sein Arbeitsbuch gekümmert. Weil ihm die Lehre bei Jch zu schwer war. Da habe Jch ihn an den Haaren in die Küche hineingezogen und ihm Fausthiebe ins Gesicht gegeben, auch habe er ihn zu Boden gemorfen und ihn mit dem Fuß, der in einem Lederschuhe steckte, in die Seite gestochen. Das dem Bericht vorliegende Arztattest bescheinigte Blutergüsse an beiden Augen, eine Schwellung der Oberlippe, Bluterguß in einem Ohr, blaue Flecken an beiden Oberarmen. Diese Verletzungen seien, sagte das Attest, nur aus Faustschlägen zu erklären. Sie seien mit solcher Gewalt geführt worden, daß man nicht mehr von Züchtigung, sondern nur von Mißhandlung reden könne. Auch wenn ein Vater so geschlagen hätte, wäre das eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes. Der Angeklagte bestritt, mit der Faust geschlagen und mit dem Fuß gestochen zu haben, im übrigen habe er Filzpantoffeln angehabt.

Ein anderer von Jchs Lehrlingen, der noch bei ihm ist, bestätigte ihm die Filzpantoffeln. Peters habe ungezogen sein Arbeitsbuch gefordert und sei daher geohrfeigt worden. Das übrige hatte Zeuge nicht sehen können, weil Meister Jch die Tür hinter sich zugemacht hatte. Kecklich befandete Frau Jch, ihr Mann habe „dem Jungen nur ein paar runtergehauen“. Weil Peters sich noch verantwortete, habe Jch „ihn dann noch ins Gebet genommen“. Was nennen Sie denn ins Gebet nehmen? fragte der Vorsitzende. Ja, ich bin dann reingegangen und habe nichts mehr gesehen. Mit welchem Erfolge der Lehrling von seinem väterlich züchtigenden Meister „ins Gebet genommen“ worden war, das sah noch an demselben Tage eine Nachbarin seiner Eltern und am folgenden Tage auf dem Polizeibureau ein Wachmeister. Beide befanden vor Gericht, daß die Spuren an Augen, Mund, Ohr usw. auf Fausthiebe schließen ließen.

Als Rechtsbeistand des Nebenklägers beantragte Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zu bestrafen. Zu einer Züchtigung habe Jch im vorliegenden Fall gar kein Recht gehabt, da Peters nur das Arbeitsbuch verlangt hatte. Es sei erwiesen, daß Jch, der als Schmiedemeister ohnedies eine kräftig entwickelte Faust besitze, mit seinen Fausthieben das bei Züchtigungen übliche Maß weit überschritten habe, zumal da er den Lehrling auch noch mit dem Fuß gestochen habe. Der Staatsanwalt nahm nur einfache Körperverletzung an, weil Filzpantoffeln kein gefährliches Werkzeug seien. Er empfahl 40 M. Geldstrafe, dieselbe Strafe, wie vor dem Amtsgericht der Amtsanwalt sie beantragt hatte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Appelt, meinte, es müsse bei dem freisprechenden Urteil des Amtsgerichts verbleiben. Das Attest beweise wenig, der Arzt habe ähnlich wie ein Anwalt die eine Partei beraten und da äußere er unwillkürlich sich zugunsten dieser Partei. Es handle sich nur um Verletzungen, die auf eine ordentliche Schmiedemeisterschulung zurückzuführen seien. Bei der Hornhaut eines Schmiedemeisters gebe schon das eine biße Paße. Den Angriff des Verteidigers auf die Objektivität der Kräfte wies der Vertreter des Nebenklägers zurück. Zwischen ihm und dem Verteidiger entspann sich dann noch ein Geplänkel über die Leistungsfähigkeit der Schmiedemeisterschule, die Rechtsanwalt Rosenfeld in ihrer Schlogwirkung einem gefährlichen Werkzeug gleichstellte. Rechtsanwalt Appelt bestritt, daß Jch sich dieser Wirkung bewußt gewesen sei.

Das Urteil sprach den Angeklagten der einfachen Körperverletzung schuldig. Er habe, indem er mit der Faust zuhieb, sein Züchtigungsrecht überschritten, und dessen sei er sich auch bewußt gewesen. Weil er oder gereizt worden sei, habe das Gericht auf eine geringe Geldstrafe erkannt. Mit nur 10 M. wurde die Leistung der Schmiedemeisterschule bewertet.

Schmiergelberwesen im Berliner Baugewerbe.

Zu dem Prozeß Geldner-Rez, über den wir am 1. d. M. berichteten, wird uns mitgeteilt, daß der Gerichtsbevollmächtigte den Sachverständigen Schmölling mißverstanden hat. Der Regierungssachverständige und Sachverständige Schmölling hat in dem Prozeß Geldner-von Rez nicht gesagt, daß unfaire Geschäftstricks im Baugewerbe Brauch seien, sondern er hat das gerade Gegenteil behauptet, nämlich: „Die Anstöße der Abschlußprovisionen und Schmiergelder ist bei vornehm denkenden Leitern und Unternehmern nicht gebräuchlich.“

Flugblattverbreitung.

Beim Streik der Cafékellner in Hamburg-Altona verbreiteten Streifen vor Cafés in Hamburg und Altona Doyottflugblätter, die vom Gewerkschaftskartell herausgegeben waren. J. hatte sich in Altona daran beteiligt, ohne im Besitze einer polizeilichen Erlaubnis zu sein. Er wurde vom Landgericht Altona als Verurteilungsinstant zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er dadurch den § 10 des preussischen Verhögengesetzes übertreten habe. Dieser Paragraph ist nach dem Erlass des Reichsverhögengesetzes noch insoweit anwendbar, als er eine polizeiliche Erlaubnis verlangt für das öffentliche unentgeltliche Verteilen von Aufrufen, Plakaten und Bekanntmachungen. Das Gericht hatte deshalb auf einen Einwand des Angeklagten zu prüfen, ob dessen Streifenunterstützung etwa als Entgelt für das Flugblattverteilen gelten könne. In dem Falle hätte er nämlich freigesprochen werden müssen nach der Jurisdiktion des Kammergerichts. Das Landgericht verneinte aber die Frage. Es könnte für eine gegenteilige Annahme auch nicht in Betracht kommen, daß die Streifen den verurteilten gewesen seien, alle Streifenarbeiten, darunter das Flugblattverteilen, zu befragen, und daß die Unterstützung für ein oder zwei Tage abgezogen wurde, wenn sie es nicht toten. Dies habe nur eine Strafe sein sollen; die Unterstützung selber sei aber jedem Streikenden wegen des Lohnausfalls gezahlt worden, nicht als Entgelt für die notwendigen Streifenarbeiten. Also habe es sich um eine unentgeltliche öffentliche Verteilung gehandelt.

Das Kammergericht schloß sich dieser Lage dem an und verwurft die Revision des Angeklagten.

Gehorsamsverweigerung.

Die Seemannsordnung bedroht in § 98 den Schiffsmann, welcher sich einer geblischen Verletzung seiner Dienstpflicht schuldig macht, mit Geldstrafe bis zum Betrag einer Monatslohn. Der Ausweisungsbescheid ist in die Seemannsordnung von 1902 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ausgesprochenen Ausweisungsbescheid gegen die Seeleute trat am Montag das Reichsgericht entgegen.

Wegen Vergehens gegen die Seemannsordnung — Gehorsamsverweigerung — hatte sich am 23. Mai vor dem Landgericht Hamburg der Werftarbeiter Max Koch zu verantworten, wurde aber freigesprochen. Am Oktober v. J. war er als Schiffsmann auf einem deutschen Dampfer in New York. Er hatte den Mast zu waschen und sollte bis über 6 Uhr arbeiten. Diesem Befehl leistete er keine Folge, weil er übermüdet sei. — Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Reichsgericht verworfen. Die Seemannsordnung bedrohe nur den mit Strafe, der den schuldigen Gehorsam verweigere. Hier sei das und die Verletzung in gräßlicher Weise, auf die es zur Strafbareit besonders ankomme, nicht nachgewiesen.

Marktpreise von Berlin am 3. Oktober, 1911, nach Ermittlung des Reichsanwalts. Marktpreise. (Reinhandel.) 100 Kilogramm Weizen, gelb, zum Kochen 35,00—50,00. Speldeböden weisse, 35,00—50,00. Weizen 1,00—50,00. Roggen 1,00—12,00. 1 Kilogramm Kleinfeld, von der Aule 1,00—2,40. Kleinfeld, Sauerbrunn 1,00 bis 1,70. Schmalz 1,00—1,80. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,00—2,00. Butter 2,40—3,20. 60 Stück Eier 3,20—6,40. 1 Kilogramm Karfen 1,00—2,40. Hefe 1,00—2,80. Fender 1,40—3,00. Heide 1,30 bis 2,80. Gerste 0,80—2,00. Schale 1,40—3,00. Weiz 0,80—1,00. 60 Stück Rinde 2,50—30,00.



Zur Vermeidung von Verwechslungen:
Die Firma
H. Wertheim
unterhält in Berlin
nur diese 3 Geschäfte

A. Wertheim

G. m. b. H.

Versand-Abteilung
Berlin W. 66
Leipzigerstr. 132/37.
Bei Briefen
ist genaue Adresse
erforderlich.



Rosenthaler Str. Leipziger Strasse 132-37 Oranien Strasse

In dieser
Woche:

Grosser Herbst-Verkauf

in allen Mode-, Wäsche- u. Manufakturwaren-Abteilungen

Besonders billige Preise!

Günstige Kaufgelegenheit!

In der Lebensmittel-Abteilung

Soweit vorhanden

Pökelkamm 65, geteilt 70 Pf.
Eisbein (Dickbein) Pfund 65 Pf.
Rückenfett Pfund 65 Pf.
Liesen Pfund 75 Pf.
Schweinekoteletts Pfd. 80 Pf.
Schweinekamm Pfund 75 Pf.
Weiß-, Rot-, Wirsingkohl Kopf 6, 8 Pf.
Rote Rüben 5 Pfund 25 Pf.
Spinat Pfund 10 Pf.
Sellerie Knolle 8, 10 Pf.
Grünkohl 5 Pfund 25 Pf.

Koch-Birnen Pfund 10, 12 Pf.
Beurre-Blanc-Birnen Pfund 15 Pf.
Ess-Aepfel 2 Pfund 25 Pf.
Kanada-Reinetten Pfund 15 Pf.
Grosse Koch-Aepfel 2 Pfund 25 Pf.
Tiroler Aepfel 2 Pfund 35 Pf.
Preisselbeeren Pfund 35 Pf.
Zitronen Dutzend 20, 30, 45 Pf.
Geräuch. Fludern Pfd. 25, 35, 45 Pf.
Kieler Bücklinge 2 St. 10, Kiste 35 Pf.
Sprottbücklinge Pfd. 20 Pf.

Geräucherte Aale Pfd. 1.00 bis 1.30
Geräuchert. Lachs in Stück. 65 u. 75 Pf.
Lebende Aale Pfd. 65, 85 Pf., 1.05
Lebende Hechte . Pfd. 73 u. 93 Pf.
Zander Pfd. 43 Pf.
Lachs in ganzen Fischen Pfd. 35 u. 50 Pf.
Seemuscheln 100 Stück 40 Pf.
Krebse Mdl. 13 Pf. bis 4.00
Solokrebse Stück 35 u. 50 Pf.
Grüne Heringe Mdl. 28 Pf.

Suppenhühner 1.10, 1.50 bis 2.25
Brathühner 85 Pf., 1.20, 1.40, 1.75
Fasanenhähne 1.60, 2.25
Fasanenhennen 1.45, 1.90
Gänseklein Stück 73 Pf.
Hautfett Pfd. 70 Pf.
Gänse-Stückenfleisch . Pfund 55 Pf.
Gänsebrust Pfund 1.10
Gänsekeulen Stück 63 Pf.
Gänserümpfe . Pfund 88 und 95 Pf.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,  in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Die reellsten und billigsten **Möbel**
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Geschäfts-Verlegung
nach
119 Grüner Weg 119
Hof parterre
Carl Röcker
Tabak-Fabrik
Cigarren, Cigaretten en gros
Fernsprecher: Ami VII. 3861.

Möbel-Angebot.
Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 10, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 9535*

Der Verkauf der zurückgelieferten **Monatsgarderobe** des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung **J. STOCK & Co.** befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Kopf-stehen

muss ich vor Vergnügen immerzu,
wenn ich mit Servus putz meine Schuh



Servus
bester
Schuhputz

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.
Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerfcheinungen:
Russische Gefängnisse.
Von Veraigner.
Preis 75 Pf.

Kaiser
Kanzler
Zentrum.
Von J. Weersfeld.
Preis 75 Pf.
Bereinsausgabe 30 Pf.

Das neue Reichs-Verzinsungswachstener-Gesetz vom 1. April 1911 und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm.
Von Paul Göhre.
Preis 75 Pf. 247/4
Bereinsausgabe 25 Pf.

Reparaturen. Spez. Unerschütterlich laubere Reparatur für Schüler. Sonderbestellung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone ähnelnd ähnlich ist. Wesentliche Vorteile und eventuelle Ratenzahlung für Vorwärts-Abonnenten. Ungewöhnlich schöne Anerkennungen.
Emil Toussaint.

Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin C., Neuhäuserstr. 11a.

Gelegenheitskauf! Wolle

Schlafdecken
St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.

Pferdedecken!
St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.

fries für beide Vortieren
alle Farben.
Meter 1.75, 2.50 bis 4.50.
Abgsp. Friesmännel 2.25-3.00.
Verfand unter Nachnahme.

Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158.

Graf Wolff-Metternich vor Gericht.

Die Namen der beiden in der letzten Sitzung als Zeugen vernommenen Offiziere, die als Gäste im Wertheim'schen Hause verkehrten, sind, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, Oberleutnant von Better und Leutnant von Biehar.

In der gestrigen Sitzung führt der Angeklagte zum Beweis, daß er an die Wahrscheinlichkeit seiner Heirat mit Frau Dolly Landberger geglaubt habe, noch folgendes an: Am heiligen Abend war ich als einziger Fremder bei Wertheim's zu Gast. Von Dolly Landberger erhielt ich ein kostbares

Weihnachtsgeheimnis, eine Heiligenscheibe mit silbernem Griff. Auch an den beiden Weihnachtsfesttagen war ich bei Wertheim's. Fast täglich schickte ich an Dolly Landberger und ihre Mutter Blumen. Häufig war ich nach dem Lattenraal bestellt, wo Dolly L. Mittagsessen unternahm. Bei einem Abendbesuch sollte ich ihr einmal im Salon ihr schönes schwarzes Paar anprobieren. Ich war feierhaft davon überzeugt, daß meine Werbung angenommen werden würde, die ich auf der Reise nach dem Süden anbringen wollte.

Der als Zeuge geladene Dr. Artur Landberger hat aus Prag ein Telegramm eingeschickt, in dem er erklärt, selbst auf die Gefahr des Zeugniszwangsverfahrens hin werde er keine Befundungen gegen seine frühere Frau machen. Als die Verteidigung weitere Beweismittel zur Erschütterung der Glaubwürdigkeit der Frau Wertheim anführt, erklärt der Staatsanwalt: Er betone ausdrücklich, daß er an dem Zeugnis der Frau Wertheim und der Frau Dolly Landberger keinerlei Interesse habe. Die Straftaten des Angeklagten fallen in eine andere Zeit als die der Frau Wertheim. Es sei ihm unersichtlich, wie der Angeklagte aus dem Fall Metternich einen Fall Wertheim machen wolle. Er sei bereit, die Fälle, die in die Frau Wertheim fallen, fallen zu lassen. Eine Unterbrechung des Staatsanwalts, die Wertheim'sche sei so stark vorgeschoben, um das Interesse von dem Angeklagten selbst abzuwenden und Sensation zu machen, weisen die Verteidiger und der Angeklagte entschieden zurück.

Die Beweisaufnahme über die Glaubwürdigkeit der Frau Wertheim wird fortgesetzt. Justizrat Weisbach befragt, er sei juristischer Berater, nicht Syndikus der Firma A. Wertheim. Eines Tages sei in der Zeitschrift „Derold“ ein Vermutlich von Frau Wertheim inspirierter Artikel erschienen. In diesem wurde die absolute unwahre Behauptung aufgestellt, man habe versucht, Wolf Wertheim durch eine Art Komplotz zur Ableistung eines Reineides zu drängen, um ihn dann mit Hilfe des sich daraus ergebenden Strafprozesses aus der Firma A. Wertheim auszuschließen. Das strafrechtliche Vorgehen gegen den verantwortlichen Redakteur sei dann dadurch aus der Welt geschafft, daß Abbitte geleistet und Buße gezahlt wurde. Frau Wertheim habe ihn später einmal gebeten, ihre Interessen wahrzunehmen; er habe das unter Vorwurf wegen des „Derold“-artikels abgelehnt; Frau Wertheim erwiderte, ihr sei gesagt worden, sie kriegen zehn Millionen, wenn der Artikel kommt. Nach Ansicht des Zeugen suchte man durch den Artikel eine Erpressung einzuleiten. Ueber dieselbe Angelegenheit ist später eine Proklamation erschienen; wegen derselben schwebt ein Strafverfahren gegen deren Verfasser, Serjan. — Rechtsanwalt Severin behauptet, daß Frau Wertheim ihre 70jährige Schwiegermutter zu einem Offenbarungseid darüber gezwungen hat, daß sie bestimmte Briefe nicht hinter sich habe. Auch ein Reineidverfahren gegen die eigene Schwiegermutter habe Frau W. versucht einzuleiten. In der Zeitschrift „Morgen“ sei dann durch einen Artikel „Tiergartenkondal“, dessen Urheberin wohl Frau W. sei, die ganze Affäre aufgedeckt worden. Gegen die eigene Mutter, eine Frau Tieber, erhaltete Frau Wertheim eine Anzeige wegen Verleumdung. — Der frühere Privatsekretär des Dr. Artur Landberger, Kühn, befragt als Zeuge, daß Frau Dolly Landberger sich häufig darüber beklagt habe, daß sie von ihrer Mutter mit den gemeinsten Schimpfwörtern belegt werde. Auf Befragen erklärt der Zeuge unter anderem: Eine Mich Giffin habe erzählt, Frau Wertheim habe eines Tages zu ihr gesprochen, die Dolly das nicht vor ihrem 22. Jahre heiraten. Zwischen 18 und 22 Jahren kann sie meinerwegen Verhältnisse haben, aber jede Woche einen anderen. — Der Vorsitzende weist darauf hin, daß eine solche Beweisaufnahme darüber, was eine dritte Person, deren Glaubwürdigkeit man gar nicht kenne, geäußert haben soll, doch nicht zulässig sei. — Die Verteidigung beschränkt sich darauf auf Fragen, die der Zeuge aus eigener Kenntnis beantworten könne. Der Zeuge äußert unter anderem: Es ist richtig, daß Frau Wertheim mal gesagt hat: Unter einem Sanderbild oder einem Rothschild machen wir's nicht. In einem Briefe der Frau Dolly heiße es u. a. als sie mal erklärte: „Mutter laut wieder mal Fürstenschlöffer“, habe diese geantwortet: O nein, da nehm ich das Palet und schlage dich, bis Du Gehirnentzündung hast. Sie sei von ihrer Mutter hypnotisiert und müsse alles tun, was sie wolle.

In einem Gutachten des Geheimen Medizinrats Professor Dr. Eulenburg heißt es: „Bei Durchsicht dieser Briefe und Aufzeichnungen glaubt man stellenweise etwas von der von Schwüllem Parfüm durchgezogenen Duschschicht und dem heißen Auen einer modernen Salone, der würdigen Tochter einer modernen Herodias zu hören.“ — Vorsitzender: Das schreibt ein Professor, Donnerwetter! — Rechtsanwalt Dr. Jaffe: Ja, allerdings, und zwar Geheimrat Eulenburg. — Vorsitzender: Ja, ja, ich kenne ihn schon. — In einem an die damals infolge ihres Sturzes aus dem Fenster des Gipsnadel-Götter's heruntergefallenen Dolly Landberger gerichteten Briefe schreibt Frau Wertheim: „Warum habe ich für Deinen Vater Piusus, der meinen Namen Mißchen wollte, die Wechsel unterschrieben, die der herrliche Karl Wolf bezahlte? Damit Dir das Buchhaus nicht anhängen sollte, in das Dein Vater ohne Gnade hineingepusert wäre.“

Dem Vortrag ähnlicher Äußerungen der Frau Wertheim und ihrer Tochter heugt der Vorsitzende durch die Erklärung vor, es ist ja bekannt, daß Dr. Landberger das damals 15jährige junge Mädchen gegen den Willen ihrer Eltern in England geheiratet hat. Daß die Mutter nicht sehr freundliche Äußerungen gemacht haben wird, ist begreiflich. Der Zeuge befragt noch: Die Behauptung der Frau Wertheim in einer Eingabe, die Plut des Prinzen Dolly Piusus nach England habe unter der Legation Maximilian Nordens festsitzen, ist völlig unwahr. Garden wußte von der Sache damals gar nichts.

Schriftsteller Edmund Edel macht über seine Beobachtungen, die er als Gast an dem im Wolf Wertheim'schen Hause verlebten Silvesterabend 1909 gemacht hat, folgende Schilderung:

Ich war mit meiner Frau eingeladen worden; es war eine Gesellschaft von 40 bis 50 Personen zugegen. Der große weiche Saal war sehr schön dekoriert. In der Mitte des Saales stand eine große Tafel. Graf Metternich führte die Tochter des Hauses zu Tisch. Wir unterhielten uns in der Gesellschaft über diese Erscheinung und waren uns darüber einig, daß irgend etwas vorläge. Es war ja bekannt, daß für Dolly Piusus Heiratspläne im Gange waren und so dachte man, Graf Metternich sei wahrscheinlich der präsumptive Thronfolger. Im übrigen hatte man auch den Eindruck, daß irgendeine prominente Persönlichkeit als Tafeldekoration herangezogen werden sollte. Dafür hielt ich den Angeklagten. Es waren sehr viele Künstler, Schriftsteller, Vertreter der Industrie anwesend. Das Essen war allerdings nicht gut. (Weiter.) Präsi: Ich muß doch bitten, solche Bemerkungen zu unterlassen. Das gehört nicht zur Sache und steht aus wie eine Verhöhnung des Gerichtshofes. Zeuge Edel befragt weiter: Wichtig ist, daß ich Dr. Landberger gegenüber geäußert habe:

„Besten ist Graf Metternich als Schwiegersohn an der Tafel herumgereicht worden.“

Ein Geldvermittler suchte von Dr. Landberger — allerdings vergeblich — für den Angeklagten 5000 M. zu pumpen. Hof- und Gerichtsadvokat Nagr-Günther befragt: Graf Metternich trat mit mir, als er sich mit der Schauspielerin Gräulein Claire Vallentin verheiratete, zwecks Regulierung seiner Schulden in Verbindung. Er gab diese auf etwa 40 000 M. an; manche Beträge sind aber zweifellos ihm viel zu hoch berechnet. Zeuge hatte den Eindruck, daß es mit dem Willen, die Schulden zu regulieren, dem Angeklagten ernst war. Die eingeleitete Regulierungsbank sei durch die Verhaftung des Angeklagten, der sich keineswegs verborgen gehalten habe, durchkreuzt worden.

Hierauf wird die Ehefrau des Angeklagten, Frau Gräfin Claire Wolff-Metternich geborene Vallentin

vernommen. Sie erklärt, von meinem Zeugnisverweigerungsrecht will ich keinen Gebrauch machen. Meinen Gatten hatte ich in Schwabeningen kennen gelernt. Am 28. September 1910 heirateten wir. Vor der Hochzeit teilte mir mein Mann mit, daß er etwa 20 000 M. Schulden habe. Ich erklärte mich sofort bereit, diese zu bezahlen. Das eifrige Bestreben meines Mannes war, sich eine Stellung zu verschaffen. Er erhielt eine solche mit 300 Kronen Monatsgehalt und hatte die besten Aussichten, bald ein erheblich höheres Gehalt zu beziehen. Die Schulden bezahlte ich nur zu einem Teil, da uns unser Anwalt Nagr-Günther riet, damit nicht zu vorzeitig zu sein, wir sollten die Leute ruhig einige Zeit warten lassen, da mein Mann ja ganz erheblich überverteilt worden war. Die Schulden eines Mannes halte ich nicht für besonders Auffällendes. Mein Mann hat mir gesagt, er hätte damals die Frau Dolly Landberger heiraten können oder sollen; dann hätte er die Schulden ohne weiteres bezahlen können. Wenn jemand hier ins Gefängnis geht, so ist es der Vater und nicht mein Mann. Da er von seinem Vater nur 30 M. monatlich erhielt, erzählte er mir, mußte er Schulden machen, um den großen Aufwand als zukünftiger Schwiegersohn Wertheim's machen zu können. Unter den traurigen Verhältnissen sei er gezwungen gewesen, eine sogenannte Namensheirat einzugehen, trotzdem es immer seine Absicht gewesen sei, nur eine wirkliche Liebesheirat einzugehen. — Vorsitzender: Glauben Sie, daß Sie von Ihrem Gatten aus Liebe geheiratet worden sind? — Zeugin: Jawohl, ganz bestimmt. Er hat damals den ganzen Tag gejammert, daß er nicht so schnell eine Stellung finden könne. Ich hätte auch nicht das geringste dagegen einzuwenden, wenn mein Gatte gar nichts tun würde. Die Behauptung, daß mein Mann von seiner Familie verstoßen sei, ist nicht ganz richtig. Ein Brief seiner Schwester befragt, daß die besten Aussichten dafür vorhanden sind, daß in Zukunft alles beigelegt werden würde. Sie hatte geschrieben: „Schan nur, daß Deine Frau nicht beim Theater bleibt, und alles wird gut werden.“ Auch sein Vater hat ihn im Gefängnis besucht. Der Vater verlangte von mir,

mein Mann solle ins Irrenhaus,

dann wolle er alles tun. Ich habe dankend abgelehnt und ihm gesagt, ich habe keine Veranlassung, mich seinem Willen zu fügen. Auf Hinweis des Oberzweigen in der Oberstadt Dr. Förster, daß in den Akten sich ein Gutachten eines Dr. Jerner befindet, in dem erklärt wird, der Graf leide an moralischer Idiotie, erwidert die Zeugin: Mein Gatte war sehr eifersüchtig; ich wäre sehr beleidigt gewesen, wenn er es nicht gewesen wäre. Das Gutachten ist wohl darauf zurückzuführen, daß Dr. Jerner durch den guten Willen, meinen Mann zu retten, sich zu weit hat hinarbeiten lassen.

Der Kaufmann Eduard Buchwald hat als Heiratsvermittler Schritte für eine Heirat des Angeklagten mit einer reichen Amerikanerin unternommen. Er erhielt einen Provisionsschein über 50 000 M., der fällig sein sollte, wenn eine reiche Heirat mit einer Millionärin zustande käme oder wenn Angeklagter von Hause ein großes Kapital ererbte. Die Ansicht, daß der Graf Frau Dolly heiraten würde, sei allgemein gewesen.

Bei der Zeugin Pensionärin Frau Ubrmann hat Angeklagter ein Jahr lang für 30 M. monatlich, mit voller Beschäftigung für 120 M. monatlich gearbeitet. Die Zeugin hat dem Angeklagten einen großen Kredit eröffnet; bestimmt war die Mädschicht auf seinen Namen und daß er sagte, er würde einmal von Hause eine Viertelmillion erhalten und hoffe reich zu heiraten. 1500 M. hat sie zurückgehalten und hat noch 1200—1500 M. zu verlangen. Der Angeklagte habe sehr beschelden gelebt. Eine Frau Brehm soll in einem Fall geschädigt sein. Sie erwarb einen Wechsel von 5000 M. gegen Zahlung. Für den Wechsel hasteten der Angeklagte und ein Mann namens Jerner, der sich „Baron von Jerner“ nannte, aber später als Schwindler sich entpuppte hat. Die Auskunft über Graf Metternich, die die Zeugin einzog, sei schlecht gewesen; sie habe mehr auf die Solvenz des Barons von Jerner und das von diesem gegebene Unterpfand Gewicht gelegt.

Frau Guffe

legt die Anklage dem Angeklagten folgendes zur Last: Im Sommer 1909 lernte der Angeklagte die in der Halbwelt sehr bekannte Tänzerin Elvira Guffe, genannt „Elvira Commer“, kennen. Metternich trat sehr vornehm auf und warf mit dem Geld ziemlich umher. Schon nach dreitägiger Bekanntschaft erzählte er der Guffe, er müsse nach Baden-Baden reisen, wo seine Heirat mit einer reichen Amerikanerin perfekt werden würde und bat sie, ihm 1000 M. zu borgen. Die G. ging auch darauf ein und erhielt von Metternich einen Wechsel über 1200 M., den er bereits fertig geschrieben aus der Tasche zog. Zwei Tage später erhielt die Guffe von Metternich aus Baden-Baden einen Silberring, in welchem er sie nochmals um 300 M. bat. Die G. ließ jedoch nichts mehr von sich hören und gab den Wechsel dem Jubelstöß in Zahlung, bei dem sie eine größere Schuld hatte. Bei Fälligkeit wurde der Wechsel von Metternich nicht eingelöst. Später zeigte Metternich an Stöß in Baden 800 M. zurück. — Die Angeklagte hat schon früher befragt, von der G. überhaupt 1000 M. erhalten zu haben. Er habe der G. den Wechsel lediglich zum Geschenk gemacht.

Der Angeklagte befragt vor Gericht, sich in diesem Falle schuldig gemacht zu haben. Er habe die Guffe im „Moulin rouge“ kennen gelernt und sei morgens gegen 4 Uhr in angebettem Zustand mit ihr nach ihrer Wohnung gegangen. Dort habe er ihr auf ihre Bitten, als Beitrag zu einem Brillantkollier, zu dessen Erwerb auch andere Kavalierere beitrügen, einen Wechsel über 1200 M. geschenkt. Er habe sich nach einigen Jögern dazu dreifach gelassen. Er habe auch mit ihr gesprochen, daß er nach Baden-Baden fahren wolle, um sich dort mit einer Amerikanerin zu verloben. Man hätte darüber auch schon anberauredt gesprochen und gesagt: Das ganze nicht so schnell; er habe sogar mit einer anderen Dame eine kleine Wette abgeschlossen, daß er sich bald verloben würde. Auf seine Bemerkung, daß es in Baden-Baden sehr teuer sei, habe sie sich bereit erklärt, ihm im Bedarfsfalle 300 oder 500 M. zu schicken. Er habe dann auch aus Baden-Baden geschrieben und um 500 M. gebeten, hierbei habe er allerdings fälschlich gesagt: „Die Braut ist da!“ Doch habe er dies nicht zur Käufung der Zeugin getan, sondern mit Rücksicht auf die kleine Wette, die er abgeschlossen hatte. — Der Brief wird zur Verlesung gebracht. Es heißt darin u. a.:

„Die Braut ist gestern angekommen; sie ist reizend. Es wird bestimmt etwas! Ohrra! Ich freue mich auf ein Wiedersehen. Das wird ein toller Abend werden!“

Elvira Guffe befragt als Zeugin folgendes: Ich habe dem Angeklagten, der seinerzeit ein eigenes Automobil hatte und sehr viel Geld in den Nachtlokalen ausgab, die 1000 M. gegeben. Ich hatte keine Bedenken, daß ich das Geld wiedererhalte, ich hatte nur Bedenken, daß er überhaupt ein Graf Metternich war. Als ich dann aber aus Baden-Baden den Brief erhielt und dem Grafen noch-

mal 300 M. pumpen sollte, verhielt ich mich ablehnend, da Metternich allem Anschein nach bei mir eine „Pumpstation“ anlegen zu können glaubte. Metternich lauerte mir dann auf der Straße auf und machte mir beinahe auf der Straße eine Szene. Ich habe Metternich dann noch wiederholt in Nachtlokalen gesehen, wie er einen Tausendmarktschein wechselte. Zu den Freunden des Grafen gehörte auch ein Herr von Baud, der ein ganzes Palet Blankowechsel des Grafen bei sich trug. Als sie diesen auf den zweifelhaften Wert der Wechsel hinwies, sei von Baud ordentlich wütend geworden und habe ausgerufen: „Mein Freund Gisbert ist mir sicher!“ Es ist nicht wahr, daß Angeklagter von mir nichts erhalten habe, sondern mit dem Wechsel zum Geschenk gemacht habe. Der Graf Metternich hat mir ja sogar drohen lassen, mich wegen Bauders anzugehen, weil ich 200 M. Zinsen genommen hätte. Das ist doch gar nicht meine Profession. (Weiter.) — Angeklagter befragt die Darstellung der Zeugin. Diese erklärt auf Befragen: Den Angeklagten habe ich sehr oft gemahnt. Es hat bei solchen Mahnungen nicht an entsprechenden Äußerungen von seiner und auch von meiner Seite gefehlt. Ich habe ihn auch in Gegenwart dritter Personen gemahnt, das waren wohl Heiratsvermittler, wenigstens tagierte ich sie so. Vor Hingabe der 1000 M. habe Angeklagter ihr gesagt, er beziehe 2000 M. monatliche Revenuen. Alle Kreuz- und Querfragen, die die Verteidigung an die Zeugin richtet, um die Wichtigkeit ihrer Aussagen in Zweifel zu ziehen, beantwortet die Zeugin präzise und bleibt bei ihrer Aussage. Auf Befragen erklärt sie: Ich bin im Alter von etwa 17 Jahren nach Berlin gekommen, vorher war ich etwa 3 Jahre Soubrette in Varietés an verschiedenen Orten.

Ein Zeuge Amtsgerichtsrat Graf von der Schulenburg hat den Angeklagten auf dem Tennisplatz kennen gelernt. Zeuge hat die feste Überzeugung gewonnen, daß es dem Angeklagten mit der Heirat mit Frau Dolly Landberger ernst war. Er selbst habe dem Angeklagten ein Darlehen von 6000 M. gegeben, fühlte sich aber nicht geschädigt und fasse auch das Verhalten des Angeklagten nicht als ein betrügerisches auf.

Die Verhandlung wird hierauf auf heute vertagt.

Soziales.

Lehrlingsklagen.

1. Der Buchdruckermeister Albert Kleiber hatte den Buchdruckerlehrling W. in der Lehre. Am 4. September d. J. erreichte das Lehrverhältnis ein vorzeitiges Ende. Der Lehrling beklagte sich darüber, daß er in übermäßiger Weise geschäftigt, ja geradezu mißhandelt worden sei und daß er bei seinem Lehrherrn nichts rechtes lernen könne, weil die Voraussetzungen zu einer sachgemäßen Ausbildung nicht gegeben seien.

Der Lehrling klagte deshalb beim fleißigen Erwerbgericht. Er forderte, daß der Lehrherr in die bereits vollzogene Lösung des Lehrverhältnisses willige und ihn bis zur Annahme einer neuen Lehrstelle pro Woche 8 M. zahlen soll.

Das Erwerbgericht kam auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme zu der Ansicht, daß der Kläger von dem Beklagten zwar nicht übermäßig schlecht behandelt worden sei, daß es aber der Beklagte an der nötigen Ausbildung habe fehlen lassen. Der Beklagte selbst habe sich geweigert, den Kläger zu unterweisen. Unter diesen Umständen habe dem Jungen nicht mehr zugemutet werden können, noch länger zu bleiben. Die Lösung des Lehrverhältnisses sei zu Recht erfolgt. Nur in bezug auf die Höhe der Schadensersatzforderung wich das Gericht vom Klagenanspruch ab. Es setzte den dem Kläger zu erscheidenden Schaden auf 100 M. fest.

2. Der Buchdruckerlehrling Weinberg ist von seinem früheren Lehrling W. beklagt worden. Auch hier beklagte sich der Lehrling über den Mangel einer sachgemäßen Ausbildung. Der jetzige Lehrherr und dessen Obermaschinenmeister beklagten übereinstimmend, daß der Kläger, der bereits 3 1/2 Jahre gelernt hat, noch außerordentlich weit zurück sei. Die Arbeiten, die er verrichten kann, seien nur Hilfsarbeiten. Selbstständig zu arbeiten sei er nicht in der Lage. Der Beklagte gab daran der Verschuldung des Lehrlings die Schuld; er habe sich die größte Mühe gegeben, dem Jungen etwas beizubringen. Die dem Gericht von ihm vorgelegten Ergänzungen zeigten, daß in dem Verleide auch ein Stück guter Arbeit geleistet wird. Der jetzige Lehrherr des Klägers gibt zu, daß dieser wohl nicht einer der intelligentesten Menschen sei, ist aber der Meinung, daß dieser Umstand an der Zurückgebliebenheit nicht die Schuld trage. Denn der Junge zeige sich bei ihm ganz anständig. Der Maschinenmeister, der jetzt den Kläger zu unterweisen hat, habe nicht gefunden, daß dieser beschränkt sei.

Das Gericht hielt den Beklagten nicht ganz frei von aller Schuld, denn die Ausbildung sei nicht so gewesen, wie sie sein sollte. Sie war mangelhaft. Andererseits trage auch der Lehrling selbst einen Teil der Schuld, da er sich nicht die gebührende Mühe gegeben habe, um etwas Ordentliches zu lernen. Das Gericht setzte den von dem Beklagten zu erscheidenden Schaden auf 60 M. fest.

Erfüllte Wartezeit.

Der Zeitpunkt des Eintritts der Invalidität spielt im nachfolgenden Fall eine außerordentlich wichtige Rolle, da die Wartezeit nicht erfüllt gewesen, wenn die Invalidität von einem früheren Zeitpunkt angenommen worden wäre. Die Wartezeit beträgt bekanntlich 200 Wochenbeiträge.

Die Arbeiterin Auguste R. stellte am 14. Februar 1911 bei der Landesversicherungsanstalt Brandenburg den Antrag auf Bewilligung einer Invalidenrente. Dieser Antrag wurde von der Landesversicherungsanstalt mit der Begründung abgewiesen, daß Frau R. mindestens seit Januar 1910 krank und erwerbsunfähig sei. Frau R. habe wohl bei Stellung ihres Antrages 218 Beitragsmarken geleistet; die seit dem Januar 1910 geleisteten Beitragsmarken können jedoch nicht in Anrechnung gebracht werden, weil diese Marken für einen Zeitraum gestellt waren, wo bereits Invalidität im Sinne des Gesetzes eingetreten war. Die Landesversicherung stütze ihre Ansicht, daß Frau R. seit Januar 1910 dauernd erwerbsunfähig sei, darauf, daß sie vom Januar 1910 bis etwa 1911 nur 32 volle Tage gearbeitet und dafür höchstens 35 M. Lohn erhalten habe.

Gegen den ablehnenden Bescheid wurde Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Reg.-Bez. Potsdam, eingelegt und geltend gemacht, daß die Erwerbsunfähigkeit erst im Januar 1911 eingetreten sei. Im Jahre 1910 hat Frau R. als Landarbeiterin noch Arbeit verrichtet, Mühen gebuddelt, bei der Ernte geholfen, Säge geflißt usw. Auf Grund der eingeholten Erkundigungen beim Arbeitgeber wurde als festgesetzt erachtet, daß Frau R. vom April bis Ende Oktober 1910 mehr als 60 Tage Lohnarbeit verrichtet und daneben noch die häuslichen Arbeiten verrichtet hat. Medizinrat Dr. W., der im Auftrage des Schiedsgerichts die Frau R. untersuchte, kam ebenso wie der Frau R. im Auftrage der Landesversicherungsanstalt untersuchende Arzt zu dem Ergebnis, daß Frau R. seit Ende Oktober 1910 für dauernd erwerbsunfähig anzusehen sei. Die untere Verwaltungsbehörde hatte Frau R. vom 20. Februar 1910 ab für dauernd invalide erachtet.

Das Schiedsgericht verurteilte daraufhin die Landesversicherungsanstalt zur Zahlung der Invalidenrente. Da Frau R. erst vom Oktober 1910 invalide sei, die Wartezeit erfüllt wäre; denn bis Ende Oktober 1910 hatte Frau R. 205 Marken geleistet. Auch in diesem Fall tritt das Vortreten der Versicherungsanstalt, die Fälle zu ihren Gunsten auszuliegen, in Erscheinung.

Rente auf gewisse Zeit unzulässig.

In einer Frankfurter Brauerei wurde ein Fahrbusche vom Pferd geschlagen und fiel so unglücklich zu Boden, daß er auch noch

Den rechten Ellenbogen streift. Sofort wurde ein Arzt gerufen, welcher einen Verband anlegte. Bald darauf wurde der Verletzte angewiesen, die medikamentöse Anstalt von Dr. Pfeiffer-Frankfurt a. M. zu besuchen, welche ihn mehrere Wochen behielt. Als der Verletzte später Nervenanspruch erhob, wurde ihm von der Berufsgenossenschaft der latente Verleth, daß erwerbsfähige Unfallfolgen nicht mehr vorhanden seien. Dann folgten im Verleth ganz gelehrte Ausführungen, wie: „Am verletzten Arm finden sich nirgends Verlethigungen, es bestehen nirgends Druckschmerzen, auch keine Gefühlsstörungen. Die Muskulatur des rechten Armes ist normal, die Sehnen sind alle frei beweglich. Als einzige Folge des Unfalls besteht noch an der rechten Hand eine geringe Beschränkung in der Innendrehung, die jedoch so minimal ist, daß dadurch eine nennenswerte Erwerbsbeschränkung nicht bedingt ist. Sie sind daher wieder als vollkommen hergestellt zu betrachten.“

Der Verletzte glaubte natürlich, daß diese Ausführungen von dem Vertrauensarzt der Genossenschaft herühren, der von seiner Kunst eben sehr überzeugt sei und keinen Patienten ungeheilt aus seiner Klinik entlassen wolle. Sehr groß war sein Erstaunen, als er Einblick in die erbetene Abschrift dieses Arzgnutachten nehmen konnte. Der Inhalt des Gutachtens lautete nämlich: „Die Bewegungsbeschränkung der rechten Hand kommt nicht praktisch in Betracht. Sie ist durch die Knochennarbe des rechten Ellenbogens verursacht und wird im Laufe der Zeit, wenn der Callus kleiner wird, verschwinden. Ich empfehle für R. eine Uebergangsrente von 10 Proz., und zwar auf die Dauer von drei Monaten.“

So wenden die Genossenschaften ihre eigenen Gutachten „praktisch“ an. . . Was würde man sagen, wenn ein Verlethter dieses wegen würde? Im vorliegenden Falle hatte der Verlethter also bereits vor dem Termin gestiftet, denn das Schiedsgericht konnte nach Lage der Sache ja gar nicht anders handeln, als die so schwer blamierte Berufsgenossenschaft verurteilen. Nur in einem Punkte ging das Schiedsgericht nicht auf die Berufung ein. Der Verlethter protestierte nämlich weiter gegen die Festsetzung der Rente auf eine gewisse Zeit von 3 Monaten, da man doch unmöglich den Zeitpunkt einer gewissen Besserung von vornherein feststellen könne. Das Reichsversicherungsamt hatte sich also im Refusweg mit dieser interessanten Frage zu befassen und entschied auch hier

zugunsten des Verlethten. Im Rechtsurteil wird darauf hingewiesen, daß, abgesehen von den Fällen, in denen das Ende des Bezugsrechtes unzulässig ist und daß eine dem Grunde nach zuzulassende Beschränkung des Anspruches als nicht geschrieben anzusehen ist (zu vergl. § 14d, Rundschreiben des R.-V.-A. vom 15. November 1904, Aml. Nachr. 1904, S. 650). Da dieser Grundsatz auch für die Entscheidung des Schiedsgerichts gelte, so sei diese Entscheidung irrig. Bei Festsetzung einer Rente könne man eben nicht mit hinreichender Sicherheit voraussagen, wie lange die dieser Festsetzung zugrunde liegenden Unfallfolgen in dem gleichen Maße fortbestehen werden.

Aus Industrie und Handel.

Kartellmächte.

Das Versicherungsgeschäft rechnet heute mit Milliarden. Wir haben in der Feuerversicherung, der Lebensversicherung und auch in der Transportversicherung festgefügte Kartelle und Verabredungen, an die Oeffentlichkeit gelangen aber von ihren Sitzungen und Generalversammlungen nicht einmal offiziöse Berichte, wie wir sie vom Kohlenyndikat usw. kennen. Daß da Aufmerksamkeit am Platze ist, beweist zur Genüge die jüngste Generalversammlung des Internationalen Transport-Versicherungs-Verbandes. Sie fand dieser Tage, wie jetzt bekannt wird, in München statt. Das Transportversicherungskartell ist die erste Vereinigung in der Versicherungsbranche überhaupt gewesen. Es wurde 1873 durch zwei deutsche Gesellschaften ins Leben gerufen. Jetzt gehören ihr 106 Transportversicherungsgesellschaften an, die beinahe in allen Ländern des Kontinents domizilieren. Sie klagen alle über schlechte Geschäfte. Eine gemeinsame „Aufbesserung“ der Versicherungsprämien will bis jetzt noch recht vorsichtig behandelt sein, da gerade die wichtigsten englischen Gesellschaften — obwohl sie an der Generalversammlung teilnahmen — dem internationalen Kartell nicht angehören. Besonders eifrig sind die Gesellschaften dabei, ihre Pariser ständige Kommission auszubauen. Die Aufgabe dieses Instituts ist es, alle Versicherungsfragen internationalen Charakters zu studieren und eine gemeinsame Behandlung dieser Dinge herbeizuführen. Es

handelt sich dabei insbesondere um geschäftliche Maßnahmen, Besteuerung und Konfessionierung der Transportversicherungsgesellschaften, Feststellung gemeinsamer Maßnahmen über die Haftung der Versicherer bei Kriegsrisiko, Lagerisiko und dergl., aber auch um Vorbereitungen zu Eingaben an geschäftliche Körperchaften und diplomatische Vertretungen der einzelnen Länder. Bisher will man jetzt daran gehen, für Deutschland einheitliche Seeversicherungsbedingungen einzuführen. Es ist klar, daß dies auf eine Vertiefung des Seeversicherungsgeschäftes hinausläuft.

Der Verband deutscher Lebensversicherungsgesellschaften hat jetzt ebenfalls seine Generalversammlung abgehalten. Ihm gehören zurzeit 44 Gesellschaften an, sie bilden die ausschlaggebende Macht im deutschen Lebensversicherungsgewerbe. Man beschloß unter anderem, energisch gegen die Bestimmungen auf Einführung öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten vorzugehen. Es ist klar, daß den privaten Gesellschaften die unter öffentlicher Kontrolle stehenden gemeinnützigen Unternehmungen nicht passen. Charakteristisch für den Geist des Verbandes der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften ist auch, daß seine Generalversammlung darüber glücklich war, daß der italienische Versuch, die Lebensversicherung zu verstaatlichen, als vorläufig gestrichelt angesehen werden muß. Einer Verbilligung der Versicherungslofen dadurch, daß bei direkten Versicherungen ein Teil der Provision an den Versicherungsgeber verrecknet wird, beschloß man durch ein allgemeines Verbandsverbot ein Ende zu machen. Allerdings hat sich hier nur, wie bekannt wird, eine „Rechtlichkeit“ und nicht jedes Mitglied des Verbandes damit einverstanden erklärt.

Man sieht, wie eifrig und resolut die Versicherungsgesellschaften ihre Riesenmacht ausnützen.

Eingegangene Druckschriften.

Chauvinismus. Ein Wanderbuch von Anton Hendrik. Erste Teil: Kinder, Kämpfer, Künze. Zweiter Teil: Wollen, Wälder, Wege. Preis 6 Mark. Raven u. Dr. Esdenst.

Was ist, was will die Demokratische Vereinigung? Von Dr. S. Rehrig. 20 Bf. — Demokratische Verlagsanstalt, Schöneberg, Kolonnenstr. 64, I rechts.

Bel Magenverstimmung Santa Lucia

Kraft-Rotwein n. 1.50 u. 2.00

Nachahmungen bitte zurückzuweisen

Käuflich in Apotheken, Drogerien
u. und Delikatessen-Geschäften

Um sich vor Infektionskrankheiten zu schützen, trinken die Völker des Südens Wasser nicht ohne Zusatz von Wein. Dass das Volkbewusstsein richtig ist, haben unsere Gelehrten durch umfangreiche Untersuchungen bestätigt gefunden. Durch Vermischen gleicher Teile gewöhnlichem Trinkwasser mit Wein wurde die Zahl der Infektionskeime zu 1/4 vermindert, nach kurzer Zeit sogar vollständig, so dass nach dem Bericht des Dr. Mig. Wasser durch Weinzusatz absolut keimfrei wurde.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Köpenicker Viertel.
(Bezirk 194).
Nachruf.
Den Hinterbliebenen zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maler **Joseph Grzemski** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Mittwoch, den 4. Oktober, 1922/9.
Der Vorstand.

Hierdurch allen Verwandten, Freunden wie auch Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber und geliebter Mann, unser Vater, Sohn, Bruder und Schwager **Erich Schatz** am 2. Oktober an Herzschlag sanft und plötzlich verstorben ist.
Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an **Emma Schatz** nebst Kindern, Badstr. 62/63.
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4 Uhr von der Halle des neuen Paulskirchhofes in Köpenick aus statt. 9526

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Lackierer **Franz Apelt** Mangalstr. 9 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 2. Oktober verstarb unser Genosse, der Lackierer **August Hoppe** Kochstraße 32.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paulskirchhofes, Köpenick aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Erich Schatz** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paulskirchhofes in Köpenick aus statt.
Den Kollegen seiner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter **Georg Burde** am 2. Oktober infolge Herzleidens gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 5. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paulskirchhofes in Köpenick aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
1923/20 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Franz Apelt** am 2. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Rixdorfer Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, statt.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 2. Oktober verstarb unsere Genossin **Frau Henriette Ruffs** Weddingstr. 7.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof der protestantischen Gemeinde, Doppel-Allee, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
231/6 Der Vorstand.

Am 2. d. Mts. verstarb der Schriftsetzermeister Herr **August Raedisch** im Alter von 84 Jahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Friedhof der Gemeinde zum Heiligen Kreuz, Mariendorfer, Eisenacher Str. 62, aus statt. 9506
Paul Magnan, Rentant der Ortstrankenkasse, d. Buchdruckerei.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist uns unser Kollege **August Niewitz** (11. Abteilung der städt. Straßenreinigung) entrissen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Weidenauer-Kirchhofes in Köpenick aus statt.
31/6 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist uns unser Kollege **Erich Müller** von der Seiten Altdorf, Krankenhaus, entrissen worden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet in der Heimat statt. 31/7
Die Ortsverwaltung.

Am 2. Oktober verstarb unser früherer langjähriger Mitarbeiter, der Schriftsetzermeister **August Raedisch** im 85. Lebensjahre. 9196
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Heiligen Kreuz-Kirchhof in Mariendorfer Weg, aus statt.

Für die zahlreiche Beteiligung und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Schwagers und Großvaters, des Arbeiters **Hermann Jaurisch** sagen wir allen Beteiligten, besonders den Vereinen und Korporationen sowie dem Gelangher, welche ihm das letzte Geleit gegeben haben, unseren aufrichtigen Dank.
Witwe Auguste Jaurisch nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz.
Sicht am 10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

*Großmännliches Wohlkloppfen
schmeckt gut, ist gesund
und — billig.*

Ihre Zufall muß! S!

Reste
Damentuche schwarz und farbig
per Meter von 3 Mark an
Kostümstoffe neueste engl. Muster
per Meter von 2 Mark an
Seidenplüsch Vel du Nord 80 cm breit
per Meter . . . 4 Mark
Engl. Seal 120 cm breit
per Meter . . . 10 Mark
Astrachan 120-150 cm breit
per Meter . . . 5 Mark
Samt und Seide etc. etc.
zu sehr billigen Preisen.
C. Pelz, Kottbuser Straße 5.

Ziehung 13.-15. Oktbr.
Düsseldorfer Ausstattungs-Lotterie
12 100 Gew. i. Werte v. Mk.
90000
15000
10000
5000
Lose à 50 Pf., 11 Lose 5 Mark.
Porto und Liste 30 Pf. versendet
General-Debit Bankgeschäft, Düsseldorf 24.
Auch zu haben in allen kenntlich gemachten Verkaufsstellen.
Haupt-Vertrieb für Berlin: **Kuno von Holwede, Wallstraße 1, am Spittelmarkt.**

Loden
für Wetter-Pelzinnen, Kostüme etc., „Inbegriff“ Nr. 1.50, 2.25, 3.00.
Zuschlager Koch & Seiland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Petrifische.
Kaufen Sie **Fluß- und Seefische** in der Deutschen Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“
Stadtbahnhof Börse
Sie erhalten tadellos frische Fische preiswert.

Von der Reise zurück
Freischmidt, prakt. Arzt,
Wundarzt und Geburtshelfer,
Charlottenburg, Berliner Straße 107.

Sie hat etwas
sehr reizvolles, die Mode von 1911-12. Entschöndende, für jeden Geschmack passende Modelle enthält das reich ausgestattete Favorit-Medonalbum (nur 60 Pf.), franko 70 Pf., Jugend-Medonalbum 50 Pf., franko 60 Pf., bei C. Müller, Berlin, Spittelmarkt 5.

Blumen- und Kranzbinderi
von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Straße 2.

MANOLI
Cigarettes
Bellebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

MAGGI'S WÜRZE

Achtung vor Nachahmungen!

hilft sparen!

Jede schwache Bouillon oder Suppe, ebenso Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI'S Würze.

— Probefläschchen 10 Pf. —



Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 5. Okt. 1911:

Urania. Taubenstraße 48/49. Lebende Tierbilder von nah u. fern. Anfang 4 Uhr.

R. Opernhaus. Siegfried. Anfang 7 1/2 Uhr.

R. Schauspielhaus. König Richard II. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Geheimnisse der belebten Natur. Anfang 8 Uhr.

Neues Sgl. Opernhaus. Don Carlos. Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Josephine. Anfang 8 Uhr.

Neues Opernhaus. Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.

Berliner. Hummelstudenten. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Geheimnisse der belebten Natur. Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Josephine. Anfang 8 Uhr.

Neues Opernhaus. Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.

Berliner. Hummelstudenten. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Geheimnisse der belebten Natur. Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Josephine. Anfang 8 Uhr.

Neues Opernhaus. Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.

Berliner. Hummelstudenten. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Geheimnisse der belebten Natur. Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Josephine. Anfang 8 Uhr.

Neues Opernhaus. Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.

Berliner. Hummelstudenten. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Geheimnisse der belebten Natur. Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Josephine. Anfang 8 Uhr.

Neues Opernhaus. Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.

Berliner. Hummelstudenten. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Geheimnisse der belebten Natur. Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Josephine. Anfang 8 Uhr.

Neues Opernhaus. Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Nachm. 4 Uhr: Lebende Tierbilder von nah u. fern. Abends 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Geheimnisse der belebten Natur in lebenden Bildern. Das Programm der Hörsaalvorträge im 4. Qu. 1911 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

Residenz-Theater. Direction Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Ein Walzer von Chopin. Schwan in 3 Akte u. 5 Bildern u. 5 Bildern. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Baenders. Morgen und folgende Tage: Ein Walzer von Chopin.

Belle-Alliance-Theater. Donnerstag, 5. Okt., ab 8 1/2 Uhr: Der Zitronapfel. Freitag und Sonnabend: Der Zitronapfel.

Suisen-Theater. Donnerstag und folgende Tage: Die Nacht der Liebe. Sonnabend nachm.: Die drei Gaulemännerchen.

POSE-THEATER. Große Straußstr. 132. Anfang 8 Uhr. Richters Millionen. Freitag: Richters Millionen. Sonnabend nachm.: Prinzessin Edeltraut.

Metropol-Theater. Die Nacht von Berlin! Große Jahresrevue in 7 Bildern von Karl Freund. Musik von S. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater. 10 sensationelle Abitäten. Experimental-Phykologie. Leo Erichsen. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel Tangel. New Yorker Varietè-Gesellschaft ufm.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Mame Sato, die japan. Mimodramatikerin mit ihrer Truppe i. ihr. Mimodramen. Ali Ben Hamad-Truppe, 15 eingeb. Springar a. Agadir. Georg Kaiser in ihren Putzi Cassani Parodie und das gr. Oktober-Progr. 14 Spezialitäten.

Castans Panoptikum. Corso-Varieté. Friedrichstr. 165. Große Spezialitäten-Vorstellung. u. a.: Die Zwergin-Mutter u. ihre Tochter. 12 Attraktionen 12. Entree 50 Pf.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Kobi Krach. Gunter Zell. Nr. 14. Trianon-Theater. Freitag zum erstenmal: Mein Baby.

Berliner Theater. 8 Uhr: Hummelstudenten. Theater in der Königsplatz Straße. Abends 8 Uhr: Spielereien einer Kaiserin. Neues Theater. Anf. 8 Uhr. Schauspiel Hansi Niese: Die Näherin. Theater des Westens. 8 Uhr: Die Dame in Rot. Sonntag nachmittag 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Donnerstag, 5. Okt., abends 8 Uhr: Judith. Freitag 8 Uhr zum erstenmal: Die Legionäre.

Freie Volksbühne

Achtung! Mitglieder Gruppe 43 der Kartennummer 10 609-11 016.

Die Vorstellung am 8. Oktober findet nicht im Residenz-Theater, sondern im Thalia-Theater statt. (Der Zigarettenkasten.) (3. Rubrik der Mitgliedskarte) — Die Residenz-Theater-Vorstellung (10. Rubrik der Karte) ist am 12. Mal.

Lessing-Theater. Björnson: Wenn der junge Wein blüht.

Thalia-Theater. John Galsworthy: Der Zigarettenkasten.

Abendabteilungen. Des Meeres und der Liebe Wellen.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden für die Nachmittags- und Abendabteilungen. Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

SPORT PALAST. Allabendlich: Hurra! Parade! Gr. militärische Revue in 6 Bildern. Sport-Attraktionen I. Ranges. Solokämpfer u. -Läuferinnen, Schnelllauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw. Zirkus 200 Mitwirkende. 2 Musik-Kapellen. — Heutige Vorstellung.

CLOU BERLINER KONZERTHAUS. Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90-91. Gr. Doppel-Konzert. Musikchor d. 5. Gade-Regts. zu Fuß. Chormeister Tschätsch. Ulanen-Regts. Chormeister Löser. Anfang 8 Uhr. Heute: Musik. d. 2. Promenaden-Konzert. G.-R.-F. Chorm. Graf.

Herrnfeld Theater. Noch nie dagewesener Lacherfolg! Das Kind der Firma mit Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen. Vorher: Schmerzlose Behandlung. Anfang 8 Uhr. Berber. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Volks-Theater. Nixdorf, Hermannstr. 20. Sonntag, 8/10: Nach u. Schlichtgesellschaft. Schwan in 3 Akten von Rich. Wang. Montag, 9/10: Die Camellen-dame. Drama in 5 Akten von Dumas fils.

Königstadt-Kasino. Dolgmarktstr. 72. Cafe Alexanderstr. Täglich: Erstklass. Spezialitäten Anf. wochent. 8, Sonntag 6 1/2 Uhr. 15 Sonntag, d. 8. Oktober cr., begünstigen Familien-Nachmittags-Vorstellungen um 4 Uhr zu ermäßigten Preisen. (Entree 20 Pf.)

Zirkus A. Schumann.

Heute abend 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung mit auserwähltem Programm. Auftreten sämtl. Spezialitäten. und um 9 1/2 Uhr: Aufführung der prachtvollen Peerie.

1000 Jahre auf dem Meeresgrund in 5 Bildern.

Freitag, 6. Oktober: Keine Zirkus-Vorstellung sondern um 8 Uhr: König Oedipus

Union Theater. Direction: Willi Gremer. Morgen unwiderruflich letzter Tag der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Pariser Sittenkomödie „Moral!“ Außerdem die glänzende Fülle der übrigen Darbietungen.

Passage :: PANOPTIKUM. Das größte Schauabblissement des Kontinents. Lebend der Mann mit der eisernen Zunge. Ein Fakir ohne Nerven. A.G.A. die schwebende Jurgrau. Alles ohne Extra-Entree.

Boigt-Theater. Heute: Gastspiel in Puhmanns Theater, Schönhauser Original-Hütten u. Zelte, Hausindustrie. Eintrittspreis in die Ausstellungshalle 50 Pf. Eintrittspreis in die Verführungshalle 30 Pf.

Ausstellung Nordland. Kurfürstendamm 161 (frühere Rollschuhbahn — nahe Ringbahnhof Halensee). Geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 11 Uhr nachts. Vorführungen von 4 Uhr ab.

125 Polarbewohner bei Arbeit, Sport und Spiel. Original-Hütten u. Zelte, Hausindustrie. Eintrittspreis in die Ausstellungshalle 50 Pf. Eintrittspreis in die Verführungshalle 30 Pf.

Relshallen-Theater. Stettiner Sänger Meysel, Britton, Seidel, Horst, Schröder, Schubert, Grünig A. u. R. Schröder. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Zirkus Busch

Heute abend 7 1/2 Uhr ab: Großer Gala-Abend. Die größte und neueste Attraktion aus Karl Hagenbecks berühmten Tierpark Stellingen: Die beiden Menschenaffen „Max und Moritz“.

Kurzes Gastspiel. Herr Georg Burkhardt-Festitz, Schulreiter. Die 4 Orig. Perez. Herr Ernst Schumann, Noudress. Gebr. Mariani, berühmte Clowns. Um 9 1/2 Uhr: Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV. Vorher das gr. Gala-Programm.

Zirkus Moulter. Rixdorf, Mainzer Straße. Höhe Hermannplatz. Täglich bis Montag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Große zirkensische Vorstellungen. Fräulein Marguerite, Schulreiterin, Boston, Kunstfahner. Hansen-Pferde-Dressuren. Pawlons, Tierreiter u. Reiterin. Aufr. d. beliebtesten Range-Clowns. Mr. Charles, Jockey.

Roach's Theater. Direction: Robert Ditt. Berlin N., Brunnenstraße 14.

Der Glockenring in Breslau. Schauspiel in 3 Akte von Progneur. Const. Heim, Glockenring, Dir. R. Ditt. Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 Pf. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

B. O. Blüthner-Saal. Sonntag, den 8. Oktober 1911. Eröffnungs-Konzert des Blüthner-Orchesters. Dirig.: Hofkapellm. E. V. Strauß. Sol.: Konzertm. Lambson (Viol.) Joh. Sever (Harfe). Vorverkauf bei Bets & Beck usw. Entree 75 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.

Nibles Fest-Säle. Dennewitzstraße 13. Jeden Donnerstag: Tanzkränzchen bei freiem Entree. C. Nible.

Concordia-Festsäle. Inh.: M. Wendt & A. Schütz. 64 Andreasstraße 64. Jeden Donnerstag: Große Soiree d. allgemein beliebten und bekannten Hoffmanns Sänger. Direction Fr. Fanhier mit vollständigem neuem Programm. Anfang 8 Uhr. Nach der Soiree: Frei-Tanz. Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sonntag, den 8. Oktober d. J., vormittags 10 Uhr,
in den „Konfordiafesthällen“, Andreadstr. 64:

Außerordentl. Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Entspricht die durch die Organisation erkämpfte Lohnhöhe den heutigen Verhältnissen? 2. Diskussion.

Sektion der Isolierer.

Donnerstag, den 5. Oktober d. J., abends 8 1/2 Uhr, bei Fritz Wille, Sebastianstr. 39:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Das Resultat der Verhandlungen mit dem Zentralverband der Isolierfirmen.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, Zweigverein Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Col I. Amt 3, 1229. Verwaltungsstelle Berlin: Charlottestr. 8. Hauptbureau: Col III. Amt 3, 1987

Sonntag, den 7. Oktober, nachts 12 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Kino-Operatoren Groß-Berlins

in Julius Meyers Festhällen, Oranienstraße 193.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen P. Karl. 2. Diskussion. 3. Branchen-Angelegenheiten, u. a. die Barzeit beim Austausch. 4. Verschiedenes. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen unbedingt erforderlich.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Protokolle der 10. ordentlichen Generalversammlung unseres Verbandes erschienen und zum Preise von 20 Pf. im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben sind.

Desgleichen sind noch Jubiläumnummern „500 000“ zum Preise von 50 Pf. im Bureau zu haben.

Achtung!

Die nächste ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin findet am 19. November d. J. statt. Entwürfe für diese Generalversammlung müssen spätestens bis 22. Oktober in den Händen der Ortsverwaltung sein.

194/1

Die Ortsverwaltung.

Tag-Zigaretten.

Fordern Sie bei Ihrem Zigarrenhändler die Fabrikate der Tag-Gen. Zigarettenfabrik Stuttgart. Tag-Gen. ist die einzige vom Gewerkschaftskartell anerkannte Genossenschaftsfabrik Deutschlands. Jeder Raucher sollte sich von der vorzüglichen Qualität der Tag-Gen.-Fabrikate überzeugen. Zu haben in den Preislagen von 2-5 Pf. Keine Maschinenarbeit. Nur organisierte Arbeiter.

Besondere Spezialität: Tag-Gen. 3.

Mit und ohne Goldmundstück.

Generalvertretung für Berlin und Brandenburg durch Paul Horsch, Engelauer 15. 206/3

Rixdorfer Baugenossenschaft

„Ideal“

G. m. b. H.

Montag, den 16. Oktober 1911, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal von Rixdorf, Hofenstraße 14-15:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bauprojekt in Rixd. 2. Bewilligung des erforderlichen Kredits. 3. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat. 4. Bericht des Mittelungsblattes durch die Post und Festsetzung einer Abonnementgebühr. 5. Wahl einer Kommission zur Beratung von Statutenänderungen. 107/12

Der Aufsichtsrat, geg. Bruno Fiedler.

Grundbesitzer der Politik, von Friedrich Stampfer. Gefunden 22. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Wichtig für! *auffat auf die* *gesundheitliche* *bedeutung* *der* *goldfarb* *zigaretten* *aus* *stargard*

Gesundheitstobak.
J. Goldfarb
Preuss. Stargard.
D.R.W.Z. 19052.

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabako do zazywania dla zdrowia.
Tobacco do naso alla salute.

Die beste Hilfe gegen die Teuerung

ist der Einkauf in den Reik-Läden. Bei den jetzigen teuren Zeiten heißt es für jede Hausfrau sparsam wirtschaften und klug rechnen. In den Reik-Läden bekommt man für wenig Geld gute Lebensmittel! Die Reik-Läden helfen am besten über die teure Zeit hinweg.

Reik

in Rixdorf.

5 Mark in bar erhält man sofort in jedem Reik-Laden als Rabatt ausbezahlt, wenn man für 50 Mark Reik-Rabattmarken eingeklebt hat. Rabattkarten zum Einkleben der Reik-Rabattmarken erhält man in allen Reik-Läden umsonst, ebenso Preislisten.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

und verwandter Berufsgenossen

Zahlstelle Berlin.

Geschäftsstelle: O. 54, Mulackstr. 10 L. Fernsprecher: Amt 3, 4518

Sonntag, den 8. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Mühlenarbeiter

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal L

Tages-Ordnung:

1. Der Stand der Lohnbewegung.
2. Bericht der Kommissionen.

Kollegen! Wir machen es allen Mühlenarbeitern zur strengsten Pflicht, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen und für einen recht zahlreichen Besuch derselben in den Betrieben zu agitieren. Bringt die Linienorganisten mit! 44/12 Die Ortsverwaltung.

Möbel liefert auf Teilzahlung bequeme Anzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

H. Esders & Dyckhoff

BERLIN C.

Gertraudten-Straße 8, 9,

Kleine Gertraudten-Straße 1/2, Scharren-Str. 18 an der Petri-Kirche.

Unser neues Haus bietet die günstigste Gelegenheit zum Einkauf sämtlicher

Herbst- und Winterkleidung für Herren und Knaben

Ulster * Paletots * Anzüge.

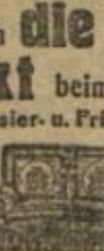
Möbel-Schmidt

Tischlermeister Bernauer Str. 80

liegt an der Brunnenstraße

Export Verkauf nur im Fabrik-Gebäude

Einige Entwürfe moderner Wohnungs-Einrichtungen. Verlangen Sie, bitte, Haupt-Katalog V. gratis.



43 Mark m. Holz u. St.

48 Mark

m. glasb. Glas 54 Mark

4,75 M.

mit Pflanzbezug 55 Mark

turniert, m. 2 Ausbügel 29 Mark

m. Pat.-Matratze 58 M.

O. R. Patent.

125 M. Kufe ausziehbar. Marmor schütz die Holztafel vor Wasserpritzern

Diese Spezial-Einrichtung „Union“ bestehend aus Wohnzimmer 229.50 M., Schlafzimmer 256 M., Küche in Oelfarbe 55 M., zusammen 540.50 M.

Partei-Angelegenheiten.

Bezirk Straus. Am Freitag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Agitation für den „Vorwärts“ statt.

Berliner Nachrichten.

Die Lebensmittelteuerung und die Gemeinden von Groß-Berlin.

Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner fanden gestern im Rathaus Verhandlungen von Vertretern Berlins und der größeren Vororte über Maßnahmen gegen die herrschende Lebensmittelteuerung statt.

Vorbereitung der Wahlen zum Zweckverband.

Der Magistrat beschäftigte sich gestern in außerordentlicher Sitzung mit der Vorbereitung der Wahlen der Vertreter Berlins in der Verbandversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin.

Demnächst tagte ebenfalls unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters die aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zusammengesetzte Deputation zur Vorbereitung dieser Wahlen.

Auf die sozialdemokratische Fraktion entfallen 8 Vertreter und 8 Stellvertreter.

Berliner Kislverein für Obdachlose. Im Monat September nächstigen im Männerzähl 14 667 Personen, wovon 8074 bodeten, im Frauenzähl 8815 Personen, wovon 1898 bodeten.

Ferien und Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten haben bisher die Monate Juli und August als Ferienmonate festgesetzt.

Aus dem Friedrichshain-Krankenhaus wird uns ein Vorkommnis mitgeteilt, von dem wir annehmen, daß so etwas wirklich noch in keinem Krankenhaus dagewesen sei.

mit Laternen lange Zeit den ganzen Anstaltsgarten abgesehen hatten. Ueber die Dauer dieser Suche nach dem Flüchtling hat man den Eltern im Krankenhaus sehr sonderbare Mitteilungen gemacht.

Die Konfirmationen

sind nun wieder vorüber. Kijährlich zweimal, zu den Schul-entlassungsarbeiten und Ostern und im Michaelis, können die zu entlassenden Knaben und Mädchen der Kirche zugeführt werden.

In den letzten Jahren, wo die Abwendung von der Kirche und ihren Pastoren immer weitere Kreise der Bevölkerung ergriffen hat, dürften auch die Konfirmanten sich merklich vermindert haben.

Als was die Konfirmation eingeschätzt wird, das sieht man bei den Zwistigkeiten, die zwischen Pastor und Eltern gerade aus Anlaß der Konfirmation gar nicht so selten entstehen.

So wird uns aus der Samaritergemeinde mitgeteilt, daß dort in diesem Herbst der Pastor Dachtmann durch die Uebertretung des bei ihm herkömmlichen Verbotes der Vulfstschleifen in anstehend nicht geringe Erregung versetzt worden ist.

Die Eltern dieses Kindes haben hinterher darauf verzichtet, es zum „Abendmahl“ zu schicken. Für die meisten Konfirmanten pflegt ja diese erste, pflichtmäßige Beteiligung am „Abendmahl“ auch die letzte in ihrem ganzen Leben zu sein.

Die Verantwortungen und Schieibungen auf dem städtischen Schlacht- und Viehhofe wurden in der letzten Sitzung des Kuratoriums für die beiden Unternehmungen besprochen.

Daß Beamte an den Dingen beteiligt sind, hat sich bis jetzt noch nicht feststellen lassen. Allgemein war das Verlangen nach Beseitigung, die die Wiederholung solcher Vorkommnisse unmöglich machen.

Ein Versuch, die Deckung des Mindererschlachtihofes wieder eine Stunde früher stattfinden zu lassen, wurde ein für allemal abgelehnt, nachdem festgestellt wurde, daß die Behauptung der Antragsteller, die Gehilfen wünschten das, von letzteren als unwahr erklärt wurde.

Die Monate werden immer länger, allerdings nur bei der Post. Kürzlich teilten wir mit, daß auf einem Briefcouvert, das auf einem hiesigen Postamt abgestempelt war, der 21. September aufgedruckt wurde.

Der Mann in Frauenkleidern oder die Frau in Männerkleidern? Diese gemischte Frage mußte sich der Dezerent des Berliner Polizeipräsidiums vorlegen, als er unter dem 27. September eine Verfügung erließ, in welcher dem Kaufmann Josef Meißner aus Waidhof am Inn die Erlaubnis zum Tragen von Frauenkleidern gegeben wurde.

Der „Klingelleitungsdirektor“, der unter dem Vorwande, die Klingelleitungen in Ordnung bringen zu wollen, sich Zutritt zu Wohnungen verschaffte, um bei seinen Arbeiten die erste beste Gelegenheit zum Stehlen zu benützen, konnte endlich von einem Beamten der Kriminalpolizei festgenommen werden.

Ein neuer Konkurs in der Pianofortefabrik. Die Firma Anabe u. Söhne in der Urbanstraße 116 ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Eine Gläubigerversammlung vermochte nicht die von den Inhabern der Firma angestrebte Einigung zu erzielen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern vormittag vor dem Hause Wödenstr. 9. Eine etwa 85 jährige bisher unbekannt Frau wollte kurz vor dem Motorwagen 1274 der Linie 6 das Gleis überfahren, wurde umgestoßen und geriet unter den Wagen.

Wer ist der Tote? Am 29. d. Mts. wurde an der Ebertsbrücke aus der Spree die Leiche eines ca. 20 bis 25 Jahre alten Mannes gefischt. Sie war 1,70 Meter groß, hatte blondes Haar und blonden Schnurbart und war bekleidet mit schwarzem Jacketanzug, schwarzen Schuhschneideln, grauen, wollenen Strümpfen, Kriothomb mit Firmenstempel J. Schieker-Madolszell, Tricotunterhose, weichem Chemisett, weichen Stieftagen und dunklem Schlips.

Vorort-Nachrichten.

Die Lohnverhältnisse der Gemeindearbeiter, deren Verbesserung unsere Genossen in der Gemeindevertreterwahl vom vorigen Freitag beantragten, sollen in der zum 6. Oktober

einberufenen neuen Sitzung unseres Gemeindeparlamentes geregelt werden. Ferner steht ein Antrag auf Erweiterung der Badeanstalt zur Beratung und ein Antrag betreffend Anlegung der gleichförmigen Bahn. Hierbei wird man hoffentlich erfahren, weshalb die Bahn noch nicht angelegt ist, obwohl ein Beschluß hierüber schon vor Monaten gefaßt worden ist. Mit der am 1. Oktober eröffneten Gemeindefestparlässe in Zusammenhang steht ein weiterer Antrag auf Einrichtung von Schulparkassen. Ein Zufall fügt es, daß in dieser Sitzung die Abrechnung über den Bau der Badeanstalt abgenommen werden soll; in derselben Sitzung, die schon wieder über einen bedeutenden Erweiterungsbau beschließen soll. Da kann man wohl nicht von einer besonderen Frugalität der Gemeindeverwaltung reden. — Zu der Feuerungsdebatte in der letzten Sitzung ist noch nachzutragen, daß der Marktausschuss, dem die Vorberatung der gefaßten Beschlüsse überwiesen wurde, sich durch einige Mitglieder verstärkt hat, und daß dadurch auch Genosse Ahmann nunmehr dem Marktausschuss angehört.

Rixdorf.

Ein dreier Mann wurde gestern vormittag an der Ecke der Steinweg- und Hermannstraße verhaftet. Die Ehefrau Marie Kuhnert, Steinwegstr. 12, hatte ihr Töchterchen zum Einkausen fortgeschickt. Auf der Straße trat plötzlich eine unbekanntere ältere Frauenderson an die Kleine heran, versetzte ihr einen Stoß und rief ihr die Tasche mitsamt dem Portemonnaie, das einige Mark enthielt, aus den Händen. Die Diebin entfloß dann schleunigst mit ihrem Raube und entkam.

Schöneberg.

Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathausgalerien, Martin-Luther-Straße 51, eine Herbstfeier, bestehend aus Vorträgen, Theater und turnerischen Aufführungen mit nachfolgendem Tanz. Eintritt 30 Pf.

Steglitz-Friedenau.

Eine Schulentlassungsfeier, wozu besonders alle Eltern mit ihren jetzt aus der Schule entlassenen Söhnen und Töchtern, sowie alle Freunde der Jugendbewegung eingeladen sind, veranstaltet der Bildungsausschuss am Sonntag, den 8. Oktober, bei Schellhase, Ahornstr. 15a. Neben einer Ansprache des Genossen Däumig werden Regitationen und Gesangsvorträge die Feier verschönern. Nach der Feier findet ein gefelliges Beisammensein statt. Die Feier beginnt pünktlich 8 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde eine Neuordnung des Feuermeldes und Unfallwesens vorgenommen. Es werden zehn telefonische Nachrichtenverbindungen, an welche auch das Rathaus und eine Arztwohnung angeschlossen sind, geschaffen. Ferner soll im Rathaus eine Rettungswache mit Unfallstation und allen dazu notwendigen Geräten eingerichtet werden. Der Bürgermeister teilt mit, daß die formelle Übernahme der Gasanstalt durch die Gemeinde von dem bisherigen Besitzer am 2. Oktober stattfindet. Nachdem ein von unsern Genossen gestellter Dringlichkeitsantrag, in eine Besprechung der gegenwärtigen Feuerungsverhältnisse einzutreten, angenommen war, betonte Genosse Barth, daß es Pflicht der Gemeinde sei, bei der bestehenden Feuerung für den ärmeren Teil der Einwohner etwas zu tun, umso mehr, als Berlin und eine Anzahl Vororte bereits dahingehende Beschlüsse gefaßt hätten. Durch Ankauf größerer Mengen Kartoffeln und Abgabe derselben zum Selbstkostenpreis, Einführung von Seefischen, Erhöhung der Unterstützungsgelder für Ortsarme und Erträumerstützung durch Lebensmittel usw. ließe sich vielleicht die Feuerung in etwas mildern. Er, Redner, stellt den Antrag, eine Kommission zu wählen, welche schleunigst der Frage näher treten und alle ergreifbaren Mittel erörtern solle. In der Diskussion wurde auch von den Bürgerlichen allgemein anerkannt, daß etwas geschehen müsse, nur dürften die hiesigen Gewerbetreibenden, die hohe Steuerbesteuern bezahlen müßten, nicht so sehr geschädigt werden. Auch würden in Ermangelung einer Markthalle bei dem Verkauf von Seefischen Schwierigkeiten entstehen. Es wurde eine Kommission aus fünf Mitgliedern gewählt, welche den Auftrag erhielt, möglichst schnell Vorbereitungen zu treffen.

Spandau.

Die Saalbesitzer und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Der Verein der hiesigen Saalbesitzer hat, wie berichtet wird, vor einiger Zeit Schritte unternommen, um den Militärboykott abzuwenden für den Fall, daß ein Saal für eine sozialdemokratische Versammlung hergegeben werden sollte. Er wandte sich zuerst an den Kommandanten Generalleutnant v. Horn, der indes eine Änderung des bisherigen Zustandes nicht in Aussicht stellte. Danach wurde der Verein beim Kriegsminister vorstellig, der sich auf die Sache aber nicht einließ, sondern erklärte, daß hierüber allein der Stadtkommandant zu entscheiden habe. Eine hierauf abgehaltene persönliche Rücksprache mit dem Kommandanten hatte auch nicht den von den Saalbesitzern gewünschten Erfolg. Nunmehr hat der Vorstand des Vereins den Entschluß gefaßt, daß die Mitglieder während der Wahlperiode keiner politischen Partei ihre Säle zu öffentlichen Versammlungen zur Verfügung stellen sollen. Eine Versammlung der zum Verein gehörigen Saalbesitzer wird demnächst ihre Entscheidung zu diesem Voranschlag des Vorstandes treffen. Daß die Mitglieder des Vereins dem Voranschlag des Vorstandes zustimmen werden, erscheint noch zweifelhaft. Aber selbst wenn dies der Fall sein sollte, so würden — das hat die Praxis stets gelehrt — nur die sozialdemokratischen Versammlungen von dieser Maßnahme betroffen werden, da den Konserativen und sonstigen bürgerlichen Parteien die Säle zur Verfügung gestellt werden.

Wie die Entscheidung aber auch immer fallen möge, die sozialdemokratische Partei wird sich mit den Umständen abzufinden wissen. Aus welchem Grunde die Spandauer Militärverwaltung, im Gegensatz zu anderen größeren Städten des Reichs, an der alten Uebung festhält, ist noch nicht bekannt. Will sie vielleicht dadurch verhindern, daß der sozialdemokratische Kandidat in dem bisher konservativ vertretene Wahlkreis gewählt wird?

„Mären“ gewickelt. Im „Spandauer Anzeiger“ lesen wir folgende Notiz:

„Über Vorbereitungen zur Stadtverordnetenwahl der I. Abteilung fand gestern abend eine Besprechung im Restaurant „Havelterrasse“ statt, wo sich eine Anzahl Herren zu diesem Zwecke eingefunden hatten. Die Unterhaltung hat in mancher Hinsicht Mären gewickelt; Beschlüsse wurden nicht gefaßt.“

Daß die Unterhaltung der geringen Anzahl Wähler erster Güte über die Vorbereitungen zur Stadtverordnetenwahl Mären gewickelt hat, wird die Bürgerlichkeit mit besonderer Gemutigkeit erfüllen. Es wäre auch furchtbar, wenn die Wähler und zugleich die Vertreter der ersten Klasse unklar in die Stadtverordnetenversammlung einzögen.

Königs-Wusterhausen und Wildau.

Die Freie Turnerschaft Königs-Wusterhausen-Wildau feiert am Sonnabend, den 7. Oktober, im Restaurant Wwe. Weddorn sein neuntes Stiftungsfest, bestehend in Konzerten, turnerischen Aufführungen, Feste des Turngenossen Bruno Kieste, Berlin und Tanz. Da der Verein auch bei Arbeiterfestlichkeiten mitwirkt, werden die Genossen erlucht, sich recht an dem Fest zu beteiligen.

Wittenau-Vorsigwalde.

Aus der Gemeindevertretung. Die Einsetzung eines Verwaltungsrats für das Verbandskrankenhaus wurde mit der Begründung abgelehnt, daß bei einer eventuellen Wahl die Ortschaften nicht in gleicher Stärke vertreten wären, es hätte Rosenhagen einen, Wittenau zwei, Tegel drei und Neuhardenberg vier Vertreter zu wählen, wogegen jetzt die Gemeinden nur die Herren Gemeindevorsteher entsenden. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Annahme des Antrags empfohlen, damit der Verwaltungsrat

in dauernder Fühlung mit den Angehörigen und Kranken sich befinden und somit Fehler vermieden würden. Angenommen wurde ein Nachtragsvertrag zu dem bereits bestehenden Vertrag über das zinsfreie Kreisdarlehen für das Verbandskrankenhaus, wonach die Anstellung der Ärzte sowie der Pflegerinnen der Kreisärztschule gehört werden muß. Die bei der Staatsberatung von der Gemeindevertretung einstimmig abgelehnte vierte Polizeiergeantenstelle wurde, nachdem der Gemeindevorsteher die Notwendigkeit der Errichtung damit begründet hatte, daß unter den beim Bahnbau beschäftigten Ausländern Schlägereien an der Tagesordnung seien, zum Gunsten der Einwohner beschloßen. Unser Redner hielt die Verlastung der Steuerzahler für unnötig; wenn man den Polizeiergeanten, welcher die Verlastung über den Spürhund habe, davon entsehe, so hätte man eine Polizeikraft mehr. Die Hunde hätten sich im großen und ganzen nicht bewährt, dies habe man bei dem Nord in Stolpe gesehen, wo der Hund nach Krowna, der Wörder aber nach Welten gelaufen sei. Im übrigen sollte aber auch dafür gesorgt werden, daß bei staatlichen Bauten die hiesigen Steuerzahler beschäftigt würden, dann wären die Ausländer überflüssig. Die Arbeitsordnung für die Gemeindegasanstalt wurde nur ganz unwesentlich abgeändert, trotzdem die Annahme der von den Arbeitern eingereichten Arbeitsordnung nur ganz geringe Mehrkosten verursacht hätte. Die Ausführungen unseres Redners zu diesem Punkt wurden von den bürgerlichen Vertretern durch Zwischenrufe unterbrochen. Einen wahren Sturm löste der Hinweis auf die soziale Rücksichtslosigkeit unserer Gemeindevertretung aus. Raab schloß der heutigen Debatte wurde die abgeänderte Arbeitsordnung mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Die Lieferungen und Arbeiten für das Feuerwehdepot erhielt als Mindestfordernde die Firma Rißmann hier selbst mit 57 884 M. Unsere Genossen erklärten, nur dafür stimmen zu können, wenn die Firma sich vertraglich verpflichtet, tarifmäßige Löhne zu zahlen. Ein Antrag des Herrn Pastor Weize, Bewilligung eines Zuschusses von 1000 M. zur Gründung einer kleinen Kinderschule, wurde abgelehnt, da die Mittel für dieses Jahr hierzu nicht vorhanden sind.

Reinickendorf-West.

In einer gut besuchten Wahlvereinsversammlung gab Genosse Wiebel einen eingehenden Bericht über den Jenaer Parteitag. Redner ging besonders auf die Affäre Luxemburg ein und erläuterte darauf die übrigen Verhandlungsgegenstände, wobei er die Tätigkeit des Parteivorstandes rühmend billigte. In der folgenden Diskussion traten dem Referenten die Genossen Kaufmännischer und Dhl entgegen, die mit der Behandlung sowohl der Marokkoaffäre wie auch anderer Fragen (Massenstreik, Stichwahlstatistik u. a.) durchaus nicht einverstanden waren und Vorforderung von der beschlossenen Veränderung resp. Verstärkung des Vorstandes erhoffen. Genosse Blamann sprach über die Parteifrage und die die Konsumgenossenschaften betreffende Resolution. — Neu aufgenommen wurden 12 männliche und ein weibliches Mitglied. — Nach einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen warnte Genosse Dhl dringend vor einer Frau Heinrich, die in Reinickendorf Mitglieder für zwei Krankenkassen, „Securitas“ in Köln und „Victoria“, Deutsche Volksschutzkasse in Berlin (beide Subdirektor Richard Runge, Berlin W. 68, Mauerstr. 92), zu werden sucht. Jedes Mitglied müsse mindestens 3 Monatsbeiträge bezahlen, aber Krankengeld gebe es nicht; die Klassen verweigern unter allerlei Vorwänden die Zahlung und zu holen sei nichts, wie fruchtlose Pfändungsversuche in Köln erwiesen hätten. Die Berliner Subdirektion aber sei nur zum Geldeinnehmen da. Es sei also Vorsicht vor den genannten und ähnlichen Kassen geboten.

Nowawes.

Die Arbeiter-Samariterkolonne eröffnet am Dienstag, den 31. Oktober, in den Räumen der Fortbildungsschule am Friedrichshagen einen neuen Samarkanderkurs, dessen Leitung wiederum Herr Dr. Grohn übernommen hat. Bei der großen Bedeutung, die die erste Hilfeleistung bei Unfallsfällen gerade für die Arbeiterklasse hat, wäre zu wünschen, daß der bevorstehende Kursus, an dem die Mitglieder munterlich teilnehmen können, noch besser besucht wird als der erste, der in diesem Frühjahr abgehalten wurde. Anmeldungen zur Mitgliedschaft und Teilnahme an dem Kursus werden vom Vorsitzenden Max Höpfer, Wallstr. 28, sowie in den Uebungsstunden, welche jeden Montagabend in den „Deutschen Festhallen“ stattfinden, entgegengenommen. Aktives Mitglied der Kolonne kann jeder organisierte Arbeiter und jede Arbeiterin, die über 20 Jahre alt sind, werden. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 30 Pf. pro Monat, wofür jedes Mitglied das Bundesorgan „Der Arbeiter-Samariter“ erhält.

Aus der Frauenbewegung.

Grenzsperre — Kindermord!

Schon lange wirft die neue Feuerung, die Herborgerufen ist durch die anhaltende Trockenheit des Sommers, ihre Schatten voraus. Kartoffeln, Gemüse und ähnliches müssen schon längst teuer bezahlt werden. Wo selbst die Ernte verhältnismäßig gut ausgefallen ist, da sorgt die Spekulation dafür, daß trotzdem die Preise rapide steigen. Letzteres ist sogar der Fall bei Dingen, die mit der Winterzeit absolut nicht im Zusammenhang stehen. So sind die teuren Zucker- und Kaffeepreise Folgen der verwerflichsten Spekulation.

Außer dem Mangel an Lebensmitteln für Menschen herrscht auch ein solcher an Futtermitteln für Tiere. Diesen, die sonst mehrmals im Jahre gemäht werden, gaben im letzten Sommer nur einmal eine spärliche Ernte. So herrscht vor allem Mangel an Futter für die Röhre. Unzählige Bauern und sonstige Besitzer von Röhren sind schon zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie ihren Bestand an Röhren reduzieren müssen, weil die Preise für die Futtermittel eine schwindelnde Höhe erreicht haben und noch steigen werden, wenn vom Staate keine Abwehrmaßnahmen getroffen werden. Aus allen Gegenden kommen Berichte von Milchverteuerungen. Auch in Berlin haben die Milchhändler die Preise erhöht und kündigt an, daß sie gezwungen seien, mindestens zwei Pfennige pro Liter mehr zu verlangen. Die Molkerei Wolke konnte es sich nicht verkneifen, als eine der ersten mit der Milchverteilung zu beginnen. Die Vollmilch ist wie bei anderen um zwei Pfennige teurer geworden, während die sogenannte Kindermilch gleich mit 10 Pfennig Aufschlag bebrocht wurde, von nun an also anstatt 40 Pfennige 50 kostet. Andere Milch, für die dieselbe Molkerei bis dahin 60 Pfennige nahm, kostet jetzt 75 Pfennige. Diese Feuerung läßt die Molkerei Wolke ihren Kunden durch Zirkular kund tun.

Nun fragt man sich unwillkürlich, worum denn bei der Kindermilch, die an sich doch schon teuer genug ist und sicher schon bedeutende Profite abwirft, plötzlich eine so horrende Erhöhung des Preises eintreten muß. Sollten wirklich die Produktionskosten sich detact erhöht haben? Wir können uns das gar nicht denken, sondern sind der Meinung, daß wieder einmal die bekannte kapitalistische Profitgier die Jügel schieben läßt. Dabei ist zu bedenken, daß nicht etwa nur bessergestellte Leute ihren Kindern diese Milch geben, sondern daß zahlreiche wenig bemittelte Eltern in dem Falle, daß die Mutterbrust versagt, oder die Mutter durch Beschäftigung außer dem Hause vom Stillen des Kindes abgehalten wird, den Kleinen die teure Kindermilch laufen lassen müssen. War das bisher nun schon für viele ein großes Opfer, das oft durch Entbehrungen der übrigen Familienmitglieder dem Jüngsten gebracht wurde, nur um es nach Möglichkeit für die anfallende Muttermilch zu ersparen, so sind durch die horrende Verteuerung der Milch sehr manche Mütter gezwungen, sich nach anderen Ernährungsmitteln für die Kleinen umzusehen. In der Regel

muß es so kommen, daß minderwertige Surrogate oder schlechtere Milch an die Stelle der guten treten. Die Folge davon wird sein, daß wieder ein Teil der unschuldigen kleinen Menschenkinder der Profitgier des Unternehmertums und der volksfeindlichen Politik in Deutschland zum Opfer gebracht werden.

Es wird auch nicht lange dauern, so wird eine allgemeine Milchverteilung vorhanden sein. Die Bevölkerung steht dem vorläufig hilflos gegenüber. Dieser Rat- und Tatlosigkeit müssen jedoch — und zwar noch bevor das Schlimmste eintritt — energische Schritte der Abwehr folgen. Sind erst die Preise hoch, dann sinken sie nicht so bald wieder. Die Kommunen werden nicht immer für Hilfe sorgen können, am allerwenigsten aber noch wollen, und was sie eventuell tun, wird einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten. An der Wurzel ist das Uebel anzugreifen. Wo die Natur nichts hervorgebracht hat, läßt sich nun freilich nichts aus dem Boden stampfen; aber aus Gegenden, in denen Ueberfluß vorhanden ist, muß es zu uns gebracht werden. Wir leben nicht mehr im Mittelalter, sondern Verkehrsmittel sind reichlich vorhanden. Hier heißt es nur: Die Grenzen auf für alles, was gebraucht wird; die Volkstrunken niedergerissen, damit die Preise eine erträgliche Höhe erreichen!

Verfammlungen.

Die Berliner Wahlkreis. Eine am Dienstag abgehaltene Versammlung des Vetersburger Viertels wählte an Stelle des zurückgetretenen Genossen David den Genossen Kaufmann als ersten Viertelführer und den Genossen Bales als Schriftführer. — In der Angelegenheit des zweiten Ausganges am Bahnhof Frankfurter Allee äußerten sich mehrere Genossen. Es wird allgemein als ein großer Mißstand empfunden, daß es immer noch an einem im Interesse des Verkehrs dringend erforderlichen Zugangsweg zu dem zweiten Bahnhofsausgang fehlt. Dafür zu sorgen, ist Sache der Stadtgemeinde Berlin, die aber bei den in Frage kommenden Grundstücksbesitzern auf Schwierigkeiten stößt, weshalb sich die Regelung der Angelegenheit so lange hinzieht. Die Versammlung nahm einen Antrag an, welcher die Stadtverordnetenversammlung ersucht, für schleunigste Herbeiführung eines Zugangsweg zum Bahnhof im Zuge der Rigauer Straße Sorge zu tragen.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Genossen St a d t h a g e n über „Kriegsfrage, Lebensmittelverteilung und Reichstagswahl“. An der Hand der Marokkoaffäre zeigte der Redner, daß es lediglich kapitalistische Interessen sind, welche den Imperialismus großziehen und damit eine ständige Kriegsgefahr schaffen. Wie wir neuerdings wieder an dem Tripolis-Abenteuer sehen, durch das die ganze Orientfrage aufgerollt wird, droht jeder Krieg zwischen zwei europäischen Nationen zu einem Weltkrieg zu werden. Doch nicht die Angehörigen der herrschenden Klasse, welche Nutzen durch den Krieg haben, sondern die breite Masse des Volkes ist es, die die Gut- und Blutopfer des Krieges tragen muß. Derselben Klasse schichten, die durch die Finanzpolitik der herrschenden Klasse unter dem Druck einer Feuerung zu leiden haben, die fast einer Hungernot gleichkommt. Der mit lebhaftem Beifall ausgenommene Vortrag lang aus in einen Ruf zur energischen Führung des Reichstagswahlkampfes gegen die Feinde des Volkes, vor allem gegen den Schwarz-bianen Bloß. Der Kampf wird heftiger werden als je. Wenn auch eine Vermehrung unserer Mandate auf 80 bis 100 zu erwarten ist, so kommt es weniger darauf an, sondern vielmehr darauf, daß der Wahlkampf ausgerichtet werde zu einer erheblichen Vermehrung und Stärkung der Zahl unserer Parteigenossen.

Die amerikanische Arbeiterorganisation.

Der Verband der Arbeiter — Filiale Berlin — führte in seiner Mitgliederversammlung, die am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, einen interessanten Vortrag über die amerikanische Arbeiterorganisation. Der Vortragende war der amerikanische Delegierte zu dem internationalen, jüngst in Zürich abgehaltenen Arbeiterkongress Ambrose Haas aus New York. Die „Brüderlichkeit der Arbeiter, Delegationen und Kapazitäten der Vereinigten Staaten und Kanadas“ hat eine Mitgliedschaft von 75 000 in mehr als 1000 Filialen. Die Kapazitäten (für Lapeten) gelten überall als Fachkollegen. In den Südstaaten, wo die gewerkschaftliche Organisation überhaupt noch schwach entwickelt ist, hat auch die Arbeiterkraft der Arbeiter noch wenig Bedeutung, obgleich sie einige der wenigen Organisationen ist, die in der Klassenfrage keinen Unterschied macht und auch Arbeiter als Mitglieder aufnimmt. Manche Filialen haben nur Arbeiter, andere haben einen gemischten Mitgliederbestand. In den Großstädten setzen sich die Filialen vielsach nach Nationen zusammen, so hat New York 12 Filialen, darunter russisch-polnische Einmischung eine schwere Gefahr für die gewerkschaftliche Organisation. Der Redner erklärte, er wisse sich frei von den antisemitischen Regungen, aber den in Massen hereinströmenden russisch-polnischen Juden gegenüber, die für jeden Preis arbeiten und jeder Verleumdung unzugänglich sind, sei eine Feindschaft der organisierten Arbeiter wohl zu verstehen. Es sind von Philanthropen Schulen eingerichtet worden, um diese Leute etwas über die Verhältnisse aufzuklären und in ihrem Fach auszubilden, aber die Gefahr für die Gewerkschaft wird dadurch kaum geringer. — Die amerikanischen Gewerkschaften nehmen hohe Eintrittsgebühren; darüber bestimmen die Filialen in den verschiedenen Städten. Bei den Malern werden 10, 15, 25 und sogar 50 bis 60 Dollar verlangt. Früher war man darin nachsichtiger, aber manche schlechte Erfahrung hat zu dem Vorgehen veranlaßt, so hat es auch den Arbeitern in Europa erscheinen mag. Man will damit diejenigen treffen, die sich nie um die Organisation bekümmern, oder die im Frühjahr beitreten und im Herbst regelmäßig wieder auscheiden, die die großen Vorteile der Organisation in Anspruch nehmen, die schwer erzwungenen Löhne beziehen, selber aber niemals mitbestimmen wollen und keinen Cent opfern, um Verbesserungen durchzusetzen. Für die organisierten Kollegen, die aus Europa kommen, werden bei den Malern nur zwei Dollar Eintrittsgeld oder vielmehr Umschreibegeld verlangt. Man will mit den hohen Eintrittsgeldern auch die Streikbrecher treffen, die zur Organisation zurückkehren. Unter Umständen werden die Streikbrecher noch besonders bestraft. Der Redner erzählte von einer Firma in New York, die fünf Jahre lang dem Verbande Widerstand geleistet und Streikbrecher beschäftigt hatte. Die Firma mußte dann Frieden machen, als sie einen Kontrakt für eine große Arbeit abschloß, der die Bedingung enthielt, daß nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen. Die Arbeiter dieser Firma mußten dann je 150 Dollar Strafe zahlen, um wieder in den Verband aufgenommen zu werden. (Verdru!) Diese Eintritts- und Strafgebühren stehen in eine Starke, aus der Unterstützung von 200 Dollar an die Hinterbliebenen, oder 50 Dollar an das Mitglied, wenn ihm eine Frau stirbt, gezahlt werden. Der Eintritt in den Verband geht in einer sehr feierlichen Form vor sich; die Hand aus Herz wird Träne geschworen, ein geheimes Passwort wird dem neuen Bruder mitgeteilt, das er bei dem Eintritt zu jeder Versammlung nennen muß. Der Genuß alkoholischer Getränke ist in den Versammlungen streng verboten; es ist auch sonst nicht üblich, etwas zu genießen, wenn die Brüderlichkeit sich zu einer ernsten Beratung versammelt. An Beiträgen erheben die Arbeiter wenigstens 50 Cent (2,50 M.) pro Monat, die jedes Mitglied selbst einzahlen muß; Einlasserler kennt man nicht. Wer nicht zahlt, wird nach drei Monaten suspendiert und hat zur Strafe einen Dollar zu bezahlen. Wer wieder nicht zahlt, wird nach einiger Zeit aus der Liste gestrichen und hat dann eventuell die volle Aufnahmgebühr zu entrichten. Der Beitrag von 50 Cent geht zur Hälfte an die Hauptkasse. Die vielen Unterstützungsvereinigungen, wie sie der Verband in Deutschland hat, kennt man nicht in der amerikanischen Arbeiter-

organisations, von Ausnahmen in den einzelnen Filialen abgesehen. Im allgemeinen besteht im Malergewerbe die achtstündige Arbeitszeit mit Ausnahme des Sonnabends, an dem nur 4 Stunden gearbeitet wird. Der Stundenlohn beträgt 50-55 Cent (2,10-2,30 Mk.). Sehr schlecht bestellt ist es mit dem Schutz bei der Arbeit durch Schutzgeräte oder entsprechende Vorrichtungen. Da wird dem Grundgesetz allen Gewerkschaften gebührend: 'Geh' nicht hinauf, dann fällt Du nicht herunter, Du bist ein freier Mann und selbst verantwortlich für das, was Du tust'. An die Leistungen werden sehr hohe Ansprüche gestellt, es muß ungeheuer schnell gearbeitet werden, sonst wird man wegen nicht genügender Leistung ohne weiteres entlassen, besonders wenn es sich um Kontraktarbeiten handelt.

Der Redner erörterte nach dem Arbeitsmarkt und die kapitalistischen Unternehmungen im Malergewerbe, er beleuchtete ferner manche faule Praktiken bei der Ausführung von Arbeiten, die Staat oder Gemeinde in Auftrag geben; er zeigte auch, wie mancher Arbeiterführer der Korruption verfällt und wie nachsichtig die Arbeiter sein müssen, das nützliche Einrichtungen der Bruderschaft, wie zum Beispiel die genaue Kontrolle der Betriebe durch Gewerkschaftsbeamte, nicht zu einem Schaden sich vermindern. — Zahlreiche Fragen, die der Redner nach Schluß seines Vortrages zu beantworten hatte, zeigten das rege Interesse, das er in der gutbesuchten Versammlung durch seine Schilderungen erweckt hatte. Viel kritisiert wurde die Erhebung der hohen Eintrittsgelder in dem amerikanischen Verband; man sah darin eine große Erschwerung der Organisation der noch fernstehenden Arbeiter und eine gefährliche Abschließung der Verbandskollegen, die der Fortentwicklung der Organisation hinderlich sein müßte.

Das Stellenvermittlergesetz und die Gastwirtsgesellen.

Die Berliner Gastwirtsgesellen beschäftigten sich in drei öffentlichen Versammlungen, die am Montag und Dienstag stattfanden, mit dem neuen Stellenvermittlergesetz, das bekanntlich seit dem 1. Oktober 1910 in Kraft ist. Es wurde zugegeben, daß das Gesetz mancherlei Handhabe bietet, den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern beizukommen, die Behörden entwickeln aber nicht den nötigen Eifer, sich der Bestimmungen des Gesetzes zu bedienen. An diesen Beispielen wurde gezeigt, wie es die Stellenvermittler auch jetzt noch verstehen, das Gesetz zu umgehen. Das Ziel müßte die Errichtung eines öffentlichen, paritätisch verwalteten Arbeitsnachweises sein. Eine in diesem Sinne gefaßte Resolution fand in allen Versammlungen Annahme.

Zentralverband der Freizeigerhelfen Deutschlands. Zweigverein Berlin. Heute Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr, Rosenhaller Straße 11/12: Versammlung mit Vortrag.

Arbeiter-Vanderverband „Die Naturfreunde“. Wanderausflug am Sonntag, den 8. Oktober 1911. I. Schwante-Döringsbrück-Oranienburg. Abf.: Stett. Fernbahn, 6.45 Uhr vorm. II. Niederhagen-Haitenberg-Reichenwalde. Abf.: Stett. Fernbahn, 6.00 Uhr vorm. III. Strausberg (Stadt)-Lützel-Neuenberg. Abf.: Schlef. Bahn, 6.18 Uhr vorm. IV. Grunewald-Salomon-Grunewald. Treffp.: Salom. Grunewald (Reitbahn, 7 1/2 Uhr vorm. V. Wanderung der Photographen. Grunewald-Spanbau. Treffp. wie oben. VI. Friedrichshagen-Rahnsdorfer Wäldchen. Abf.: Schlef. Bahn, 1.23 Uhr nachm. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Panik bei der Beerdigung der „Liberté“-Opfer.
Am Dienstag fand in Toulon das feierliche Leichenbegängnis der Opfer der Explosionskatastrophe im Toulonener Hafen statt. Als der Zug den Theaterplatz passierte, ertönte plötzlich ein lauter Knall. Die Zuschauermenge glaubte, daß eine Bombe geworfen worden sei und fürzte in panischem Schrecken davon. In Wirklichkeit war eine mit Zuschauern besetzte Tribüne zusammengebrochen. Durch das losylose Plätzen der aufgeregten Menschen-

massen wurden viele Personen zu Boden gerissen. Insgesamt wurden 230 Menschen verletzt, darunter 80 ziemlich schwer.

Professor und Steuerhinterzieher.

Die Stuttgarter Strafkammer verurteilte am Dienstag den Professor Dr. Fünfstück von der Technischen Hochschule in Stuttgart wegen Steuerhinterziehung zu 20000 Mark Geldstrafe. Fünfstück hatte beträchtliche Einnahmen aus literarischen Arbeiten bei der Einkommensteuer nicht angegeben, außerdem hatte er sein Vermögen zur Besteuerung bedeutend niedriger eingeschätzt, als es wirklich war. Die Behörde wurde aufmerksam auf die Steuerhinterziehung durch die Denunziation eines Kollegen Fünfstücks, des Professors Dr. Burger. Um sich wegen privater Streitigkeiten zu rächen, hatte Professor Burger die Denunziation eingereicht. Zwei recht würdige Mitglieder des Hochschulkollegiums.

Der Segen der „Kaiserblume“.

Der Kornblumentagsrussel des letzten Sommers hat in vielen Kriegsveteranen angenehme Hoffnungen auf reichliche Unterstützung aus den gesammelten Geldern erweckt. Wo so viele hohe und höchste Herrschaften als Protektoren, millionenreiche Kammerherren als Kronzeugen mitwirkten, konnte man wohl annehmen, daß Geld in Hülle und Fülle einkommen würde. Als aber die, für deren Wohl man sich so eifrig mühte, noch immer nichts erhielten, wurden sie ungeduldig und schienen ganz den schuldigen Respekt vor ihren „Gefegekten“ zu vergessen. Auf dem badischen Militär-Kameradschaftstag betrostete der Herr General v. Köder die bedürftigen Kriegsveteranen bis — Weihnachten. Aber dann! Jede Not hat ein Ende, ganze zwanzig Mark entfallen im Durchschnitt auf jeden nothleidenden Veteranen. Denn wie der Herr General mitteilte, sind in Baden 240000 Mark eingekommen und 12000 Veteranen haben Unterstützungsgesuche eingereicht. Natürlich wird über Würdigkeit und Bedürftigkeit der zu Unterstützenden säuberlich nachgeforscht, so daß die Auszahlung sich bis Weihnachten hingehen wird. Hoffentlich sind bis dahin nicht allzuviel würdig befundene ehemalige Vaterlandsverteidiger der herrschenden Not zum Opfer gefallen!

Betrunkene Fische als Opfer der Spiritussteuer.

In der „Wochenschrift für Aquarium- und Terrariumkunde“ wird von Herrn Bruno Neumann folgendes niedliche Geschichtchen erzählt. In der Dill- und Lahngegend und zwar in der Nähe von Wehlart zeigten die Fische eines schönen Tages ein Benehmen, das bei allen Beobachtern lebhafteste Verwunderung hervorrief. Sie schwammen plötzlich, machten die wunderlichsten Kapriolen und wurden mit leichter Mühe eine Beute der Rehe und Angeln. Man fand bald die Ursache des absonderlichen Verhaltens und Gebarens dieser verberzten Schuppenträger. Zwei Mühlenbesitzer in Dorla hatten vor einiger Zeit eine Mühle in Kagenfurt in eine Sefenfabrik umgewandelt. Die Fabrikanten stehen nun außerhalb des Gefenrings und verkaufen billiger. Um aber die billigen Preise behaupten zu können, müßten sie die auf den Spiritus (ein Nebenprodukt der Sefenfabrikation) lastende Steuer zu vermeiden suchen; sie lassen daher den Spiritus in die Fluten des vorbeistreichenden Dillflusses laufen. Und für diesen kleinen Schönheitsfehler unserer wirtschaftlichen Ordnung müssen nun die armen Fische durch unfreiwilligen Alkoholgenuß büßen!

Kleine Notizen.

Lebendig verbrannt. Auf eigenartige Weise hat in Ober-Schwabig bei Dresden der Mittelmeister A. D. v. Magnus seinem Leben ein Ziel gesetzt. Er trank sein Bett mit

Petroleum und zündete es, nachdem er sich hineingelegt hatte, an. Als man auf den Brand aufmerksam wurde und in das Zimmer brang, fand man die halbverkohlte Leiche in dem noch brennenden Bett. Finanzielle Fehlschlüsse sollen den Mittelmeister zum Selbstmord getrieben haben.

Holgenschwerer Geräuhschmerz. Bei dem Reuban einer Zuderfabrik in Budweis in Böhmen stürzte ein Gerüst ein, auf dem sich elf Personen befanden. Alle wurden mit in die Tiefe gerissen und schwer verletzt.

Selbstmord eines Bankiers. Der Besitzer der Klosterbank, Bankier Klostermann in Göttingen, hat sich nach dem Zusammenbruch der Bank das Leben genommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn hier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Post als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Monumentsqualität beigemessen wird, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. G. 54. Sie sind noch zahlungspflichtig. — G. G. Nr. 50. Ja. — W. J. 50. Eine Verpflichtung, die Mietsache zu kaufen, hat der Hauswirt nicht. Zur Anbahnung der Schlichter und Beilegung des Unfriedens ist der Mietvertrag nicht erforderlich; tut er das trotz Aufforderung nicht, so können Sie klagen, auch den etwaigen Schaden ersetzt verlangen. —

Briefkasten der Expedition.

Ges. Nr. 59. Anonym nicht.

Witterungsbericht vom 4. Oktober 1911.

Station	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Station	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Stettin	763,5	1	Wester	8	Darmstadt	759,8	2	bedeckt	1
Dresden	761,5	2	halb W.	5	Petersburg	764,5	3	bedeckt	11
Berlin	763,5	1	Wester	5	St. Petersburg	761,9	5	Wolke	10
Frankfurt	760,8	2	Wester	5	Warschau	766,9	4	Regen	7
München	761,5	3	halb W.	5	Paris	757,8	2	bedeckt	6
Wien	764,0	1	Wester	5					

Wetterprognose für Donnerstag, den 5. Oktober 1911.

Bleibend heiter, nachts etwas kühl, am Tage ziemlich kühl bei mäßigen südöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 10.		am 4. 10.		Wasserstand	am 3. 10.		am 4. 10.	
	am	am ¹⁾	am	am ¹⁾		am	am ¹⁾	am	am ¹⁾
Remel, Mühl	67	+2	67	+2	Saale, Großh.	48	+10		
Regel, Ansternburg	47	+2	47	+2	Saale, Sandau ²⁾	—	—		
Reichel, Thom	12	0	12	0	Saale, Rathenow ²⁾	—	+18		
Oder, Rathor	112	+8	112	+8	Spre, Spremberg ²⁾	78	0		
Kroffen	91	+5	91	+5	Spree, Spremberg	88	+2		
Kranitz	85	+4	85	+4	Spre, Finthen	81	+4		
Haritz, Schrum	39	+1	39	+1	Spre, Finthen	142	+2		
Landsberg	60	+2	60	+2	W. Havel, Marienhausen	344	+4		
Rege, Borsdamm	84	+4	84	+4	W. Havel, Rauh	119	+4		
Sibe, Leitmeritz	60	+12	60	+12	W. Havel, Röh	73	+1		
Dresden	190	+6	190	+6	W. Havel, Neißebrom	23	+1		
Darby	21	+5	21	+5	W. Havel, Wertheim	86	0		
Regensburg	28	+2	28	+2	W. Havel, Trier	—	0		

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall. — ²⁾ Unterpegel.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Sehr billige Angebote:

Diese Woche

Sowelt Vorrat

Waschgarnituren

Melanie 5teilig 2⁴⁵
 Jena 5teilig 2⁶⁵
 Wien 5teilig 2⁹⁰
 Königsberg 5teilig 3⁹⁵
 Meteor 5teilig 4⁷⁵

Glaswaren Service „Ha“ mod. Muster

Kompotteller Stück 5 Pl.
 Kompottschal. St. 8, 13 bis 45 Pl.
 Zuckerschalen Stück 18 Pl.
 Kuchenteller Stück 28, 48 Pl.
 Butterdosen Stück 25 Pl.
 Vasen Stück 25 Pl.
 Sturzflaschen Stück 48 Pl.
 Körbchen Stück 30 Pl.
 Teebecher mit Bordüre Stück 10 Pl.
 Bierbecher mit Bordüre Stück 10 Pl.

Ein Posten
Goldrandbecher 12 Stück 90 Pl.

Porzellan, Weiss Feston-Form

Speiseteller tief oder flach 23 Pl.
 Stullenteller 18 Pl.
 Kompotteller 12 Pl.
 Saucieren 45, 55, 75 Pl.
 Terrinen 185, 185, 225 Pl.
 Kartoffelschüssel 68, 85 Pl.
 Kompottieren 15, 18 bis 40 Pl.
 Gemüseteller 80 Pl.
 Bratenplatten 25, 30 bis 80 Pl.

Strumpfwaren

Damenstrümpfe reine Wolle, englische Länge, gewebt ... 95 Pl., 1²⁵ 1⁶⁰
Damenstrümpfe reine Wolle, gewebt, neue Dessins ... 1¹⁰ 1⁴⁵ 1⁹⁰
Damenstrümpfe reine Wolle, gestrickt, deutsche Länge ... 75, 95 Pl., 1³⁵
Herrensocken reine Wolle, gewebt, schwarz und farbig ... 85 Pl., 1¹⁰ 1⁴⁵
Herrensocken reine Wolle, gewebt, geringelt 75 Pl., 1¹⁰ 1⁴⁵
Herrensocken reine Wolle, gestrickt, meliert 65, 95 Pl., 1¹⁰
Kinderstrümpfe reine Wolle, 1 X gestrickt, Größe 1-3 55 Pl., Größe 4-6 85 Pl., Größe 7-9 1¹⁵
Kinderstrümpfe reine Wolle, 1 X gestrickt, bester Schollstrumpf, schwarz und leder, Größe 1-3 75 Pl., Größe 4-6 1⁰⁰ Größe 7-9 1³⁵
Damen-Gamaschen Tuch, in modernen Farben 4²⁵ 4⁷⁵
Herren-Gamaschen Tuch, in modernen Farben 3²⁵ 4²⁵
Kinder-Gamaschen gestrickt, reine Wolle, weiss und farbig ... 1¹⁰ bis 2¹⁰
Kinder-Gamaschen Trikot, Winterqualität, in vielen Farben ... 2⁰⁰ bis 3⁷⁵

Trikotagen und Wollwaren

Normalhemden wollgemischt 2¹⁰ 2²⁵ 2⁴⁰
Normalhosen wollgemischt 1⁷⁵ 1⁹⁰ 2⁰⁵
Herrengarnituren Jacke und Hose, moderne Farben, Kammergarn plattiert 6⁷⁵ 7²⁵ 7⁷⁵
Damen-Reformbeinkleider Trikot, Winterqualität 2⁹⁰ 3⁵⁰ 4⁵⁰
Mädchen-Reformbeinkleider Trikot, Winterqualität 1⁷⁵ 2²⁵ 2⁵⁰
Herrenwesten gestrickt, 2 reihig 4²⁵ 4⁵⁰ 4⁷⁵
Damenwesten gestrickt, reine Wolle 2²⁵ 2⁵⁰ 2⁷⁵
Blusenschoner reine Wolle, gestrickt, weiss 1³⁵ 2²⁵ 2⁹⁰
Damenplaids moderne Farben 2⁶⁵ 3⁷⁵ 5⁵⁰
Korsettschoner reine Wolle 65 Pl., 1¹⁰ 1³⁵

Küchenmöbel in allen Farben

1 Büfett. 75⁰⁰
 1 Tisch 75⁰⁰
 2 Stühle 110⁰⁰
 1 Handtuchhalter .. 110⁰⁰
 1 Rahmen

Wirtschaftsartikel

Gaskocher 1 Koch- und 1 Warmstell- 3⁵⁰
 Gaskocher 2 Koch- und 2 Warmstell- 8⁵⁰
 Gasplatten vernickelt, mit Erhitzer 4²⁵
 Wäschemangeln .. 16⁵⁰ 18⁵⁰
 Messerputzmaschin. 3⁰⁰ 5²⁵
 Kaffeemühlen .. 90 Pl., 1¹⁰ 2⁵⁰
 Kohleneimer lack. 1⁰⁰ 1¹⁵ 1³⁰
 Kohlenkasten lack. 1³⁵ 1⁶⁵ 1⁹⁵
 Mülleimer m. Schritt 90 Pl., 1⁸⁵ 2²⁵
 Zinkwannen stark } 6⁷⁵ 9²⁵ 11⁰⁰
 Zinkzuber stark ... }
 Waschtöpfe vernickelt 1⁹⁰ 2⁷⁵ 3¹⁰
 Gardinenspanner 10⁵⁰
 Plättbretter bezogen . 1⁷⁵ 2⁴⁵ 3⁷⁵
 Trittleitern 2¹⁰ 2⁴⁵ 2⁸⁰
 Wringmaschinen 9⁵⁰ 10⁵⁰ 11⁵⁰
 Wannen oval, Emaille . 1³⁵ 1⁶⁰ 2⁰⁰
 Eimer grau und blau, Emaille 65, 80 Pl.
 Waschgarnituren 5teilig .. 6²⁵
 Brotbüchsen Halb-Emaille 2²⁵ 2⁷⁵
 Obsthorden 8⁷⁵ 11⁰⁰
 Teppich-Rehrmaschinen 7⁷⁵
 Waschtische geschlossene, Pulstform 14⁵⁰

